

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,50 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 30 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat, eingetragene in die Postzeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Ostpreußen 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Interaktions-Gebühr
 Beträgt für die hochgehaltene Kolonelle oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gesellschaftliche Berichts- und Verhandlungs-Anzeigen 30 Pfg., „Kleine Anzeigen“, das erste (letztgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schlußzeilen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Interests für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Ersteinst täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 24. März 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Berliner Luftbarkeitssteuer.

In einer ihrer nächsten Sitzungen wird die Stadtverordnetenversammlung von Berlin sich zu entscheiden haben, ob in Berlin fortan eine Luftbarkeitssteuer erhoben werden soll oder nicht. Der Plan des Magistrats, die Berliner Bürger mit einer solchen Steuer zu beglücken, hat eine lange Vorgeschichte.

Zuerst im Jahre 1826 beabsichtigte der Magistrat im Einverständnis mit der Stadtverordnetenversammlung eine Luftbarkeitssteuer einzuführen und zwar sollte sie zur Deckung eines in der städtischen Armenkasse vorhandenen Fehlbetrages dienen, der durch die Zurückziehung einer bis dahin gewährten jährlichen Kron-dotation entstanden war. Die städtischen Behörden stützten sich bei ihrem Vorgehen auf eine Bestimmung des Allgemeinen Landrechts von 1794, nach der die Kommunen unter Genehmigung des Staates berechtigt seien, den Luxus, die Ostentation und die öffentlichen Belustigungen ihrer wohlhabenden Einwohner mit geeigneten Steuern zu belegen. Der Minister des Innern verweigerte aber seine Zustimmung u. a. auch deswegen, weil die Abgabe von Tanzlustbarkeiten in Berlin wegen mancher Verhältnisse der Residenz zur Einführung nicht geeignet ist.

Dieser Entschluß schreckte indessen die städtischen Behörden von einer weiteren Verfolgung ihrer Pläne nicht ab. Im Jahre 1830 unterbreiteten sie der Regierung den erweiterten Plan, den Besuch der Igl. Theater, der Museen, der Sternwarte usw. mit Steuern zu belegen. Die Regierung verweigerte auch zu solchem Steuern zu belegen. Die Regierung verweigerte auch zu diesem Vorgehen ihre Zustimmung.

In den Jahren 1836 bis 37 verhandelten dann — diesmal auf Veranlassung der Regierung — die beiden städtischen Körperschaften von neuem über den Erlaß einer Luftbarkeitssteuer. Von seiner früheren Absicht, auch die Theater zu besteuern, war der Magistrat jetzt zurückgekommen. Infolge davon konnte das Steueraufkommen nur so gering veranschlagt werden, daß man beschloß, zunächst auf solche Steuer zu verzichten. Im Verlauf der Verhandlungen erklärte der Magistrat u. a.: „Uebrigens sind Schauspiele in einer großen Residenzstadt wie Berlin unentbehrlich, und wenn an anderen Orten nach seitens der Einwohner Opfer zu deren Erhaltung gebracht werden, so könnte man sie hier wohl nicht noch als Einnahmequelle benutzen wollen.“

Nach diesen Verhandlungen ruhte die Angelegenheit in Berlin für eine längere Weile. Dafür erging am 9. März 1840 ein Ministerialerkenntnis, welches die oben angeführte Bestimmung des Allgemeinen Landrechts nach der Richtung einschränkte, daß die Erhebung solcher Abgaben von geselligen Vereinen und von Belustigungen der ärmeren Volksklassen nicht gestattet werden darf.

Trotzdem nun durch die Ministerialverfügung von 1840 wegen ihrer einschränkenden Wirkung das Aufkommen aus kommunalen Luftbarkeitssteuerordnungen erheblich herabgemindert wurde, kam die Idee des Erlasses einer solchen Steuerordnung im Schoß der Berliner städtischen Behörden immer noch nicht zur Ruhe. 1853 und 1882 bis 84 fanden wieder umfangreiche Beratungen statt, doch hielt man es schließlich auch in diesen Jahren für geraten, eine solche Steuer nicht einzuführen, teils weil die Steuer nicht zweckmäßig sei und man durch ihre Einführung Mißvergnügen erregen werde, teils weil es zweifelhaft erscheine, ob man die königlichen Theater heranzuziehen könne, und die Einführung einer Vergnügungssteuer bei einem Ausschluß jener Institute schon vom Standpunkt der Gerechtigkeit nicht haltbar wäre.“

Zu neuen Verhandlungen kam es 1894; doch auch diese führten zu einem negativen Ergebnis. Die gemischte Deputation, der die Beratung übertragen war, sprach der Steuer die innere Berechtigung ab und führte aus, daß man bei einem Haushalt von über 86 Millionen Mark nicht mit so kleinen Steuererträgen rechnen sollte. Speziell der damalige Kammerer Maack lehnte es ab, sich auf eine solche Steuer einzulassen, die einen bezorglichen Charakter habe, die in einer Residenzstadt wie Berlin kaum zu kontrollieren sei, wo Hinterziehungen vorkommen würden und ein Angebertum getweckt und großgezogen würde.“

Die Bevölkerung Berlins umfaßte am 31. Dezember 1893 1 692 193, am 31. Dezember 1910 2 048 000 Einwohner. Im gleichen Zeitraum ist der städtische Haushalt von 86 Millionen Mark auf 313 485 342 M. gestiegen. Was der Kammerer Maack in den kleineren Verhältnissen von 1894 als undurchführbar glaubte abzulehnen zu müssen, hält der neue Herr, Dr. Steiniger, heute für möglich und erstrebenswert!

Ein Fehlbetrag von etwas über 5 Millionen Mark, der in 1903 zu drohen schien, veranlaßte die Majorität der Stadtverordnetenversammlung im Februar 1905 ihr Einverständnis zur Einführung einer Luftbarkeitssteuer zu geben, allerdings mit der Einschränkung, daß dabei kulturellen und gemeinnützigen Bestrebungen in schonender Weise Rechnung zu tragen sei. Die auf Grund dieser Resolution eingebrachte Magistratsvorlage wurde jedoch am 4. Oktober 1906 mit überwältigender Majorität abgelehnt, insbesondere deswegen, weil sich inzwischen wieder hohe Ueberschüsse ergeben hatten.

Schon diese gedrängte Geschichte der früheren Beratungen zeigt klar, daß mehrere Generationen von Mitgliedern der städtischen Verwaltung bei aller Hinneigung zu einer Luftbarkeitssteuer im entscheidenden Moment vor ihrer Einführung immer wieder zurückgeschreckt sind, weil man selbst unter den einfacheren Verhältnissen von damals die Verantwortung nicht glauben übernehmen zu können. Diese Erfahrungen hinderten den Magistrat von 1910 aber nicht, als die Ueberschüsse wieder kleiner und kleiner wurden und demgemäß die Gefahr wuchs, über 100 Proz. Zuschläge

zur Staatseinkommensteuer hinausgehen zu müssen, am 28. Mai 1910 eine Vorlage einzubringen, die an Härte alles Bisherige weit hinter sich ließ. Nicht nur war von irgendwelcher schonenden Berücksichtigung kultureller und gemeinnütziger Bestrebungen keine Rede, sondern die Vorlage verlangte das geradezu Ungeheuerliche, daß auch alle unentgeltlichen Lustbarkeiten eine Pauschalsteuer zahlen sollten, deren Höhe abgestuft war nach dem Flächeninhalt der Räume, in welchen diese Lustbarkeiten stattfinden.

Die sozialdemokratische Fraktion setzte dem Entwurf von Beginn an schärfsten Widerstand entgegen und erklärte, daß sie in diesem Widerstand auch dann beharren würde, wenn es im Laufe der Beratungen gelänge, alle Härten und Ungerechtigkeiten der Magistratsvorlage zu beseitigen. Die Absicht, die Steuer von den Veranstaltern der Lustbarkeiten auf die Konsumenten überwälzen zu lassen, würde sich außer bei den teuren Plänen der Modetheater nur zu einem kleinen Teil verwirklichen lassen. In diesem letzteren Fall wäre die Wirkung aber doppelt bildungsfeindlich und schädlich, weil die Ueberwälzung natürlich nur auf die schwächsten Schultern erfolgen würde. Teils würden die Massen der nicht wohlhabenden oder der unbemittelten Bevölkerung auf das empfindlichste in ihren Bildungsbestrebungen und dem naturgemäßen Verlangen eingengt, Körper und Geist nach der Woche Mühe und Arbeit einige Stunden erholen zu können, teils würden die ohnehin kärglich besoldeten Gastwirtsgehilfen und Schauspieler die Bege zu zahlen haben. Soweit die Ueberwälzung aber nicht erfolgen würde, und das würde in der überwiegenden Zahl der Fälle Platz greifen, würde die Steuer zu einer Sondersteuer für das Gastwirtsgebetriebe werden, das gerade schon durch die Finanzreform auf das schwerste geschädigt sei.

Die sozialdemokratische Kritik, wirksam unterstützt von einigen bürgerlichen Stadtverordneten, fand lautes Echo in der Berliner Bevölkerung. Seit Jahrzehnten ist keine lokale Steuerordnung so erregtem Widerspruch begegnet. Je mehr die Einzelheiten der Vorlage in ihrer Tragweite bekannt wurden, um so heftiger schwoll die Protestbewegung an. Der Ausschuß, dem die Vorberatung der Vorlage übertragen war und der sich seiner Aufgabe in 17 zum Teil lang ausgehobenen Sitzungen unterzog, wurde mit Eingaben der interessierten Kreise geradezu überschwemmt. In einwandfreier Weise wurde in zahlreichen Petitionen dargelegt, daß die Bestimmungen der Magistratsvorlage geradezu ruiniös auf viele Gewerbebetriebe wirken müßte.

Dem Gewicht all dieser Gründe konnten sich weder die bürgerlichen Stadtverordneten noch die Magistratsvertreter entziehen, so sehr sie auch von dem Wunsch und dem Streben beseelt waren, im Interesse der Niedrighaltung der Einkommensteuerrate möglichst viel aus der neuen Steuerordnung herauszuwirtschaften. Die Vorlage nach den Beschlüssen des Ausschusses bietet deshalb ein anderes Bild als die Magistratsvorlage. Alle unentgeltlichen Veranstaltungen bleiben steuerfrei; die ungerichte Raumsteuer tritt, außer für Kabarets, nur subsidiär ein, und auch nur dann, wenn die Einrichtung eines Geldbetrages in dem für die einzelnen Lustbarkeiten festgesetzten Mindestbetrage von den Besuchern beansprucht wird. Diese Mindestbeträge beginnen für Tanzbelustigungen bei einem Eintrittsgeld von 1 M., für Theateraufführungen bei einem Eintrittsgeld von mehr als 1 M., für kinematographische Vorstellungen bei einem Eintrittsgeld von 0,25 M., und für alle anderen Lustbarkeiten bei einem Eintrittsgeld von 0,40 M. Soweit der Preis von Programmen den Einheitsfuß von 0,20 und Garderobengelder den Einheitsfuß von 0,30 M. übersteigen, gelten sie als Eintrittsgeld. Die Steuer beträgt bei einem Eintrittsgeld bis 5 M. im Durchschnitt 10 Proz., für kinematographische Vorstellungen macht sie dagegen 20 bis 25 Proz. aus. Bei Kabarets wird für jeden Veranstaltungstag eine Pauschalsteuer berechnet, die bei Räumen mit Grundflächen von hundert Quadratmeter oder weniger 15 M. beträgt, und für jede weiteren angefangenen 50 Quadratmeter um 10 M. steigt.

Die freien Volkshäuser sind, wenigstens in ihrer gegenwärtigen Gestalt, von der Steuer befreit. Dagegen hat man es trotz der Bemühungen der sozialdemokratischen Ausschußmitglieder ausdrücklich abgelehnt, andere den Bildungsbestrebungen breiterer Volksschichten dienende Institute wie Urania, Schillertheater u. a. auszunehmen.

Die Einnahme aus der Steuer wird auf 1 bis 2 Millionen Mark veranschlagt (bei einem Etat von 313 Millionen Mark!). Zur Durchführung muß ein neues Steuerbureau mit einem Vorsteher, Sekretären, Assistenten und zahlreichen Kontrolleuren eingerichtet werden!

Die Hoffnung, noch im Plenum der Versammlung Milderungen durchzusetzen, muß als ausgeschlossen gelten. Nach den umfangreichen Beratungen im Ausschuß wird die Vorlage entweder in der Form der Ausschlußbeschlüsse angenommen oder sie wird abgelehnt werden. Nach dem Verlauf der Etatsberatungen scheint die Annahme sicher zu sein. Geschlossen wird gegen die Steuer nur die sozialdemokratische Fraktion stimmen. Selbst die sozialfortschrittliche Gruppe ist für die Steuer. Das Streben, nicht über 100 Proz. Zuschläge zur Einkommensteuer hinausgehen, erdötet eben bei den bürgerlichen Gruppen jedes Gefühl für Recht und Billigkeit, jede Fähigkeit, selbst die schwerwiegendsten gegen die Vorlage sprechenden Gründe voll zu würdigen. Von diesen Gründen seien hier nur die zwei wichtigsten noch kurz erwähnt.

Unsere Vertreter hatten von Beginn an die Forderung aufgestellt, daß vor Eintritt in die Spezialberatung die Frage der Igl. Theater geklärt werde. Die Igl. Theater werden aus Mitteln der Allgemeinheit unterhalten und bedeuten im Auslande unserer Stadt nichts. Diese frei zu lassen und private künstlerische Theaterunternehmungen, die schwer um ihre Existenz zu kämpfen haben, durch die Steuer zu schädigen, sei eine Unmöglichkeit. Die Voraussetzung für die Steuer wäre daher die Möglichkeit

der Heranziehung der beiden Igl. Institute sein. Solche Klarstellung wurde indessen vor Beginn der Einzelberatung nicht beliebt. Immerhin wurde, wie hier noch einmal klar unterstrichen sei, von den Magistratsvertretern und allen Ausschußmitgliedern betont, daß man die Steuer nur erheben werde, wenn auch die Igl. Theater heranzuziehen seien. Im Laufe der Beratungen wurde dann von einflussreicher Stelle die Klarlegung verlangt, „bevor wir an das Plenum gehen“. Allein in der letzten Sitzung des Ausschusses war wieder ein völliger Umschwung eingetreten: Zunächst wollten wir die Steuer im Plenum beschließen, dann erst besteht die Möglichkeit, authentische Auskünfte einzuziehen. So soll also dem Plenum zugemutet werden, eine Steuer zu beschließen, ohne zu wissen, ob der Beschluß je zur Durchführung gelangen wird. Widersinnigeres ist kaum auszubedenken!

Unmöglich wäre es nicht, daß hinter diesem, allgemein übertrafenden Meinungsumschwung der Wunsch steckt, hinter der Szene etwas zu kabbeln: Läßt du meinen Steuererheber bei dir herein, kauf ich dir dein altes Theatergebäude ab! Wenn auch die regierende Partei im Abgeordnetenhaus sich zunächst gegen den Verkauf des alten Opernhauses ausgesprochen hat, so ist ein Betrag von 8 Millionen Mark für die Krone doch eine so hübsche runde Summe, daß käme der Handel zustande, der bekannte sanfte Druck sicherlich nicht ausbleiben würde. Freilich, ob die Generalintendantur selbst um solches Preises willen das Prinzip, daß die Igl. Theater zu einer Steuer nicht herangezogen werden können, aufgeben wird, erscheint durchaus zweifelhaft.

Der zweite Grund, der jetzt mehr als je gegen die Steuer spricht, ist die finanzielle Lage Berlins und der Vororte. Dem schlechten Beispiel der westlichen Vororte folgend, hat der Staatsauschluß unter dem heftigen Widerspruch selbst der Magistratsvertreter durch die bedenklichsten Mittel den Etat noch einmal mit 100 Proz. Einkommensteuer balanciert. Niemand ist im Zweifel, daß dies zum letzten Mal möglich gewesen ist. Je breiter die Läden, die man jetzt entstehen läßt, um so höher die Steuern, die man in den kommenden Jahren zur Ausfüllung benötigen wird. Kommt gar der Zweckerband zustande, so ist es mit der bisherigen Finanzgebarung von Groß-Berlin überhaupt zu Ende.

Durch Einführung der Luftbarkeitssteuer entsteht für Berlin aber eine andere große Gefahr. Heute ist Berlin für Groß-Berlin noch Bildungs- und Vergnügungszentrum. Die neue schikanöse, bezorgliche Steuer wird aber die Veranstalter von Lustbarkeiten, soweit sie nicht an bestimmte Räumlichkeiten gebunden sind, in die Vororte treiben. Dort wird man sie mit offenen Armen aufnehmen. Berlins Beispiel zu folgen und etwa auch Lustbarkeitssteuern einzuführen, werden die Vororte hübsch bleiben lassen, hat doch Schöneberg am 1. April 1902 seine Luftbarkeitssteuer aufgehoben, weil ihr Ertrag im Verhältnis zu der ungeheuren Arbeit und zu den Kosten der Einziehung zu gering war und weil sie eine Belästigung des gesamten Publikums darstellte.

Von welchem Standpunkt man auch die verschiedenen Bestimmungen der Steuerordnung ansehen mag, überall wird man auf die schwersten Bedenken stoßen, Bedenken, die in allen früheren Beratungen bereits eine Rolle gespielt und die Einführung schließlich verhindert haben, während man jetzt unter ganz veränderten und weit ungünstigeren Verhältnissen leichten Herzens die Einführung wagen will.

Wie die Dinge jetzt liegen, ruft die Hoffnung breiter Schichten der Berliner Bevölkerung, von der ihr drohenden bezorglichen Sonderbesteuerung verschont zu bleiben, bei dem Igl. Hausministerium bezw. der Krone. Ein Schauspiel für Götter!

Schon bald nach der Einbringung der Vorlage am 11. Juni 1910 löbte die „Kreuzzeitung“:

„Man hat, wenn man diese Steuerdebatte liest, fast den Eindruck, als bekämpfe der Liberalismus die eigenen Argumente, mit denen er die Reichsteuern der Bevölkerung in jeder Weise zu vereiteln bemüht gewesen ist. Der Liberalismus ist, weil er für die reichshauptstädtische Finanzwirtschaft verantwortlich ist, in das Lager derer abgewandert, denen er sonst nachsagt, sie unternehmen „Raubzüge“ auf die Taschen der ärmeren Bevölkerung. Auf diese Weise stellt der Kampf der Liberalen für neue Kommunalsteuern die schönste Satire auf ihren Kampf gegen die ebenfalls unvermeidlich gewordenen neuen Reichsteuern dar. Wie würde die bürgerliche Linke gemeinsam mit der Sozialdemokratie gewettert haben, wenn in der letzten Reichsfinanzreform eine Luftbarkeitssteuer enthalten gewesen wäre!“

Aber nicht nur die konservative Presse empfindet spöttische Freude und Genugtuung über diese Luftbarkeitssteueraktion des Freisinn; wir vor allem schulden unseren Gegnern Dank und Anerkennung. Einen besseren Agitationsstoff hätten wir uns selber für die kommenden allgemeinen Erwahlen nicht auswählen können. Gelangt gar am nächsten Donnerstag die Vorlage zur Annahme, so werden wir, gleichviel was die Igl. Theater dann tun oder lassen, lachend ernten, was unsere Gegner gesät haben.

König Heydebrand.

Der ungekrönte König von Preußen hat es für nötig gehalten, zu Beginn der dritten Beratung des Etats im Abgeordnetenhaus am Donnerstag der Regierung deutlich zu verstehen zu geben, daß sie im Begriff ist, sich seinen allerhöchsten Unwillen zuzuziehen, wenn sie ihre Haltung in der Elb-Lothringischen Verfassungsfrage nicht schleunigst ändert und das tut, was die Konservativen von ihr verlangen. Ja, er stellt sogar in Aussicht, daß er zu gegebener Zeit die Regierung auffordern wird, sich vor ihm zu rechtfertigen. Wir sind die letzten, die den Konservativen das Recht bestreiten, die Verwendung der preussischen Stimmen im Bundesrat zu kontrol-

Nieren, aber trotz dieses grundsätzlichen Standpunktes müssen wir doch sagen, daß die überhebende Art, wie Herr v. Hedenbrand die Minister abanzelte, direkt abstoßend wirkte. Offenbar traf der Angriff die Regierung völlig unvorbereitet, denn die Herren Lentze, v. Dallwitz, Troitz zu Solz, die den Ministerialrat zierten, haben sich hilfeleidend und verlegen um, und in ihrer Not wußten sie nichts anderes zu tun, als schleunigst den Ministerpräsidenten rufen zu lassen, der allerdings erst nach einigen Stunden im Hause erschien.

Zwischen hatte die Debatte ihren Lauf genommen. Noch scharfer als Herr v. Hedenbrand äußerte sich Abg. Freiherr v. Sedlitz (freikons.), der der Regierung direkt Mißachtung preussischer Lebensinteressen vorwarf und der Befürchtung Ausdruck verlieh, die Stimmen Elsaß-Lothringens im Bundesrat könnten im süddeutsch-demokratischen Sinne abgegeben werden. Im Gegensatz dazu erklärten sich die Herren Dr. Friedberg (natlib.) und Fischbeck (Sp.) im wesentlichen mit der Haltung der Regierung zu der Verfassungsfrage einverstanden, während der Führer des Zentrums Abg. Dr. Porsch es für das Richtige hielt, überhaupt nicht in eine materielle Erörterung der Elsaß-Lothringischen Frage einzutreten. Den Nagel auf den Kopf traf Genosse Dieblich, als er die ganze Aktion als ein wohl vorbereitetes Spektakelstück der preussischen Fronde gegen die Regierung nannte und darauf hinwies, daß das Streben der Rechten nicht darauf hinauslaufe, eine Verminderung des preussischen Einflusses abzuwehren, sondern vielmehr darauf, eine Vermehrung dieses Einflusses im Bundesrat zu erreichen.

Endlich war Herr v. Bethmann Hollweg eingetroffen, um mit einer Energie, an der er es sonst gewöhnlich fehlen läßt, gegenüber der Rechten die Haltung der Regierung in der Elsaß-Lothringischen Frage zu verteidigen, den Reichsgedanken gegen den preussischen Junkerlichen Partikularismus in Schutz zu nehmen und den Herren von der Rechten einige, wenn auch verflauschelte Wahrheiten zu sagen. Die selbstmörderische Verwegenheit, mit der er — am Rufe preussischer Minister gemessen — auftrat, macht fast den Eindruck eines va banque-Spiels. Wie toll müssen es die Junker treiben, daß selbst diesem langstieligen temperamentallosen „Staatsmann“ schließlich die Geduld gerissen ist!

Im übrigen ist aus der Generaldebatte zum Etat die Unzufriedenheit über die späte Einberufung des Landtages hervorzuheben, die in allen Reden zum Ausdruck kam und sich zu einem von den bürgerlichen Parteien eingebrachten, einstimmig angenommenen Antrage verdichtete, der die Einberufung des Landtags vor Weihnachten forderte. Einige Redner suchten es freilich so darzustellen, als ob nicht die Regierung, sondern die böse Sozialdemokratie wegen ihrer langen Reden an der Geschäftslage des Hauses die Schuld trage. Daß dem nicht so ist, führte ihnen Dieblich nicht drastisch vor Augen in einer einstündigen Rede, in der er die gesamte innerpolitische Lage einer scharfen Kritik unterzog und die Reaktion auf allen Gebieten der Verwaltung kurz, aber treffend schilderte.

In der Spezialberatung kam es beim Etat der Forstverwaltung zu einer gründlichen Abrechnung mit dem Zentrum. Genosse Ströbel kam auf die Rede des Abg. Busch vom Zentrum zur zweiten Lesung zu sprechen, worin dieser es gebilligt hatte, daß die Regierung freigeorganierte Arbeiter nicht beschäftigen wolle. Anstatt den Mund zu halten und seine bezw. seiner Parteifreunde Position nicht zu verschlechtern, versuchte Herr Busch es mit einer Erwiderung, die so ungeschickt wie möglich war, da sie im wesentlichen das bestätigte, was wir von jeher behauptet haben, daß das Zentrum von einer wirklichen Koalitionsfreiheit nichts wissen will. Die Abfuhr, die Ströbel ihm bereite, läßt an Gründlichkeit nichts zu wünschen übrig. Zeigte unser Genosse doch die Arbeiterfreundlichkeit und Heuchelei des Zentrums in ihrer niederträchtigsten Gestalt! Um einer zweiten Abfuhr aus dem Wege zu gehen, nahmen die typischen Selbsten vom Zentrum, nachdem schnell noch Herr Imbusch das Lied vom sozialdemokratischen Terrorismus angestimmt hatte, einen Schlußantrag an.

Recht interessant gestaltete sich die Beratung des Etats der Landwirtschaftlichen Verwaltung durch das Eingreifen unseres Genossen Veinert, der zum Ärger der Agrarier die wahre Lage der Landarbeiter schilderte und zum Beweis dafür athenmäßig Material beibrachte, daß die Herrschaften auch bei noch so heiligem Bemühen nicht werden abzuliegen können.

Am Freitag soll die Etatsberatung beendet werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. März 1911.

Eingeborenenbedrückung und Eingeborenenbeschau.

Aus dem Reichstage, 23. März. Bei der heute beginnenden Beratung des Kolonialrats stellte es sich wieder heraus, daß bei den bürgerlichen Parteien jede Spur von Opposition gegen die Kolonialpolitik vollständig verschwunden ist. Zentrum und freisinnige Partei sind heute ebenso kolonialbegeistert wie die Nationalliberalen und die Antifemiten.

Zunächst hielt Herr Erzberger seine jetzt ganz regierungsfremdliche Kolonialrede, so daß der konservative Herr Dröschke sagte, er hätte ihm den ganzen Rücken aufgesessen, dann aber doch ihn nochmals vorkaufte, wobei er dem Staatssekretär in gewohnter Weise beweidrächerte. Genosse Ledebour widerlegte kurz die Dröschkeschen Phantasereien, um dann die Eingeborenenpolitik der Regierung in Südwesafrika an zwei eklatanten Fällen zu beleuchten. An der Niedermegeung streitender Eingeborener bei Wilhelmstal zeigte er die rücksichtslose Ausbeutung der Neger durch die Unternehmer. Dann brachte er die noch immer unausgeführte Reichstagsresolution wegen Landzuweisung an die Eingeborenen zur Sprache und verlangte, daß die Regierung das Verbot der Haltung von Großvieh für die Eingeborenen aushebe.

Der freisinnige Abg. Solter, den Ledebour wegen seines Verhaltens in der Kommission angegriffen hatte, redete sich in wilden Jörn hinein, bewies aber dabei, daß er sich die Anschauungen der ausbeutungslüsternden Unternehmer über die Eingeborenen völlig zu eigen gemacht hat. Nur wenig unterscheidet sich von ihm der Reichsverbandsgeneral v. Diebert in der Auffassung der Kolonialpolitik. Genosse Noßke ergänzte dann die speziell über Südwesafrika gemachten Ausführungen Ledebours durch einen Ueberblick über die anderen Kolonien, wobei auch er sein Hauptaugenmerk auf den Schutz der Eingeborenen gegen Ausbeutung und Vergewaltigung richtete. Besonders scharf rügte er das barbarische Straßensystem, das sich durch die ständige Zunahme der Prügelstrafe auszeichnet und das die ganz an mittelalterliche Rechtsauffassung gemahnende Todesstrafe für Diebstahl im Rückfall vorsieht. Noßke betonte zum Schluß, daß die Sozialdemo-

krate im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien den Schutz der Eingeborenen als eine Ehrenpflicht ansehe.

Der Staatssekretär Lindemann ist erwiderte zunächst in längerer Rede die Komplimente der bürgerlichen Politiker, um dann sich gegen die sozialdemokratische Kritik mit herzlich schwachen Gründen zu verteidigen. Einen sensationellen Eindruck erzielte er indes, nicht zwar durch seine Gründe, sondern durch zwei von einem seiner Kommissare herbeigeholte feulenartige Stöcke, sogenannte Kirris, mit denen die Nasser in Südafrika ausgerüstet sind. Er wollte damit beweisen, daß die streitenden Translokaffern in Wilhelmstal, die außergewöhnliche Stöcke, auch solche Kirris geführt haben sollen, dadurch so gefährlich geworden seien, daß die Soldaten sie mit Säbeln und Stichwaffen hätten angreifen müssen. Den bürgerlichen Politikern leuchtete dieses Knüppelargument denn auch hinreichend ein und sie riefen kräftig Bravo, als der Staatssekretär seine Rede mit der Versicherung schloß, daß die Prügelstrafe bei Negern unentbehrlich sei.

So war es wieder 8 1/2 Uhr geworden. Die Debatte über das Kolonialamt ging damit zu Ende. Morgen beginnt die Beratung der Einzelrats.

Der Mord an dem Arbeiter Herrmann.

Die Bekannmachung des Parteivorstandes hat die reaktionäre Presse in einige Erregung versetzt. Am possierlichsten lobt der fromme „Reichsbote“, der schreibt:

„Die Herren etablieren sich hiermit als ein Revolutionstribunal, wie es bei vielen Revolutionen geschah, das sich über die staatliche Justiz hinwegsetzte, sich vor dem Volk den Anschein gab, als wolle und müsse es dem Volk Recht schaffen, da die staatliche Justiz versagt. . . Die richtige Antwort auf diese Attentate gegen unsere Justiz wäre die Gefangenenaufnahme der Vorstandsmitglieder, welche diesen Anruf erteilt haben; denn aus der Erde, wo diese Herren in der Redaktion des „Vorwärts“ sitzen, ist seit Jahren all die Hitze und Aufregung hervorgegangen, von dem der Roabiter Anwalt offenbar nur ein Glied ist. In dieses Netz hätte die Regierung schon längst mit fester Hand hineingreifen sollen, statt sich mit den von dort irreführenden, verhetzten Arbeitern herumzuschlagen.“

Und das alles, weil wir der Staatsgewalt helfen wollen, die Mörder Herrmanns der Bestrafung zuführen! Da kann man doch nur Wilhelm II. zitieren: Verückt, absolut verückt, verrückt wie die Märzhasen.

Verfassungskommission für Elsaß-Lothringen.

Der § 23, welcher bestimmt, daß der Kaiser, während der Landtag nicht versammelt ist, Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen kann, wenn das bringen notwendig erscheint, die aber außer Kraft treten, wenn der Landtag bei seinem Zusammentritt die Zustimmung verweigert, wurde debattiert angenommen. Eine längere Debatte entspann sich über den § 24, nach welchem die Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen dem Reiche verbleiben und Eisenbahnen, die dem öffentlichen Verkehr dienen, nur mit Zustimmung des Reiches gebaut werden dürfen. Genosse Böhm weist darauf hin, daß diese Fassung eine Verschärfung des jetzigen Zustandes bedeute und den Städten bei dem Bau notwendiger Anschlußbahnen für den Frachtverkehr Schwierigkeiten bereite. Genosse Frank fährt aus, daß nach dem vorliegenden Wortlaut auch die Straßenbahnen unter diese Bestimmung fallen würden. Ein Vertreter des Großen Generalrats führt aus, daß die Zustimmung des Reiches aus militärischen Gründen erforderlich sei. — Der Elsaß-Lothringische Staatssekretär Jörn v. Bulach tritt für die Fassung der Regierungsvorlage ein. Ein Antrag unserer Genossen, anstatt „öffentlicher Verkehr“ „Fernverkehr“ zu sagen und damit den Bau von Lokalbahnen auszunehmen, wird gegen fünf Stimmen abgelehnt und die Regierungsvorlage angenommen.

Eine längere Debatte rief der Antrag des Reichsparteilers v. Dirksen hervor, der einen Paragraphen 24 eingeschaltet wissen will, wonach als Verkehrs- und Unterrichtsorgane in sämtlichen Schulen die deutsche Sprache bestimmt wird. Ausnahmen sollen bis auf weiteres nur an solchen Schulen zugelassen werden, in denen mehr als die Hälfte der eingeschulten Kinder nur französisch spricht und dem Unterricht in deutscher Sprache nicht folgen können. Der Antrag v. Dirksen wurde gegen die Stimmen der Nationalliberalen, Konservativen und die des Antragstellers abgelehnt.

Die Forderung des kaiserlichen Statthalters.

Im Anschluß an die Veröffentlichung des in Nr. 68 des „Vorwärts“ in seinem wesentlichen Teile mitgeteilten Verleses des Staatsrats a. D., Vizepräsidenten des Landesauschusses und Präsidenten des unterelbischen Bezirksrates Dr. Gungert (den Vorsitz des Staatsrats, den ihm ein Uebersetzungsfehler zuschrieb, führt nach der Verfassung der Statthalter selbst) vom 7. Januar 1910 an den französischen General Bonnal brachte Ende letzter Woche die französische Presse (zunächst im „Messager d'Alsace-Lorraine“) eine weitere „Enttüllung“, die seitdem die Kunde durch die reichsständische Presse gemacht hat, ohne daß der amtliche Dementierapparat im Lande bisher dagegen in Bewegung gesetzt wurde. Offenbar hat es mit dem üblichen Dementi in diesem Falle seine Schwierigkeiten. Dafür spricht auch die Tatsache, daß der gewissenhafte Chronist der Vorgänge hinter den politischen Kulissen Elsaß-Lothringens, Abgeordneter E. Wetterlé, in seinem „Revue alsacienne“ vom Dienstag dieser Woche die Geschichte ausdrücklich bestätigt. Sie ist so köstlich, daß es ein Verbrechen wäre, unaufrichtig an ihr vorbeizugehen.

Nach dieser Erzählung ist vor zwei Jahren nach dem Landesauschusswahl, bei welchen unser Parteigenosse Jacques Peirotes im unterelbischen Bezirkstag mit liberaler Unterstützung beinahe in das Landesparlament für Elsaß-Lothringen gewählt worden wäre, der Staatssekretär Freiherr Jörn v. Bulach eines Tages bei dem Bezirkspräsidenten Dr. Gungert erschienen, um von ihm eine öffentliche Dementierung der Gerüchte zu verlangen, welche behaupteten, der kaiserliche Statthalter Graf von Wedel habe zugunsten des — sozialdemokratischen Kandidaten Peirotes bei Dr. Gungert Schritte getan, indem er ihm bemerke, daß „schließlich ein Sozialdemokrat im Rahmen des Landesauschusses sich nicht abel machen würde.“

Dr. Gungert, der diesmal sein Rückgrat entdeckte, habe sich jedoch entschieden geweigert, die gewünschte öffentliche Erklärung abzugeben: „Ich werde nichts unterzeichnen, denn das wäre das Gegenteil der Wahrheit!“ Darauf habe Herr v. Bulach sich erhoben und mit dem Ernst, den die Stunde erforderte, feierlich erklärt: „In diesem Falle bin ich beauftragt, von Ihnen Unterstützung mit der Waffe zu verlangen.“ Sprachs, und hinterließ die genau formulierte Erklärung, die Herr Dr. Gungert zur Dementierung jenes Gerüchtes zu unterzeichnen hatte, mit vierundzwanzigstündiger Bedenkzeit.

Dem Typus eines Rotablen, dem Nationalhelden Dr. Gungert, fiel unter diesen Umständen das Rückgrat wieder in die Hosen, und er unterzeichnete — auf die Bitten seiner Angehörigen, wie die französische Quelle dieser „Enttüllung“ nach dem Tode“ höflich sagt und anderen Tages erschien die öffentliche Erklärung des Dr. Gungert, wonach an dem besagten Gerüchte, dessen Urheberhaftigkeit ihm (dem Dr. Gungert) zugeschrieben würde, nichts

Wahres sei. Ein wahrheitswidriges Dementi, wie jetzt von den Freunden des Dr. Gungert versichert wird.

Die Geschichte würde, wenn sie wahr wäre, dafür sprechen, daß selbst kaiserliche Statthalter ihre schwachen Momente haben, wo in ihnen das Bedürfnis erwacht, ein freier Mann zu sein und rot zu wählen. Wer — abgesehen allenfalls von der preussischen Junkerkasse — wollte so undemokratisch sein, es ihnen zu verdanken?

Das Ende vom Lied.

Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin weicht nach alter Ahnenstamme vor den Herrschaftsansprüchen der „Ritter“ mutig zurück. Aus Schwerin meldet das Wolffsche Telegraphenbureau:

Da mit den Ständen die Erzielung einer Einigung über die Aenderung der bestehenden Landesverfassung nicht zu erreichen war, verzichtet der Landesherzog auf die mit dem Erlaß vom 18. November 1910 herausgegebene Vorlage und behält sich in Betreff der weiteren Behandlung der Verfassungsreform die freieste Entscheidung vor.

Der Großherzog behält sich — die „freieste Entscheidung“ vor. Das heißt: er ist des Haders mit seiner geliebten treuen Ritterschaft satt und es bleibt vorläufig alles beim alten.

Der Kampf gegen die Arbeiterturnvereine.

Vor kurzem wurde dem Arbeiterturnverein in Liegnitz unter Androhung einer Strafe von 150 M. für jeden einzelnen Uebertretungsfall die Erteilung von Turnunterricht an Jugendliche verboten. Jetzt ist, obwohl das Reichsgericht entschieden hat, daß die angezogenen Kabinettsordres vom 1884 und 1889 nicht mehr zu Recht bestehen, der Arbeiterturnverein zu Gagnau i. Schlef. von der gleichen Ungesetzlichkeit betroffen worden. Auch ihm wird in einem Schreiben vom 14. März für jeden Uebertretungsfall eine Strafe von 150 M. in Aussicht gestellt. — In Landshut (Schlef.) erschien sogar ein Poliziist in der Turnstunde des Arbeiterturnvereins; er hatte den Auftrag erhalten, alle unter 21 Jahre alten Turner vom Turnplatz zu weisen!

Minister von Breitenbach und die technischen Angestellten im Staatsdienste.

Am 4. März hat Genosse Girsch im preussischen Landtage gegen den Terrorismus der staatlichen Bauverwaltungen protestiert, die auf ministerielle Anweisung schwarze Listen über die bei ihren Vorgehens nichtliebig gewordenen technischen Angestellten führenden Minister von Breitenbach glaubte mit einigen Lebensarten über diese Listachen hinwegzukommen. Wie schlecht ihm das gelungen ist, geht aus Nr. 12 der „Deutschen Technikerzeitung“ hervor. Dieses Organ des „jähmen“ Deutschen Techniker-Verbandes schreibt nämlich:

„Der Abgeordnete Girsch schilderte den Vorgang nach den Mitteilungen der „Deutschen Technikerzeitung“ und berurteilte mit scharfen Worten die Regierung, die nimmermehr auch ihren Angestellten mit dem gekennzeichneten Terrorismus die notwendige Arbeitsfreudigkeit läßt. Der Minister antwortete hierauf, ohne auf die detaillierten Anträge einzugehen, mit der Behauptung, daß schwarze Listen bei der Bauverwaltung nicht beständen. Unsere Leser sind also besser unterrichtet, als der Herr Minister, denn das, was wir in Nr. 51 der „Öffentlichkeit“ unterbreiteten, sind die vom Herrn Minister bestellten schwarzen Listen in Abschrift. Es ist auch vorherigerweise, wenn der Herr Minister unter dem Vorfall der Rechten immer wieder betont, daß für die Regierung das Recht bestehen muß, nach großen Disziplin- oder Strafrechtsvergehen der Angestellten, diese nicht weiter zu beschäftigen. Dem stimmen wir durchaus zu, aber das, was wir aus den Verfügungen herauslesen, waren durchaus keine „Vergehen“, sondern Eintragungen, die schon aus Differenzen mit dem nächsten Vorgehens der Techniker entstehen können. Hierzu sagt der Herr Minister, daß er angeordnet habe, die Entlassung dürfe nur erfolgen, nachdem der betreffende Angestellte vernommen ist. Wenn das durchgeführt würde und für die Vernehmung noch eine unbefugte Instanz bestimmt würde, so wäre damit allerdings das Bild anders, aber die Wirklichkeit steht mit dem, womit sich der Herr Minister verteidigte, in krassem Widerspruch. Viel einfacher und klarer würden sich die Verhältnisse gestalten und Herr von Breitenbach würde sich von einer schweren Schuld befreien, wenn er unseren berechtigten Wünschen nach Aufhebung der Personalakten und Einleitung von Beamtenauschüssen entsprechen würde. Geschlecht das nicht, so bleibt alles beim alten und die Erbitterung und Arbeitsunfreudigkeit der Angestellten und Beamten der allgemeinen Bauverwaltung wird sich steigern.“

Der Versuch des Herrn von Breitenbach, die Sache zu bemänteln, ist also schmähtlich mißglückt!

Protest gegen das Deutzer Landfriedensbruchsprejudiz-Urteil.

Gegen das Urteil im Deutzer Landfriedensbruchsprozeß protestierten Mittwochabend drei vom Bauarbeiterverband in Köln einberufene Versammlungen. Es war ursprünglich beabsichtigt, nur eine Versammlung zu veranstalten. Der Andrang war jedoch so stark, daß noch zwei weitere Säle in Anspruch genommen werden mußten, die sämtlich überfüllt waren. Die Polizei war stark vertreten, blieb aber sehr zurückhaltend. — Für Donnerstagabend hat das Gewerkschaftsblatt in Wülheim a. Rh. eine Protestversammlung gegen das Kölner Urteil einberufen.

Herrn Dertel ins Stammbuch.

Den Tag des vierzigjährigen Bestehens des Deutschen Reichstages hat die „Deutsche Tageszeitung“, wie wir kürzlich mitteilten, zu einem Angriff auf das geltende Reichstagswahlrecht benutzt und bittere Klage über die Verrohung der Sitten im politischen Kampfe geführt. So ganz unrecht hat darin Herr Dertel nicht. Der Amerikanismus, die Spengelkolonnen, Verdröngungen und Gewaltthatigkeiten gegen Redner in politischen Versammlungen sind in der Tat nichts Seltenes; nur muß Herr Dertel den „Woh“, der so „die Versammlungsfreiheit illusorisch macht“, in erster Linie in den eigenen Reihen suchen. Zur Auffrischung seines Gedächtnisses wollen wir dem Leiter des Agrarierblattes folgendes Bescheidliches widmen: Am Jahre 1908 standen sich bei der Landtagswahl im 4. Meiningen Wahlkreis zwei Agrarier vor reinem Wasser als Kandidaten gegenüber, und zwar der Schultheiß Pfeffer und der Oberarchivar und Landwirtschaftliche Wandertelehrer Krug. Ersterer trug den Sieg mit 952 gegen 805 Stimmen davon, und in seinem Groll über den ungünstigen Ausgang der Wahl veröffentlichte der unterlegene Kandidat in den Hildburghäuser Blättern folgendes:

„Danke und Bitte! Allen denen, die mich trotz Lüge und Verleumdung am 5. und 20. Oktober gewählt haben, sage ich herzlichen Dank. Alle diejenigen, die noch etwas auf ihre Ehre halten, bitte ich dringend, niemals eine Kandidatur anzunehmen. Wer nicht von Lügneren und Ehrabschneidern durch den Stot geschleppt sein will, der bleibe in sicherer Verborgenheit. Obermahfeld, den 27. Oktober 1908.“

Genüß's, Herr Dertel!

Landtagswahlwahl in Sachsen.

Bei der am Mittwoch vorgenommenen Landtagswahlwahl im 23. ländlichen Landtagswahlkreis wurden abgegeben

Für Müller (Soz.) 4312 Stimmen, für Dr. Schäfer (Frel.) 1726 Stimmen, für Unger (natl.) 2216 Stimmen, für Heller (Kons.) 2615 Stimmen. Es ist also Stichwahl vorzunehmen zwischen dem Genossen Müller und dem Konservativen.

Antisemitischer Terrorismus in Siebenbüden.

Die sozialdemokratische Parteipresse weist, bis auf die Magdeburger „Volkstimme“, die dem Fortschritt milde Umstände zubilligt, weil die Wähler noch keine überzeugte Freisinnige gewesen seien, ein durchaus übereinstimmendes Urteil über den Ausgang der Stichwahl auf, das mit dem des „Vorwärts“ im wesentlichen übereinstimmt. Uebrigens steht es mit dem miserablen Umstand, den unser Magdeburger Parteiblatt entdeckt hat, nicht so besonders — die Frankfurter „Volkstimme“ weist darauf hin, daß nicht nur in Bauernbüchern, sondern auch in der Stadt Sieben, der Stadt der liberalen Intelligenz, mehrere hundert Fortschrittler für den Antisemiten stimmten und einige Hundert zu Hause blieben.

Die Frankfurter „Volkstimme“ bringt in ihrem Artikel einen interessanten Beitrag zur Beleuchtung der antisemitischen Wahlarbeit. Sie schreibt:

Von den Landorten, zumal den reinen Bauernbüchern, erfährt man mancherlei, das es ohne weiteres verständlich macht, wenn in der Stichwahl die Stimmen für Ledermann teilweise fielen, statt stiegen. Da haben die Bündler ostbisch gearbeitet, und der Reichsverband war ihr Helfer. Zwischen Haupt- und Stichwahl wurde mit allen Mitteln des Terrorismus gearbeitet, am Stichtag wurden die abhängigen Wähler einfach zur Urne geführt. Unsere Partei konnte dagegen nicht aufkommen, fehlte es doch mangels einer ausgedehnten Organisation sogar an der Kontrolle. Die Agitation war von den Antisemiten-Bündlern vor dem ersten Wahlgang gegen den Freisinn rübe betrieben worden, dann aber wurden gar alle Schleißen jedem Urat geöffnet; Flugblätter, eines verlogener wie das andere, gingen hinaus und truppweise zogen die Agitationsredner niederer Gattung von Dorf zu Dorf, stelen mit Häuten handfester Bündler in unsere Versammlungen ein; unsere Redner versuchte man in unseren eigenen Versammlungen mundtot zu machen; ein Reichsverbands-Schwärzer nach dem anderen schwandronierte Stundenlang, und immer dasselbe öde Zeug; wie Papageien plapperte diese Sorte auswendig Gelerntes herunter; gewiß haben sie damit nicht wirkliche Agitation getrieben, aber sie machten unseren Genossen es unmöglich, zu sprechen. Wenn trotzdem die meisten Dörfer sich gut hielten, und wenn trotz des ungeheuerlichen Drucks auf Beamte, zumal die Dörfer in der Umgebung Siebens und steigende Stimmengahlen brachten, so ist das vielversprechend.

Nähere Angaben über dieses Thema bringt unser Siebener Parteiblatt, die „Oberhessische Volkszeitung“. Sie teilt dazu mit:

... Wie diesmal von dieser Gesellschaft gearbeitet und terrorisiert worden ist, das dürfte ein zweites Mal nicht mehr möglich sein! ... Und werden von verschiedenen Orten haarsträubende Dinge mitgeteilt. Den Arbeitern wurde von den antisemitischen Bauern gedroht, daß sie ihnen keine Früchte mehr leisten würden, Abgabe von Butter, Milch usw. wurde verweigert. Und wer die Verhältnisse auf dem Lande kennt, der weiß, daß derartige Mitteldein heuteutage noch eine Wirkung ausüben können. Aus Leihgebeten wird uns mitgeteilt, daß dort die Juden bedroht und veranlaßt wurden, nicht zur Wahl zu gehen. Es kommt ferner noch hinzu, daß den liberalen Beamten mit Denunziation gedroht wurde. Es ist gar kein Zweifel, daß sich viele von ihnen dadurch bestimmen ließen, der Wahl fernzubleiben, oder gar für den Antisemiten zu stimmen.

Die Antisemiten haben also diesen Grund, auf ihren Sieg stolz zu sein. Daß sie durch solche Mittel noch öfter siegen können, werden sie wohl selbst nicht erwarten.

Ein Eingeständnis.

Die Zentrumspresse tut so, als ob die katholische Religion und nur sie das Bonace gegen alle irdischen und weltlichen Bestrebungen der Menschheit sei. Die Statistik redet anders und ferner zeigt uns jede Gerichtstagung, daß fast alle angeklagten brüchig gewordenen Existenzen eine gut religiöse Erziehung genossen haben, die ihnen aber kein wirksamer Schutz auf ihrem Lebenswege gewesen ist. Selbst die verbliebenen Kerlale Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ in M. Gladbach stellt die Frage: „Warum leiden so viele Söhne gerade religiös erzogener Eltern in ihrem Glauben Schiffbruch?“

Der Artikel beginnt: „Wer hätte das gedacht! Der junge Mann hat so brave fromme Eltern, die ihn streng religiös erzogen. Nun glaubt er auf einmal gar nichts mehr. Er soll auch sonst total verkommen sein. In dieser oder ähnlicher Weise klingen missfallende Mütter, wenn mal wieder der Sohn streng religiöser Eltern bald nach dem Verlassen des Elternhauses den Glauben der Väter über Bord geworfen, im Sturm der Leidenschaft an der Klippe Sinnlichkeit scheiterte.“

Das M. Gladbacher Blatt sieht die Ursache in „Mißgriffen bei der religiösen Erziehung“. In Wirklichkeit liegt ja die Ursache darin, daß die nach Wunsch der M. Gladbacher „religiös“ erzogenen Menschen nicht nur nicht im Lebenskampf bevorzugt, sondern im Gegenteil benachteiligt sind. Mit Trostsprachen, wie: „Wenn die Not am größten, ist Gott am nächsten“, ist im Wirtschaftskampf herzlich wenig anzufangen. Der Volksmund hat den Spruch ja auch in treffender Weise umgemünzt: Wenn die Not am größten, ist der Gerichtsbeiliger am nächsten! —

Agrarische Arbeiterfürsorge.

Die ostbischischen Agrarier haben ein neues Mittel gegen die Arbeiternot auf dem Lande entdeckt. Sie wollen den Arbeitern aus den todtlichen Bedingungen Gelegenheit verschaffen, beim Bau des Kaiserlichen Schiffahrtskanals zu arbeiten. Nach Fertigstellung des Kanals würden, meinen sie, die Arbeiter auf den ostbischischen Gütern Beschäftigung finden. Der Landwirtschaftliche Zentralverein in Königsberg hat seinen Vorstand beauftragt, an möglicher Stelle zu erwirken, daß man den Bau jenes Schiffahrtskanals unter Ausschluß einheimischer ostpreussischer Arbeiter außer ausländischen Arbeitern auch solche aus den westlichen Provinzen herangezogen werden!

Auch der Dienstmädchennot soll sorgfältig gesteuert werden. Es wurde ein Antrag angenommen, daß Mädchen aus Russisch-Litauen mit gut kontrollierten Papieren als durchaus notwendiger Ersatz für hiesige Dienstmädchen auch während des Winters bei uns bleiben dürfen.

Eine Verichtigung.

In einem Teil der Partei wie der bürgerlichen Presse wird eine Zusammenstellung der Vertreter der verschiedenen Parteien veröffentlicht, die dem ersten Reichstag im Jahre 1871 angehört haben sollen. Danach sollen in jenem Reichstag auch drei Sozialdemokraten gewesen sein. Diese Angabe ist falsch. Der einzige Sozialdemokrat, der damals dem Reichstag angehörte, war ich. Der Rechtsanwalt Schrapf, der in alter Anhänglichkeit von unseren Genossen im 18. sächsischen Wahlkreis gewählt worden war — dessen Vertreter er von 1867—1871 gewesen war — gehörte zur bürgerlichen Demokratie und wurde später sogar ein Gegner der Partei. Wer der dritte Sozialdemokrat im Reichstag von 1871 gewesen sein soll, ist mir ein Rätsel.

Schweiz.

Gegen die Preussischen Arbeiter-Legitimationskarten.
Zürich, 20. März. (Eig. Ber.) Die schweizerische Presse wendet sich entschieden gegen die preussische Polizeipraxis der Feldarbeiterzentrale, den gewerblichen Arbeitern aus der Schweiz Legitimationskarten auszustellen, dafür noch 2 R. Gebühr zu verlangen und den schweizerischen Heimatschein mit dem häßlichen Stempel der genannten Zentralstelle zu versehen. Sie findet diese ganze Praxis als im Widerspruch stehend mit dem deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrag, nach dem die Schweizer in Preußen wie in ganz Deutschland nicht anders behandelt werden dürfen als die Inländer.

Die Beschäftigung der ausländischen Arbeiter mit der hinterlistigen Kontrollkarte und die merkwürdige Rolle der sogenannten Feldarbeiterzentrale, die einen Agrarstaat im Junkerstaat bildet, ist in der Tat ein Skandal, dessen Ausrottung mit allen Mitteln betrieben werden sollte.

Frankreich.

Militärfragen.

Paris, 23. März. Deputiertenkammer. Bei der Fortsetzung der Debatte über das Militärbudget verlangte Detoulle (Rechte Soz.) die Abschaffung der Uebung für die Reservisten und die Landwehr. Dabei kam es zu einem erregten Zwischenfall zwischen dem Deputierten Colly (Rechte Soz.) und Mitgliedern des Zentrums, die Colly vorwarfen, daß er ein Anhänger der Desertion sei. Der Kriegsminister Vertcauz wies nach, daß die Uebungen notwendig seien. Detoulle bestand auf der Annahme des Zusatzantrages. Die Sozialisten seien ebenso gute Patrioten wie alle anderen. Das Volk werde zu allererst zu den Waffen greifen, um seine Freiheiten zu verteidigen. (Beifall auf der äußersten Linken.) Colly erklärte, die Sozialisten seien keine Anhänger der Desertion; sie wollten, daß die jungen Leute in den Kasernen blieben, um dort für den Antimilitarismus zu wirken. Wenn ein Soldat von einem Vorgesetzten beschimpft oder geschlagen werde, solle er wider schlagen. Vertcauz unterbrach Colly mit den Worten: „Ich kann nicht sagen lassen, daß Bürger in der Armee beschimpft oder geschlagen werden. Wo geschieht denn das?“ Colly erwiderte: „Das geschieht alle Tage“. Vertcauz sagte zu Colly: „Sie irren sich im Lande“. (Beifall auf verschiedenen Bänken und im Zentrum.) Colly behauptete, in Marseille habe ein Major seine Leute beschimpft. Das Amendement Detoulle wurde darauf mit 446 gegen 118 Stimmen abgelehnt; ebenso eine Reihe anderer im gleichen Sinne abgefaßter Zusatzanträge.

In dem amtlichen Bericht sind die Unterbrechungen Collys durch den Kriegsminister anders dargestellt. Danach habe Vertcauz gesagt: Der Abg. Colly möge mir erlauben, ihm zu sagen, daß er sich geirrt hat. Wo denn in Frankreich schlägt oder beleidigt man Soldaten? Wo und wann kommt das vor? (Rechtlicher Beifall auf zahlreichen Bänken.) Colly: Das kommt alle Tage vor. (Rärm.) Kriegsminister Vertcauz: In Frankreich beleidigt man die Soldaten nicht und schlägt sie auch nicht. Wenn es wahr wäre, daß ein so empörender Vorgang sich hätte ereignen können, wäre es die Pflicht des Kriegsministers, ihn energisch zu unterdrücken.

Dadurch ist also die Anspielung auf Deutschland aus dem Bericht entfernt worden.

Die Wingerbewegung.

Paris, 23. März. Wie aus Trojes gemeldet wird, dauert die Wingerbewegung im Kubedepartement fort. Infolge des Streiks der Bürgermeister sind die Arbeiten der Militärgeheimdienstkommission sehr erschwert. Die Stellungspflichtigen treffen gruppenweise ein und tragen rote Fahnen mit der Aufschrift: Erst wenn das Kubedepartement zur Champagne gehört, werden wir Soldaten sein.

Die Behandlung der Eisenbahner.

Paris, 23. März. Der Unterstaatssekretär im Justizministerium ordnete an, daß sechs Eisenbahner, die seit dem letzten Ausstande noch in Haft sind, als politische Gefangene behandelt werden sollen.

England.

Die Bagdadbahn.

London, 23. März. In der gestrigen Oberhausung gab Viscount Morley über die Stellung der Regierung zur Bagdadbahnfrage Aufklärung. Morley erklärte, was den persischen Wolf anlangt, so halte die Regierung an der Stellung fest, die von Lansdowne im Jahre 1903 eingenommen worden sei. Bezüglich der Bagdadbahn erklärte Morley, es sei nichts Neues, daß die deutschen Interessen danach trachteten, ihren Weg südwärts nach Mesopotamien und bis zum Golf zu finden und wies darauf hin, daß die im Jahre 1903 erfolgte Weigerung Großbritanniens, an der Bagdadbahn teilzunehmen, durch die Ereignisse nicht gerechtfertigt worden sei. Morley betonte, daß die Bagdadbahn sich auf türkischem Boden befinde. Die britische Regierung sei im Prinzip dem Bau von Eisenbahnen in der Türkei günstig gesinnt. Sie erkenne an, wie wichtig der Eisenbahnbau für die Konsolidierung des neuen Regimes sei, das sie zu fördern wünsche. Wenn wir daher einer Regelung der Eisenbahnfrage in Mesopotamien unter für Großbritannien annehmbaren Bedingungen entgegenstehen können, fuhr Morley fort, so werden wir nicht nur unseren Einfluß bei dem Scheitern von Kowwit zur Geltung bringen, damit er unter gewissen Bedingungen die Anlage des Endpunktes der Bahn am dem vorzüglichen Hafen gestattet, den er besitzt, sondern es wird auch der jetzige Haupteinwand gegen die Erhöhung der türkischen Rölle damit entfallen. Die Folge der jüngsten Vereinderungen sei die, daß die türkische Regierung, abgesehen von gewissen Beschränkungen, die Freiheit des Handels bezüglich des Abschnitts von Bagdad nach dem Golf wiedererlangt.

Wir wünschen, Harzuzumachen, daß wir den aufrichtigen Wunsch nach einer Regelung hegen, die uns alle Besorgnis bezüglich des britischen Handels nimmt und zu gleicher Zeit den Reben des Argwohn und des Mißtrauens zerstreut, der diese Frage oft verunkelt, sowie alle Befürchtungen entfernt, daß die Bagdadbahn und ihr Endpunkt Reibungen zwischen den interessierten Parteien hervorgerufen könnten. In diesem Zweck muß natürlich jede Regelung eine solche sein, daß ihr Deutschland zustimmt, welches die ursprüngliche Konzeption in Händen hält. Das ist die gegenwärtige Lage. Wir können leider ohne Schädigung der Verhandlungen, die natürlich auf diese Vor schläge folgen werden, keine eingehendere Erklärung abgeben. Wir glauben berechtigt zu sein, die gegenwärtigen Verhandlungen in Konstantinopel als einen entscheidenden Schritt in einer günstigen Richtung zu betrachten und als eine verheißungsvolle Entwicklung komplizierter Fragen. Bei den weiteren Verhandlungen wird sich die britische Regierung von dem Wunsche leiten lassen, alle möglichen Ursachen internationaler Reibungen zu entfernen, während sie zugleich sowohl jetzt wie später alle wichtigen britischen Interessen wahren wird.

Rußland.

Studentenverhaftungen.

Petersburg, 23. März. Heute früh um 8 Uhr wurde das studentische Exekutivkomitee, das den Hochschulstreik leitete, sowie auch alle Mitglieder der sozialrevolutionären Studentenfraktion verhaftet.

Die Hochschulfrage.

Petersburg, 22. März. Die Reichsduma fuhr in der Besprechung der Interpellationen über das Hochschulwesen fort. Samojlowski (Rechte) erklärte, viele Studenten hätten ihre Stipendien zu revolutionären Zwecken verwandt. Die Professoren dienten mehr der Kadettenpartei als der Wissenschaft; sie bildeten nicht treue Söhne Russlands, sondern das Skanonenfutter der Revolution aus. Tschcheidse (Soz.) erklärte, eine freie Wissenschaft sei nur in einem freien Lande möglich. Kowwit und Sazonow (Rechte) meinten, die Lage der Schule sei nicht so schlecht wie geschätzt.

Amerika.

Ein Grenzzwischenfall.

Prefidio (Texas), 23. März. Kurz nachdem amerikanische Truppen mexikanische Regierungstruppen angehalten hatten, welche für die Eingekesselten in Chinaga bestimmtes Kriegsmaterial über die Grenze zu schaffen versuchten, schlugen Gewehrflügel in mitten unter die mexikanische Truppenabteilung ein. Es ist von amerikanischer Seite um Aufklärung über den Vorfall ersucht worden.

Australien.

Flottenrüstungen und kein Ende.

Zur selben Zeit, da das englische Unterhaus, nach dem Vorgang der französischen Kammer, es für dringend geboten erklärt, dem ungeheuerlichen Betrüben durch internationale Vereinbarung eine Grenze zu ziehen, soll nun auch Australien, wie die kanadische Schwesterkolonie, sich dem Flottenrücken anschließen. Der englische Admiral Henderson hat im Auftrage der Bundesregierung eine Denkschrift verfaßt, in der er den Bau einer Flotte von 48 Schiffen in 23 Jahren und mit einem Aufwand von 470 Millionen Mark vorschlägt. Sie soll in erster Linie zur Verstärkung der britischen Reichsflotte dienen. Die Unterhaltung der vollendeten Flotte soll jährlich 25 Millionen Mark und eine Besatzung von 15 000 Mann erfordern. Werften und Arsenalen sollen staatlich oder durch Unterstüzung privater Unternehmer geschaffen werden.

Natürlich wird es auch hier nicht entfernt bei den berechneten Millionen bleiben — falls nicht früher die Vernunft einsetzt und dem ganzen Treiben ein Ende macht.

Aus der Partei.

Johann Jacoby und Friedrich Engels.

Die Echtheit des jüngst veröffentlichten Briefes von Engels an Jacoby wird bestritten und ich möchte mich dieser Auffassung anschließen. Zwar ist nichts Näheres darüber bekannt, wie die beiden 1847 zu einander standen, aber aus späterer Zeit weiß ich bestimmt, daß das Verhältnis zwischen Jacoby und Engels keineswegs ein jenem Briefe entsprechend freundschaftliches war.

1874 wirkte ich als Redakteur des „Volkstaat“ bei der Reichstags-Wahlbewegung in Leipzig und Umgebung mit. Wir hatten Jacoby im 13. Wahlkreise aufgestellt und seine Kandidatur hatte dort eine gute Aufnahme gefunden. Dagegen war sie bei den „Londonern“ — Marx und Engels — nicht aufgenommen worden, während der damals in Festungshaft auf Hubertusburg befindliche Liebknecht, der immer ein warmer Verehrer Jacobys gewesen, davon entsetzt war. Jacoby war bekanntlich nach dem Leipziger Hochverratsprozeß von 1872 der sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Eisenacher Programm) beigetreten. Ich führte während des Wahlkampfes die Korrespondenz mit ihm. Als wir in Stichwahl kamen, sagte mir Professor Butike: „Geben Sie acht, Jacoby wird ablehnen, wenn er gewählt wird!“

Ich schrieb sogleich an Jacoby, der mir antwortete: „Ich denke nicht daran, meine Kandidatur zurückzugeben!“ — Ich dachte über „Kandidatur“ und „Mandat“ nicht weiter nach und war beruhigt. Als aber Jacoby gewählt wurde, lehnte er sogleich ab, weil man einen Militärstaat auf parlamentarischen Wege nicht in einen Volksstaat verwandeln könne. Ich sandte eine Darstellung der Sache an die „Londoner“, worauf mir Engels in einem sehr erregten Brief u. a. antwortete: „Hab' ich's nicht immer gesagt: Der Mann ist zu weise!“

Es sei noch hinzugefügt, daß wir bei der Reichswahl bei der Ernte kandidierten, unterlagen. Selbstverständlich hat diese Feststellung einiger Tatsachen nicht den Zweck, den „Alten von Königsberg“ irgendwieweit zu verkleinern.

Gannstatt, 22. März 1911.

Wilhelm Bloch.

Vom Fortschritt der Presse.

Der „Volkswille“ in Hannover hat eine Abonnentenzahl von 34 000 erreicht. Seit dem Beginn des Jahres sind 3500 neue Leser gewonnen worden.

Personalien. Am 18. März ist Genosse Thiel aus seiner Stellung als leitender Redakteur der „Schwäbischen Volkszeitung“ in Augsburg geschieden. An seiner Statt übernahm Genosse Kollwagen die Leitung des Blattes.

Ebenfalls ausgeschieden ist der Geschäftsführer der Schwäbischen Verlagsgesellschaft und Volksbuchhandlung Kraus u. Co., Gen. A. Streib. Die Geschäftsführung der neuen Gesellschaft Augsburger Druckerei und Verlagsanstalt m. b. H. ist, wie bereits bekannt gegeben, dem bisherigen Faktor der Buchdruckerei E. Kollwagen, Gen. F. C. Mayer, übertragen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wer auf Mißstände aufmerksam macht, wird verurteilt. Unser Volkhaer Parteitag hatte sich voriges Jahr in zahlreichen Fällen mit der Beschäftigung, Entlohnung und Behandlung der städtischen Arbeiter zu beschäftigen, da die Verhältnisse dazu den nötigen Anlaß boten. Und da nun unsere Genossen in Gotha leider noch keinen Sieg im Stadtverordnetenkollegium haben, so mußte die Kritik eben lediglich durch die Presse erfolgen. Wegen eines Artikels in Nr. 1 dieses Jahres wurde nun vom Stadtrat im Namen von zwei Beamten Strafantrag gestellt. Es sollten mit dem Schulpaß: „Einige Beamte scheinen zu glauben, mit Arbeitern könne Schindluder getrieben werden.“ drei nicht genannte städtische Beamte beledigt worden sein. Das Schöffengericht Gotha stellte sich am Mittwoch auf den Standpunkt, daß es sich um eine indirekte Beledigung gehandelt hat und verurteilte den Genossen Kühn zu 40 Mark Strafe. Der angeblich beleidigte Junge Senator Frank räumte sich als früberer Gutsbesitzer und erklärte, daß die städtischen Arbeiter eine ganz unzuverlässige, minderwertige und widerspenstige Sorte Menschen seien, denen man nicht viel Vertrauen entgegenbringen dürfe, desto mehr aber den Herren Beamten. Denn die Arbeiter trieben nur Schindluder mit den Beamten. Das veranlaßte den Ankläger zu der Bemerkung, daß der sozialdemokratische Redakteur mit solchem Denkschriftenmaterial auch nicht arbeiten könne. Wegen des Urteils wird Berufung eingelegt.

Gewerkschaftliches.

Ein Angriff auf das Streikrecht vereitelt.

In der Nummer vom letzten Sonntag teilten wir mit, daß Schlossermeister Franke das Streikrecht zu beseitigen oder doch wesentlich einzuschränken trachtete, indem er aus Anlaß eines Streiks in seinem Betriebe nicht nur die streikenden Arbeiter, sondern auch die Mitglieder der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes auf Schadenersatz verklagte. Am Donnerstag wurde in dieser Sache das Urteil verkündet. Das Gericht hat sich auf den Standpunkt gestellt, den der Anwalt der Beklagten vertrat. Die Klage des Herrn Franke wurde kostenpflichtig abgewiesen. Es ist also dem Unternehmer beziehungsweise seinen Hintermännern nicht gelungen, auf dem Wege der Schadenersatzklage den Arbeitern das Streiken unmöglich zu machen. Unternehmer, die keinen Streit wollen, werden sich also auch in Zukunft so verhalten müssen, daß die Arbeiter nicht nötig haben zu streiken.

Berlin und Umgegend.

Eine Berichtigung.

Wir erhalten die folgende Zuschrift:

Die in Nummer 66 des „Vorwärts“ vom 18. März unter dem Titel: „Wieder ein Terrorismuswunder!“ aufgestellte Behauptung, daß mein dort in Frage stehendes „Uebertritt durchs freiwillig“ vom christlichen zum „Deutschen Metallarbeiterverband“ erfolgt sei und ich auf Grund Drohung meines älteren Bruders den Uebertritt rückgängig gemacht hätte, ist unmo- glich. Wahr bleibt hingegen, daß meine Ueberschreibung zum Deutschen Metallarbeiterverband, nachdem mir mein Mitgliedsbuch unter dem Vorwand der Einsichtnahme von den Antei- lern Hoffmann weggenommen war, durch den Vertrauensmann Schmidt, trotz meines Protestierens, bewerkstelligt wurde.

Ferner ist wahr, daß die in Frage stehenden deutsche Metall- arbeiterverbandsmitglieder Hoffmann und Schmidt mich ersuchten, zwecks Regelung des Falles mit zum Verbandsbureau zu gehen.

Als ich dort ankam, nutzte man mich im Beisein des ersten Bevollmächtigten Herrn Adolf Cohen zu, eine Erklärung zu unterschreiben, wonach mein Uebertritt freiwillig erfolgt sei.

Als ich diese Zumutung ablehnte, wurde ich mit dem Bemerkung, ich sollte das deutsche Metallarbeiterverbandsmitglieds- buch wiederbringen, dann erhielt ich mein altes Buch retour kurzer Hand entlassen. Die Abholung meines christlichen Metall- arbeiterverbandsmitgliedsbuches konnte deswegen nicht gleich er- folgen, weil ich an eine Fußquetschung krank zu fernern ge- nötigt war.

Hochachtungsvoll

Felig Jablonski.

Berlin, Thurmstr. 50, S. I.

Eine Berichtigung zu bringen, selbst wenn ihre Inhalt den Tat- sachen nicht entspricht, zwingt ja Zeitungsredaktionen das Gesetz. Wir können deswegen die Aufnahme der unrichtigen Behauptungen des Herrn Jablonski nicht zurückweisen. Von allen sonst an der Affäre Beteiligten wird uns auf das Bestimmteste versichert, daß die Darstellung in Nummer 66 des „Vorwärts“ durchaus den Tatsachen entspricht. Noch mehr: Auch Herr Jablonski hat auf dem Bureau des Metallarbeiterverbandes unter Zeugen die Dar- stellung als richtig anerkannt. Er hat die „Zumutung“, eine im glei- chen Sinne gehaltene Erklärung zu unterschreiben, nicht abgelehnt, sondern erklärt, wegen der Unterschrift seinen Bruder fragen zu wollen. Es wurde ihm dann gesagt, daß sein christliches Verbands- buch, wenn er dies wünsche, ihm gegen Rückgabe des Metallarbeiter- Verbandsbuches jederzeit zur Verfügung stehe. Nach der von ihm gewünschten Aussprache mit seinem Bruder hat er dasselbe dann zurückgefordert und anstandslos erhalten.

Tariffbewegung in der Berliner Album-, Mappen- und Galanteriewaren-Industrie.

Der am 16. Oktober 1900 zwischen der Vereinigung Berliner Lederwarenindustrieller einerseits und den Verbänden der Buchbinder, Sattler und Portefeulien andererseits geschlossene Vertrag läuft am 30. Juni ab, wenn er drei Monate zuvor gekündigt wird. Eine Sitzung der Vertrauensleute des Berufes hatte bereits dazu Stellung genommen und sich für die Kündigung des Vertrages ausgesprochen und eine neue Tarifvorlage vorbereitet.

Der noch geltende Tarifvertrag sieht bei 54stündiger Arbeitszeit Mindestlöhne von 52 Pf. für Arbeiter und 82 Pf. für Ar- beiterinnen vor. Für Spezialarbeiter und Arbeiterinnen waren etwas höhere Löhne vorgesehen.

In der neuen Tarifvorlage werden Wochenlöhne bei 54stündiger Arbeitszeit gefordert und zwar 82 bezw. 86 M. für Arbeiter und 20 bezw. 23 M. für geführte Arbeiterinnen. Den Akkordarbeitern sollen bei allen Artikeln 70 Pf. und den Akkordarbeiterinnen 45 Pf. pro Stunde garantiert werden. Außerdem sollen die effektivsten Zeit- und Akkordlöhne vom 1. Juli ab um 15 Prozent erhöht werden. Den Heimarbeitern soll als Entschädigung für den Arbeitsraum, Heizung und Beleuchtung desselben ein Zuschlag von 5 Proz. zu den Akkordlöhnen gezahlt werden. Weitere Neuerungen, die angestrebt werden, sind die Lohnzahlung am Freitag, Bezahlung der Feiertage, volle Wirksamkeit des § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuches, Gewährung eines Sommerurlaubes unter Fortzahlung des Lohnes, Freigabe des 1. Mai und Vesper- bezahlung der Ausbillsbeschäftigten bis zu drei Tagen um 10 Proz. Die Gültigkeit des neuen Vertrages soll sich auf drei Jahre erstrecken.

Eine gut besuchte Versammlung der Album-, Mappen- und Galanteriewarenbeschäftigte fand am Mittwoch mit der Tariffrage und beauftragte die Organisationsleitungen, den gegenwärtig be- stehenden Tarifvertrag zu kündigen und den Abschluß eines neuen Vertrages anzustreben auf Grundlage des von der Kommission und den Werkstättenvertrauensleuten zusammengestellten Tarifentwurfs, der den bescheidenen Wünschen der Versammelten entsprach und von ihnen gut geheißen wurde.

Zur Tariffbewegung der Schuhmacher.

Obwohl ein Tarif mit der Innung abgeschlossen ist, finden sich immer wieder Arbeitgeber, die denselben nicht zahlen wollen, und zu diesen gehört auch Herr Vansamer, Anklamer Str. 40. Wir verweisen auf die Notiz vom 9. März, in der wir mitteilten, daß Herr Vansamer Arbeiter, die den Minimallohn verlangten, einfach aufs Straßenpflaster setzte und dem Organisationsvertreter heißt die Läre wied. Die Firma C. Tad u. Co., die wir um Vermittlung angingen, weil Vansamer deren Zwischenmeister ist, konnte ebenfalls eine Einigung nicht erzielen, da Herr Vansamer die Anerkennung des Tarifs nach wie vor verweigerte.

Zentralverband der Schuhmacher, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Tapezierer! Es wird unseren in Arbeit stehenden Kollegen ganz besonders zur Pflicht gemacht, darauf zu achten, daß keine Arbeit verrichtet wird, die von Werkstätten kommt, wo die Kollegen im Streik stehen oder ausgesperrt sind.

Es wird jetzt versucht, angefangene Arbeit auf diese Weise in anderen Werkstätten fertigstellen zu lassen. Derartige Arbeit ist Streikarbeit.

Achtung, Feilwerkstätten! Tacitlich geregelt in Nieder-Schöne- welde sind Erb, Berliner Str. 44, Gräblich, Grünauer Str. 5, Gay, Berliner Str. 40, Rädlein, Berliner Str. 108, Schulz, Gornauer Str. 20. Für Verbandsmitglieder gesperrt sind Schulz, Rigdorf, Richardstr. 53, Meier, Tüster Str. 12.

Verband der Feilwerkstätten, Verein Berlin.

Verantw. Redakteur: Albert Dachs, Berlin. Inseratenteil verantw.:

Wegen Tarifbruch seitens des Unternehmers sind die Hafen- und Kohlenarbeiter der Firma Kurt Thomas zu Spandau am 22. März in einen Abwehrkampf eingetreten. Die Firma hatte im vorigen Jahr nach achtjährigem Streik die Forderungen der Streikenden anerkannt und einen einjährigen Lohnarif mit dem Transportarbeiterverbande abgeschlossen. In der letzten Zeit ver- suchte die Firma die alten und langjährigen Arbeiter durch Ent- lassung zu mahregeln und an deren Stelle unorganisierte Arbeiter einzustellen. Sie verbot den Neueinstellenden den Beitritt zum Transportarbeiterverband mit der Strafe der Entlassung. Trotz- dem war es gelungen, die Arbeiter zu organisieren. Als man die Firma glaubte, ihren Herrenstandpunkt wieder einnehmen zu können, erklärte der Unternehmer Thomas den Hafenarbeitern, daß er nunmehr den alten Tarif nicht mehr als gültig anerkenne und gab bekannt, daß er selbst einen neuen Tarif ausgearbeitet, der in manchen Affordschäden eine Herabsetzung derselben bis zu 30 Prozent bedeutet. Wegen der Mahrregelung und des Koalitionsverbotes traten die sogenannten Salzhoferarbeiter bereits am Nachmittage des 22. März, nachdem eine gewählte Kommission vergeblich versucht, auf dem Wege von Verhandlungen eine Verständigung mit der Firma herbeizuführen, in den Abwehrkampf. Demselben schlossen sich am Abend desselben Tages die Hafenarbeiter einmütig an, um dem Unternehmer zu zeigen, daß sie sich einen derartigen frivolen Vertragsbruch nicht bieten und das Recht der Koalition nicht so ohne weiteres nehmen lassen.

Die Firma Thomas wird, genau wie im vorigen Jahre, durch verlockende Inserate in bürgerlichen Zeitungen versuchen, Arbeits- willige heranzuziehen. Wir bitten daher, für Fernhaltung des Zuguges Sorge zu tragen und werden alle arbeiterfreundlichen Blätter um Abdruck gebeten.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Verwaltung Spandau.

Deutsches Reich.

Internationale Diamantschleifer-Konferenz.

Frankfurt a. M., 22. März.

Im hiesigen Gewerkschaftshaus tagte diese inter- nationale Diamantschleiferkonferenz, die auf Beschluß der letzten Tagung des Weltbundes der Diamantarbeiter vom Vorstand des Weltbundes einberufen wurde. Die Konferenz beschäftigte sich lediglich mit der für die Diamantschleifer so wichtigen Frage der Regelung der Lehrlingsverhältnisse. Es wurde unter- sucht, welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um die Ueberfüllung des Berufes mit Lehrlingen zu verhindern.

Anwesend waren 38 Delegierte und zwar aus Holland 14, Belgien 7, Frankreich 6, Schweiz 1 und Deutschland (D. M. B.) 10. Das Bureau bildete der Vorstand des Weltbundes der Diaman- tarbeiter: Polak-Amsterdam, Vorsitzender und Le Guere-Paris, Bartels und Romeo-Antwerpen als Beisitzer.

Polak-Amsterdam eröffnete die Konferenz mit einer Ein- leitungsvorrede, in der er die früheren Versuche, die Lehrlingsfrage zu regeln, schilderte und die Aufgaben der Konferenz besprach. Der letzte Kongreß des Weltbundes, der im Herbst vorigen Jahres in Amsterdam tagte, habe die Lehrlingsfrage eingehend beraten und sei zu dem Ergebnis gekommen, die Verhältnisse genau zu unter- suchen, bevor eine bestimmte Taktik zu diesem Punkt festgelegt wird. Man habe daher beschlossen, diese Konferenz der Diamantschleifer einzuberufen. Der Gedanke, die Zahl der Lehrlinge in dieser In- dustrie zu beschränken, ist sehr alt. Schon vor 40 Jahren haben Arbeitervereine Beschränkung in der Lehrlingsaufnahme verlangt, um dadurch eine Ueberfüllung des Berufes zu verhindern. Die Diamantindustrie umfaßt nur einen engen Kreis, ein Ueberfluß von Arbeitskräften ist daher gerade in dieser Industrie von Ver- hängnis für die hier Tätigen. Auf verschiedenen Kongressen der Diamantarbeiter stand die Lehrlingsfrage im Mittelpunkt der Debatte. Im Jahre 1897 faßte man den Beschluß, keine Lehrlinge mehr zuzulassen. Und es gelang auch wirklich von 1897 bis 1904 die Lehrlingsaufnahme zu verhindern. Dazu war vor allen Dingen eine gute Organisation notwendig. In diesem Erfolg beigetragen hat aber ganz wesentlich, daß das Diamantfach damals kein gutes war. Es herrschte große Arbeitslosigkeit, so daß wenige Eltern Neigung fanden, ihre Kinder Diamantarbeiter werden zu lassen.

Anderes kam es aber, als die Technik weiter vorschritt und die Elektromotore eingeführt wurden. Da waren die Arbeiter nicht mehr stark genug, die Zufuhr an neuen Arbeitskräften zu ver- hindern. Anfangs 1904 kam es in der Diamantbranche zu einem großen Konflikt zwischen Arbeitern und Unternehmern, der eine Aussperrung zur Folge hatte. Beim Friedensschluß mahlten sich die Arbeiter verpflichten, alle Jahre einige hundert Lehrlinge zu- zulassen. — Durch den größeren Bezug von Diamanten aus Afrika kam ein Aufschwung der Industrie und durch dieses Aufblühen entstand bald ein Mangel an Arbeitskräften. Nun fielen alle Gründe für die Fernhaltung von Lehrlingen weg und der Andrang von solchen war sehr groß. Die Diamantarbeiter durften früher ihre Kinder in der Diamantindustrie nicht ausbilden lassen. Dieses durch die Arbeiter selbst gegebene Verbot wurde aber nun durch- brochen. Die Lehrlingszählerei nahm bald eine sehr große Aus- dehnung an und man stand ihr fast machtlos gegenüber. Heute stehen die Diamantarbeiter nun wieder vor der Frage, welche Maßregeln sind zu ergreifen, um die Ueberfüllung des Berufes durch Lehrlinge und die dadurch erzeugte Schädigung der Lage der Diamantarbeiter zu verhindern. Das internationale Komitee des Weltbundes macht keine Vorschläge. Wir wollen erst die Sachlage prüfen und beraten und dabei die realen Tatsachen nicht aus dem Auge lassen. Hoffen wir, daß die Taktik, die beschlossen wird, für die Diamantarbeiter von ebenso großem Nutzen sein wird, wie die, die wir 1897 anwandten.

Der Kongreß trat nun in nichtöffentlicher Sitzung in die Beratung ein und nahm zunächst die Berichte der Delegierten über die Verhältnisse in den einzelnen Ländern und Bezirken ent- gegen. Dann wurde die Frage unterzucht, mit welchen Mitteln die Lehrlingsfrage zu lösen ist. Die Beratungen dauerten mehrere Tage.

Eine Streikleitung verhaftet!

Auf der Stinnes-Jeche Union in Dortmund streiken die Maschinen- und Heizer. Am Mittwochvormittag hielten die Streikenden eine Versammlung ab. Ein Polizeikommissar ersuchte acht Personen, deren Namen auf einer Liste standen, mit zur Polizeibehörde zu kommen. Aus den weiteren Bemerkungen des Polizeikommissars wurde entnommen, daß der Oberbürgermeister für Verhandlungen wirken wolle. Nach wiederholtem Verhör wurden aber dann sechs Personen, darunter die aus drei Arbeitern bestehende Streikleitung, verhaftet!! Das Mitglied des Haupt- vorstandes vom Maschinenarbeiterverband, Scheffler aus Berlin, und der Hausleiter Rathies aus Aöln wurden freigelassen. Am Mittwochmorgen fand im Stahlwerk der „Union“ ein schwerer Un- glücksfall statt. Durch Verlassen des Wasserdrucks kyppte ein Kon- venter mit flüssigem Stahl um. Ein Arbeiter wurde am ganzen Körper verbrannt. Schwere Unglücksfälle sind leider nicht Seltenes in den Hüttenwerken. Anscheinend soll die Verhaftung mit diesem Unglücksfall in Verbindung gebracht werden. Natürlich haben die Verhafteten mit der Sache gar nichts zu tun. Wenn die Polizei Unglücksfälle verhüten will, täte sie besser, zu verhindern, daß jetzt Lehrlinge die Maschinen und Krane fahren.

Man rednete wohl, die Streikenden durch die Verhaftung ein- schüchtern zu können, jedoch ist die Erregung dadurch natürlich nur gesteigert worden. Es sind sofort Schritte getan worden, um die Freilassung der Verhafteten zu erwirken. Es wird angenommen, daß die Werkdirektion die Namen der Betroffenen der Polizei übermitteln hat. Die wußte dann, was man von ihr ver- verlangte — !!

Die Antwort der Chemnitzer Metallarbeiter auf die Chemnitzer Metallindustrieharone war eine imposante Demonstration gegen den Unternehmerübermut und Rechtsdünkel. In 15 großen, zum Teil Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Buchdr. u. Verlagsanstalt

überfüllten Versammlungen nahmen sie die Berichte der Verbands- funktionäre und die Mitteilung entgegen, daß die streikenden Former und Gießereiarbeiter höflichst die Zumutung der Unter- nehmer zurückgewiesen haben, bedingungslos die Arbeit wieder auf- zunehmen. Freudig wurde der Beschluß der Verbandsleitung auf- genommen, daß die Aussperrten die volle Streikunterstützung erhalten sollen.

In allen 15 Versammlungen wurde folgende Resolution ein- stimmig angenommen:

„Die Versammelten erblicken in der Androhung der Aus- sperrung durch den Bezirksverband der Chemnitzer Metall- industriellen lediglich ein Mittel zur Einschüchterung, um die Former und Gießereiarbeiter zum Rücktritt von ihren berech- tigten Forderungen zu veranlassen. In Anbetracht der Wichtig- keit dieser Forderungen für die gesamten Eisgießereiarbeiter betrachten die Versammelten die Aufrechterhaltung der Forde- rungen für die Former und Gießereiarbeiter als ihre selbstver- ständliche Pflicht und die Uebernahme einer etwaigen Aussperrung durch die Chemnitzer Metallindustriellen für unerlässlich.“

In weiteren fünf stark besuchten Versammlungen nahmen die Modell- und Hobelstiftler Stellung zu dem Aussperrungsbeschluß; einmütig stellten sie sich auf die Seite der Streikenden, denen sie durch Solidarität zum Siege verhelfen und auch die Aussperrung übernehmen wollen.

So steht denn die Arbeiterschaft der Chemnitzer Metallindus- trie geschlossen in dem Kampfe, gut organisiert und diszipliniert, wie nie zuvor. Seit dem Streik der Chemnitzer Maschinenbauer vor vierzig Jahren sah Chemnitz einen so großen Kampf nicht in seinen Mauern! Das Chemnitzer Unternehmertum, das im Arbeiter nur das Mittel zum Zweck seiner Bereicherung, nicht den gleichberech- tigten Vertragsabschließenden sieht, ist ganz konsterniert; solche Einigkeit hatten die Herren nicht erwartet! Nun wollen sie Un- einigkeit mit Hilfe der bürgerlichen Presse und — — — der christ- lichen Gewerkschaft — die armen Schächer — und der Selben unter die Arbeiter bringen! Diesmal ist aber alle Liebeshülfe umsonst!

Christliche Verleumdungen.

Der Redakteur des Organs des christlichen Keramarbeiterver- bandes, Martin Fromm in Köln-Ehrenfeld, hatte über eine Anzahl freiorganisierte Keramarbeiter der Justizstelle Tirschenruth in der Oberpfalz bespottende Unwahrheiten verbreitet. 12 der frei- organisierten Arbeiter hatten gegen Fromm, um die Unwahrheiten des christlichen Blattes festzustellen, Verleumdungsklage erhoben. Obwohl der Herr Fromm in früheren Fällen, wenn er sich beleidigt fühlte, keinen Pardon gab, willigten die Kläger, um den Christen vor Strafe zu bewahren, in folgenden Vergleiche:

Der Beklagte erklärt, daß er die Behauptung, die Mitglieder des Porzellanarbeiterverbandes in Tirschenruth trieben Ter- rorkismus und hätten eine am 29. Oktober vorgenommene Rif- handlung veranlaßt, nicht machen kann und will.

Er nimmt daher die in Nr. 47 der „Keramarbeiterzeitung“ vom 28. November 1910 unter der Ueberschrift: „Wie der freie Porzellanarbeiterverband jugendliche Mitglieder nicht“ gegen diesen Verband enthaltenen Behauptungen und Verleumdungen als durchaus unbegründet mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

Dieser Vergleich wird je einmal durch den klägerischen Ver- treter auf Kosten des Beklagten in der „Amise“ und der „Kerom- arbeiterzeitung“ und in der „Fränkischen Tagespost“ veröffent- licht.

Der Beklagte übernimmt die sämtlichen Kosten. Strafamt und Privatklage werden zurückgenommen.

Letzte Nachrichten.

Zum Sturze Stolypin.

Petersburg, 23. März. Während im Laufe des heutigen Tages verlautet hatte, daß Stolypin plötzlich seine Demission zurückgezogen habe und im Amte bleibe, wird jetzt die Nach- richt verbreitet, daß die Ministerkrise bisher noch nicht ent- schieden sei. Stolypin wurde zwar in Barskoje Selo empfangen, soll aber seine Demission nicht zurückgezogen haben. Andererseits habe der Kaiser die Demission nicht angenommen.

Sozialdemokratischer Wahlsieg.

Frankfurt a. M., 23. März. (Privattelegramm des „Vor- wärts“.) Bei der heutigen Stadtverordneten-Erskwahl wurde Genosse Maier mit 1463 Stimmen gewählt. Der Mittelständler erhielt 1060, das Zentrum 188 Stimmen.

Amerikale Rache.

Strasbourg, 23. März. (B. T. B.) Im Landesausschuß für Elsaß-Lothringen fragte bei der zweiten Lesung des Etats für die Universität Strasbourg der liberale Abgeordnete Georg Wolf, ob die Professoren der katholisch-theologischen Fakultät den Anti- modernistensid geleistet hätten und wie die Regierung sich zu dieser Frage stelle. Der Rektor der Universität, Erzengel Bad, erklärte, die Regierung brauche sich mit dieser Sache nicht zu befassen; die Professoren hätten den Eid nicht geleistet, und er sei von ihnen auch nicht gefordert worden. Mehrere Zentrumabgeordnete er- blickten in der Rede des Abgeordneten Wolf eine Erörung des kon- fessionellen Friedens und warfen weiterhin der Universitätsver- waltung vor, sie lasse sich bei Befetzung der Stellen von antieff- lathringischen Tendenzen leiten. Um die Abneigung des Landes- ausschusses dagegen zum Ausdruck zu bringen, wurden zwei außer- ordentliche Professuren für Strafrecht und klassische Philologie auf Antrag eines Zentrumabgeordneten abgelehnt.

Arbeiterisiko.

Dortmund, 23. März. (B. V.) Der Arbeiter Heinrich Koch fiel auf einem hiesigen Eisenwerk von einem 10 Meter hohen Gerüst. Er erlitt einen Bruch der Wirbelsäule und Brüche beider Beine und wurde lebensgefährlich verletzt dem Krankenhause zugeführt.

Schon wieder eine Fürsorgeanstalt vor Gericht.

Köln, 23. März. (B. D.) Nach zveltägiger Verhandlung wurde das Urteil im Prozeß wegen der Vorgänge in der Fürsorge- anstalt Ranel bei Gemünd gefällt. Die Hauptangeklagten, unter ihnen die Ehefrau des früheren Direktors Barlies erhielten Gefängnis- strafen von 9, 8, 6 und 3 Monaten, vier andere Geldstrafen von 500, 50 und 20 M. Es handelt sich um Verhandlungen von Böh- lingen, bei denen unter anderen bis zu 150 Strohheide verbreicht wurden.

Zur Ministerkrise in Italien.

Rom, 23. März. (B. T. B.) Die Blätter erörtern ausführlich die Ministerkrise und halten es für sicher, daß Giolitti den offiziellen Auftrag zur Kabinettsbildung erhalten habe. Sie heben es als politisch sehr wichtig hervor, daß der König auch den Sozialisten Disfolati empfangen hat, und besprechen dies sympathisch.

Standrecht in Mexiko.

New York, 23. März. (B. T. B.) Wie uns aus San Antonio gemeldet wird, sind dort vier Amerikaner wegen Teilnahme an mexikanischen Aufstände standrechtlich erschossen worden. Paul Singer & Co., Berlin SW. Diergu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

155. Sitzung. Donnerstag, den 23. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: Dr. Delbrück, v. Lindequist. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung des Etats des Reichsamts des Innern.

Der Antrag Dr. Abt (Sp.) u. Gen., der verhindern will, daß Organisationen, die politische Zwecke verfolgen, mittelbar oder unmittelbar Propagandabehelfen aus dem Reichsfonds erhalten, wird in namentlicher Abstimmung mit 197 gegen 130 Stimmen abgelehnt.

Zur namentlichen Abstimmung kommt dann folgende Resolution Abt (Sp.) u. Gen.:

Die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag alsbald einen Beschlusses zugehen zu lassen, der den § 27 des Gesetzes über den Absatz von Ralfsalzen dahin abändert, daß die dort genannte Abgabe mit der Maßgabe der Reichskasse zugeführt wird, daß der Betrag derselben ausschließlich zur Verwendung für sozialpolitische Zwecke in den Etat einzustellen ist.

Die Resolution wird mit 237 gegen 88 Stimmen abgelehnt. Der Etat ist damit erledigt.

Es folgen Petitionen, über die Abg. Höp (Soz.) berichtet. Ein Antrag Abt (Sp.) und Genossen (Soz.) geht dahin, die Petition des Professors Dr. Albrecht in Berlin — namens der Deutschen Baugenossenschaftsverbände — um Erhöhung des Etatsbetrags zur Förderung der Herstellung von Kleinwohnungen für Arbeiter usw. dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.

Der Antrag wird abgelehnt. Es folgt die zweite Lesung des Kolonialetats.

Beim Titel: Gehalt des Staatssekretärs findet eine allgemeine Aussprache statt.

Abg. Erzberger (Z.): Wir haben seinerzeit als nächstes Ziel aufgestellt, daß die Kolonien die Ausgaben für ihre Zivilverwaltung selbst aufbringen. Dies Ziel ist erreicht mit Ausnahme von Kongo, Guinea. Wir müssen nun aber danach trachten, daß auch die Militäraufgaben der Kolonien selbst aufgebracht werden. Die militärische Besetzung in Südwestafrika sollte im Jahre 1912 auf die Hälfte herabgesetzt werden, dann könnte sich der Reichszuschuß wesentlich vermindern. Der Etat liefert den Beweis, daß unsere Kolonien sich in ständig aufsteigender Entwicklung befinden. Das bedauerliche Vorkommnis in Ponape hat wieder bewiesen, daß die Entlohnung der Eingeborenen dort dringend notwendig ist. Der zweite Zusammenstoß in Südwestafrika hat die Mängel der Zwangsarbeit der Eingeborenen enthüllt. Die Anstellung von Eingeborenenkommissaren ist eine sehr vernünftige Maßnahme. Die staatlichen Behörden sollten Hand in Hand gehen mit den Missionaren.

Scharf zu rügen ist es, daß die Kolonialverwaltung in den Kolonien die Kolonialverwaltung in Schweden Professe durch Beschlüssen und Verfügungen geleistet hat. Der frühere Staatssekretär hat dies Vorgehen ausdrücklich gerechtfertigt. (Hört! hört!) Hoffentlich kommen solche Dinge unter dem Staatssekretariat Lindequist nicht vor. Beim Bahnbau muß größere Vorsicht in Bezug auf die Vorarbeiten usw. walten. Rügen unter dem Regime Lindequist die Kolonien wachen, blähen und gedeihen. (Wab! im Zentrum.)

Abg. Dröschler (L.) spricht dem Staatssekretär für seine treffliche, umsichtige, ausgezeichnete usw. Verwaltung und dem Abg. Erzberger für seine erschöpfenden, tiefgründigen usw. Ausführungen seinen tiefgefühlten Dank aus und erklärt, daß er nach diesen Ausführungen eigentlich wenig oder nichts zu sagen habe. Der Wunsch, die militärische Besetzung Südwestafrikas zu vermindern, sei zu unterstützen, aber keinesfalls dürfe diesem Wunsch dann nachgegeben werden, wenn dadurch die Sicherheit der Kolonie gefährdet werden sollte. Anlässlich der Erörterung über die Diamantengewinnung ist meinen Freunden ganz zu Unrecht der Vorwurf gemacht worden, und mangelte das Verständnis für die wirtschaftlichen Unternehmungen und die Betätigung des Großkapitals in den Kolonien. Diesen Vorwurf weise ich zurück. Wenn die Sozialdemokraten unter sich sind, so geben sie auch zu, daß wir die Kolonien nicht mehr entbehren können. Offen wird das natürlich von den Sozialdemokraten nicht gesagt. Wir sind große Freunde der großkapitalistischen Betätigung in den Kolonien. Wenn in letzter Zeit beim Großkapital die Vorliebe dafür nachgelassen hat, so bedauern wir das, aber wir sind daran nicht mitschuldig. Wir können uns nicht dafür erwärmen, daß von den Kolonien der einheimische Markt mit Fleisch versorgt wird. (Hört! hört! links.) Wir empfehlen dagegen, das Fleisch in den Kolonien selbst zu produzieren, etwa zur Fleischtransfabrikation. Der Herr Staatssekretär sagte in seiner Programmrede: Es geht vorwärts mit unseren Kolonien! Wir unterstützen dieses Wort und

wünschen dem Staatssekretär zu diesem höchst erfreulichen und vielversprechenden Anfang seiner Tätigkeit Glück. (Beifall rechts.)

Abg. Ledebour (Soz.):

Ich muß bekennen, daß ich immer Bewunderung empfinde, wenn ich den Vorredner höre und wahrnehme, welche außerordentliche Menge von Botschaften in der Brust eines einzelnen Mannes Platz haben, wenn er das Glück hat, einen neuen Staatssekretär anschwärmen zu können. (Heiterkeit und Beifall.) Diese Lobeshymnen eines treuen deutschen Untertanenhergen dürfen dem Staatssekretär noch neu sein, ich will ihm deshalb sagen, daß die Dröschler'sche Lobrede unterschiedlos jedem Staatssekretär zuteil wird, daß sie seinen Vorgängern gewidmet worden ist und auch seinen Nachfolgern zuteil werden wird. (Heiterkeit.) Dr. Dröschler hat im wesentlichen die Ausführungen Erzberger wiederholt, aber einen eigenen Gedanken hat er doch vorgebracht, denn er hat erklärt, daß er sich in die Seele der Sozialdemokraten, hineinphantastieren könnte, und aus dieser von ihm erkannten sozialdemokratischen Seele heraus hat er nun gesagt, daß auch wir Sozialdemokraten jetzt für die Kolonialpolitik gewonnen sind; wenn wir unbedachtet seien, dann legen wir ein Verbotnis zur Kolonialpolitik ab. Ich muß dem Abg. Dr. Dröschler jede Befähigung absprechen, in unsere Seelen sich hinein zu versetzen. Ich stehe noch heute auf dem ablenkenden Standpunkt den ich von jeher zur Kolonialpolitik eingenommen habe. Die sozialdemokratische Partei als solche steht gleichfalls der Kolonialpolitik

grundsätzlich ablehnend

gegenüber. Nur vereinzelt Mitglieder nehmen eine andere Stellung ein. Trotz dieser grundsätzlich ablehnenden Haltung haben wir natürlich die Pflicht, für die nun einmal vorhandenen Kolonien eine möglichst gute Verwaltung zu schaffen. Ich möchte Dr. Dröschler warnen, sich der Illusion hinzugeben, als könnte die auch von uns geförderte Baum- u. Kultur in den Kolonien irgend einen großen Einfluß auf den Weltmarkt oder deutschen Baum- u. Holzmarkt ausüben. Als Dr. Dröschler von den Milliarden der Kolonien sprach, dachte ich: ach, wenn das doch noch der gute alte Dornburg erlebt hätte, daß seine Phantasiepolitik, die sich in der Dattelkuchenangelegenheit zeigte, heute noch übertrieben in jenem schlecht zugänglichen Gebiet werden niemals die von Dr. Dröschler erwarteten Millionenträge bringen. Ich muß die

Rückversicherung von Eingeborenen in Südwestafrika

erörtern und füge mich dabei auf die vom Staatssekretär selbst gegebene Darstellung. Die Firma Drenstein u. Koppel wird für einen Bahnbau eingeborene Arbeiter an. Der Vertrag, den die Firma Drenstein u. Koppel mit den eingeborenen Arbeitern abschließt, ist ein

unfairer Vertrag,

ein Vertrag, der wider Treu und Glauben verstößt. Der Staatssekretär sagt: Die Verwaltung kann nichts gegen solche Verträge unternehmen, die außerhalb des deutschen Gebietes abgeschlossen werden. Aber bei gutem Willen ist die Verwaltung doch dazu imstande. Weise sie nur die deutschen Konsuln in Britisch-Südwestafrika an, auf Verträge zu achten, die mit dortigen Eingeborenen von deutschen Firmen abgeschlossen werden. (Zustimmung bei den Soz.) Die Vorgänge bei dem Streit der schwarzen Arbeiter bei Drenstein u. Koppel sind im einzelnen nicht völlig aufgeklärt, zumal der Staatssekretär der Kommission keine sehr genaue Darstellung gegeben hat. Sowieblich steht: Der Aufsicht der Firma, ein gewisser Hübel (Heiterkeit), gerät in Arbeitszwistigkeiten mit den Schwarzen. Sofort requiriert er Militär! Also Militär wird requiriert bei einer das Arbeitsverhältnis betreffenden Streitigkeit. Es ist so, als ob Herr Bued vom Zentralverband der Industriellen das Kommando in Afrika führe! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Hauptmann, an den der Geschäftsführer sich wendet, schickt zunächst einen Leutnant. Es wird nun behauptet, dieser Leutnant sei bedroht worden und habe einen Augenblick in Lebensgefahr geschwebt. (Heiterkeit.) Darauf wird ein Kommando geschickt, das die Eingeborenen umzingelt. Es wird nun behauptet, die Soldaten seien provoziert worden. Umgekehrt! Die Schwarzen wurden provoziert. Sie mußten nach Lage der Dinge sich bedroht glauben. Das Ende der Sache war, daß eine Reihe schwarzer Arbeiter teils getötet, teils verwundet wurden. Der Staatssekretär behauptete nun, die Unternehmung habe weder die Firma, noch die Offiziere belastet. Das ist wahrhaftig nicht unsere Auffassung! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Firma hatte die Eingeborenen einfach geprügelt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und wie kommt man dazu, sich mit militärischer Macht in Lohnstreitigkeiten zu mischen? Ein konservatives Mitglied der Kommission, das ich nach dem neuerdings eingerissenen ungewöhnlichen Gebrauch leider nicht mit Namen nennen kann, hat das

Gemeinlich gerechtfertigt

mit der angeblichen Bedrohung und Beschimpfung der deutschen

Uniform. Das ist ein charakteristischer Beitrag zu der militaristischen Verfassung unserer herrschenden Klassen und paßt vortrefflich zu dem neuerdings aufgebrachten Begriff der Putativnotwehr. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich muß ferner auf die Angelegenheit der Eingeborenen-Ländereien zurückkommen, die ich hier schon oft vorgebracht habe. Der Reichstag hat schon mehrere Male eine Resolution angenommen, die die Ausstattung der Eingeborenen mit soviel Land fordert als nötig ist, damit sie ihre gewohnte Wirtschaftsweise, das heißt die Viehzucht, fortsetzen können. Der Bundesrat hat dieser Resolution nicht zugestimmt, unter der Vorgabe, daß die Eingeborenen kein Vieh mehr haben, also auch kein Land nötig haben. Also zuerst nimmt man den Eingeborenen das Vieh und dann erklärt man, daß sie ohne Vieh kein Land mehr brauchen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der vergangene Staatssekretär scheint — vielleicht nach den Gespögenheiten der Börse — diese Veräußerung der Eingeborenen für so selbstverständlich gehalten haben, daß er gar keine weitere Erklärung dieses eigentümlichen Verfahrens für nötig hielt. Der jetzige Staatssekretär versucht wenigstens so etwas wie eine Rechtfertigung. Er sagt, nur den Eingeborenen sei die Viehhaltung verboten, denen sie nicht vom Gouverneur gestattet ist. Ein wunderbarer Schluß: Es ist nur verboten, was nicht gestattet ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Für unsere Resolution haben auch die Freisinnigen gestimmt. Wie stellen Sie sich zu der Nichtdurchführung der vom Reichstag mit großer Mehrheit erhobenen Forderung? (Zuruf des fortschrittlichen Abg. Goller.) Ich muß sagen, Herr Kollege Goller, daß ich die gleichgültige Haltung des Freisinnigen gegenüber der wichtigen Frage des Eingeborenenwesens sehr sonderbar finde. Es ist wahrlich nicht angebracht, über die unterjochten, ausgepöbelten, gemißhandelten Eingeborenen frivole Bemerkungen zu machen. (Vizepräsident Dr. Schulz: Sie dürfen Abgeordneten nicht vorwerfen, daß sie frivole Bemerkungen machen!) Wir protestieren dagegen, daß man die Eingeborenen Südwestafrikas zu willenlosen, wehrlosen Objekten rücksichtsloser Ausbeutung macht. Wir verlangen daß die

Grundsätze der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit

auch gegenüber den Eingeborenen der deutschen Kolonien befolgt werden! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Goller (Sp.): Der Vorredner litt offenbar an Stoffmangel, denn er griff eine frühere Äußerung von mir auf und polemisierte gegen einen Reichstagsbeschluss, noch ehe dieser gesprochen hatte. Ich hoffe, daß dieser Brauch nicht weiter eingeht. Der Staatssekretär ist ein trefflicher Kenner der wirtschaftlichen und sonstigen Verhältnisse der Kolonien, er ist vor allem auch ein guter Kenner des Regiercharakters, und wir können von seiner Tätigkeit manche Verbesserungen erhoffen. Auch ich halte eine Herabsetzung der südwestafrikanischen militärischen Besetzung für notwendig. Heute brauchen wir doch für unsere Kolonien keinen Schutz gegen äußere Feinde mehr. Der Forderung neuer Beamtenstellen in den Schutzgebieten werden wir im wesentlichen zustimmen. In den Kolonien muß es heißen: Kerze, Techniker, Postbeamte vor die Front! Der Regier muß der Arbeit zugeführt werden, wenn man ihn auch selbstredend human und gerecht behandeln muß. — Herr Ledebour sollte doch selbst einmal nach Afrika gehen. Dann würde er auch nicht in jeder harmlosen Äußerung, wie ich zum Beispiel eine solche heute morgen in der Kommission getan habe, gleich eine fürchterliche Frivolität sehen. Die Abelslaste der Hereros ist vernichtet, was jetzt übrig ist von dem Stamme, gehörte früher schon zur dienenden Klasse und hat es jetzt nicht schlechter, sondern besser als früher. — Südwestafrika schreitet in erfreulicher Weise fort. Das südwestafrikanische Rindvieh schlägt ja schon unseren Agrarier Konkurrenzschmerz ein. (Heiterkeit und sehr gut! links.) Im scharfen Gegensatz zu den Agrariern wünschen wir gerade, daß die Kolonien und mit Fleisch versorgt werden. (Lebhafte Beifall bei den Fortschrittlichen.)

Abg. Dr. Baasche (natl.): Wir bringen dem neuen Staatssekretär vollstes Vertrauen entgegen. Wir waren nicht in allen Fragen mit Dornburg einverstanden; aber wir zollen seiner großzügigen Kolonialpolitik höchste Anerkennung und wir sind stolz darauf, daß wir diese Politik schon unterstützt haben, als die, die sich jetzt als eifrige Kolonialfreunde ausgeben, sie aufs schärfste bekämpft haben. (Sehr gut! bei den Liberalen. Auf: Erzberger!) Geradezu unerhört ist es, wenn ein Konservativer sich in einer Volksversammlung die Äußerung leistet, der frühere Staatssekretär Dornburg habe eine Milliarde deutschen Nationalvermögens an seine Freunde, die Börsenspekulanten, verschwendet. Man soll den Leuten, die wagemutig in die Kolonien hinausgehen, doch nicht übelnehmen, daß sie tüchtig Geld verdienen wollen. Redner verweist jedoch, bei seiner leisen Stimme vielfach unverständlich, auf die Entwicklungsmöglichkeit der deutschen Kolonien, besonders auf die große Bedeutung des Hautschuls. (Wab! bei den National Liberalen.)

Abg. v. Liebert (Sp.): Wir schaffen geradezu einen Weltrekord, wenn wir für eine schnelle Verbindung bis zum Lan-

Kleines feuilleton.

Nibelungen-Jubiläum. Die Geschichte der deutschen Dichtung und die deutsche Bühne feiern in diesem Jahre eines der wichtigsten fünfzigjahr-Jubiläen, denn vor fünfzig Jahren, 1861, ist Hebbels gewaltige Nibelungen-Trilogie in der für die Bühne geeigneten Gestalt fertig geworden und hat in Weimar unter Dingelstedts Leitung und in Anwesenheit des Dichters ihre Feuertaufe erhalten. Der erste und zweite Teil wurden schon am 31. Januar 1861 mit ungeheurer Beifall aufgenommen: eine Aufmerksamkeits- und eine Totenstille, schreibt Hebbel, „als ob nicht von der Vergangenheit, sondern von der Zukunft die Rede wäre, und eine fast zusammengehaltene Stimmung“. Voendet wurde aber die Arbeit für die schließliche Bühnengestaltung von „Krimhildes Rache“ in den Märztagen; am 14. März schreibt Hebbel an Dingelstedt: „Ich habe den dritten Nibelungen-Teil behandelt wie die Grünlandsfaher den harpunterten Walfisch, auf dessen Rücken sie Feuer anmachen, und schide Dir das behaute und behauene Konstrum... zu. Die Leistung meiner Hand oder vielmehr Faust wird Deine künftigen Erwartungen übertreffen, denn ich habe nicht weniger als 380 Verse zugebracht und das ganze Stück dadurch in ein so kurzes verpackt, daß es die Schranken eines gewöhnlichen Theaterabends um nichts mehr überschreitet.“ Am 16. und 18. Mai fand dann die erste Aufführung des Gesamtwerkes statt. „Unter der genialen Leitung und liebevollen Pflege Franz Dingelstedts“ hatte sie „den vollstündigsten Erfolg“. Bei dieser Aufführung wirkte Christine Hebbel als Krimhild und Brunhild mit. Im nächsten Jahre folgte dann auch die Aufführung in Berlin, 1863 in Wien. „Die Nibelungen haben mehr Erfolg, als je ein Stück von mir“, lesen wir in Hebbels Tagebüchern, „in der Presse wie auf dem Theater. Ganz gegen meine Erwartung, so sehr, daß sich auch nicht im letzten Winkel des Herzens eine stumme Hoffnung verberg, die das ahnt.“

Dem „Schwarzen Kabinett“. Die von den Pariser so vielgeschmähte französische Telephonverwaltung hat in ihrem Betriebe nun eine Neuerung eingeführt, die dazu bestimmt ist, den Verkehr der Beamten mit dem Publikum zu überwachen. Man hat auf dem Telephonamt für das Aufsichtspersonal sogenannte „Nithörapparate“ eingerichtet; bisher konnten die Aufsichtsbeamten ihre Tätigkeit sozusagen nur platonisch ausüben, sie traten immer erst in Wirklichkeit, wenn ein Streitfall zwischen Teilnehmer und Telephonräulein ausgebrochen war; nun werden sich die Kontrolleure durch Nithören davon überzeugen können, ob die Telephonbeamten es an der

nötigen Aufmerksamkeit und Höflichkeit gegen die Abonnenten fehlen lassen, denn wie kürzlich auch in Deutschland, so sind in Paris Differenzen zwischen Fernsprechteilnehmern und Telephonbeamten der Tagesordnung. Aber das Pariser Publikum ist mit dieser Neuerung nicht einverstanden, es sträubt sich gegen den Gedanken, daß die Aufsichtsbeamten ganze Gespräche mit anhören und kontrollieren können; man sträubt sich gegen diese „Zensur“ und fürchtet in den „Nithören“ eine Wiederkehr des ominösen „Schwarzen Kabinetts“, das in früheren Zeiten die Inanspruchnahme der Post so gefährlich machte. Denn als Ludwig XV. 1760 dem Herrn Maron de Chamouset das Privileg gewährte, in Paris einen Postdienst einzurichten, behielt er sich das souveräne Recht vor, in das Briefgeheimnis einzudringen; der Intendant der Post errichtete das berüchtigte schwarze Kabinett, und es gab damals fast keinen Brief, der in die Hände des Empfängers kam, ohne daß der König von dem Inhalt erfuhr. Jeden Morgen überreichte der Intendant Jannel dem König die Abschriften der beförderten Briefe, und wenn Staatsgeheimnisse fehlten, sorgte er wenigstens für Unterhaltungstoff, indem er auch alle pikanten Histörchen aus den Briefen dem Könige unterbreitete. Jannel hatte seine besonderen Geräte, um die Werturteile zu öffnen; waren sie nur gemümmelt, so genügt ein Becher mit heißem Wasser, um sie mühelos zu öffnen. Waren sie aber versiegelt, dann wurde die Operation schwieriger; dann schob Jannel eine in heißem Wasser erwärmte Eisenklinge in den Umschlag. Von dem Siegel wurde vorher ein Abdruck genommen, der dann dazu benutzt wurde, nach Durchsicht des Briefes das Schreiben wieder zu verschließen. Die Briefe wurden am Morgen früh durch die 23 Voten den Empfängern zugestellt; zu gleicher Zeit aber erhielt auch der König die Abschriften. Wenn das verdeckte schwarze Kabinett von damals in seiner ursprünglichen Form auch längst nicht mehr besteht, so lebt es doch, schreibt der „Gaulois“, wenn auch in anderer Form und unter anderem Namen, noch heute fort. Der moderne Telegrammverkehr unterliegt auch heute noch einer bedingten Zensur, und alle Drahtmeldungen, die für die Sicherheit des Staates gefährlich oder verdächtig erscheinen, kommen zur Kenntnis des Postministeriums.

Humor und Satire.

Seid fruchtbar!

Leute wünscht der Arbeitgeber Und Soldaten braucht das Heer! Der Prolet, der blöde Streber, Unterschätzt dies leider sehr.

Weil der Drotter ihm nicht milder, Wie der Fiskus, Kerger schafft, Produziert er weniger Kinder, Hemmend seine Zeugungskraft. Listig wagt er zu betragen Den Privatmann wie den Staat! Doch schon hör ich heftig rühen Solchen Trug den Bundesrat. Durch Gesetz, das nichts kann ändern, Regelt er die Konzeption; Keiner darf sie künstlich hindern! Sonst — fliegt er ins Loch zum Hohn. Vorm Gesetz gehorham beuge Deinen Starrsinn drum, Prolet! Lege dich ins Zeug und zeuge, Daß kein Kind verloren geht. Welche Hülle von Empfangen! Dennoch ist's kein leerer Wahn: Auch dem Bundesrat, dem strengen, Seh' ich das Verhängnis nah'n. Mit dem Kriegsruß: „Wen'ger Kinder“, Feucht verfrächt durch kalten Guß, Treibt die Herrn Gesetz-Einbinder Ab Madam Vopelius!

Notizen.

Ein Alt-Berliner Maler. In der Alt-Berliner Abteilung der Großen Berliner Kunstausstellung wird dieses Jahr eine Kollektion Viechen'scher Gemälde zu sehen sein. Eine große Anzahl von Werken und namentlich Studien dieses Meisters ist gesichert, so daß zum ersten Mal ein Einblick in sein künstlerisches Schaffen ermöglicht wird, wie er bisher noch nie geboten ist. Die Frau als Theaterdirektor. Norwegen, das in diesen Tagen einen weiblichen Volksvertreter erhalten hat, erfreut sich nun auch zum ersten Male eines weiblichen Theaterdirektors. In Deutschland, Frankreich und Italien ist das allerdings schon keine Besonderheit mehr; in den skandinavischen Staaten war die Leitung des dramatischen Kunstbetriebes aber bisher ausschließlich den Männern vorbehalten. Diese erste Theaterdirektorin Norwegens ist Frau Thora Hansson, der die Leitung des Theaters in Drondhjem übertragen worden ist.

Wichel.

gonika Sorge tragen. Die Strecke ist 1700 Kilometer lang. Die längste englische Linie ist nur 1800 Kilometer lang. Dar-es-Salaam wird Welthafen! Das Geld muß durch Steuern von den Kolonien selbst aufgebracht werden. Allerdings suchen sich die Eingeborenen mit einer gewissen Wasserschlaucht den Steuern zu entziehen. (Kurze bei den Sozialdem.: Wie bei uns die Agrarier!) Wir sind im Gegensatz zu den Romanen ein kinderreiches Volk und wir haben daher die Menschen, um unsere Kolonien zu besiedeln. In den Kolonien wird es auch möglich sein, billige Rohstoffe zu erzeugen. Wie kann sich da eine Arbeiterpartei wie die Sozialdemokratie noch ablehnen verhalten?

Abg. Roske (Soz.):

Die Mehrheitsparteien machen, um die Rentabilität unserer Kolonien zu beweisen, ein ganz eigenartiges Rechenexempel auf. Sie ziehen nur den Kolonialetat heran und übersehen die Gelder, die in den anderen Etats für die Kolonien verausgabt werden. Es werden immer noch

10 000 M. pro Kopf der Eingewanderten

in den Kolonien ausgegeben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie kann man da von einer glänzenden finanziellen Entwicklung sprechen? Vor allem muß eine Einschränkung der militärischen Ausgaben in den Kolonien eintreten. Dr. Paasche ist optimistischer als der Staatssekretär. An eine so bezaubernde Zukunft wie Dr. Paasche glaubt selbst Herr v. Lindquist nicht! Auch der Handel mit unseren Kolonien steht noch in den Kinderschuhen und ist minimal im Vergleich zu unserem Gesamtwarenhandel. Und ein großer Teil der Einfuhr in unsere Kolonien stammt gar nicht aus dem Mutterlande, sondern aus England. Wo ist da ein volkswirtschaftliches Interesse Deutschlands oder gar ein Interesse der deutschen Arbeiter vorhanden? Vor den faulen kolonialen Gründungen muß das Volk gewarnt werden. Sonst fällt es herein auf die phantastischen Schilderungen, die von der Reichstagsdebate hier gemacht worden sind. Es handelt sich hier direkt um Schwindelunternehmungen, für die in der unglaublichen Weise Stimmung gemacht wird. Unter einem solchen Schwindelprospekt haben schamlosweise ihren Namen hergegeben: Burggraf zu Dohna, Graf Kaiserling, hohe Militärs und Juristen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wahrscheinlich ist es, daß Herr v. Liebert sich so begeistert für Erhöhung der Eingeborenensteuer ins Zeug legte. Der Begeisterung liegt allerdings die recht reale Erwägung zugrunde, daß die Kolonialbesteuerung der deutschen Steuerzahler nicht eben wächst, wenn sie fortgesetzt bluten müssen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Es bleibt dabei und wird ja auch durch die Erfahrungen bestätigt, die England in seiner langen Kolonialgeschichte gesammelt hat, daß an den Kolonien nur ein

enger Kreis von Personen interessiert

ist, Händler, Kaufleute, Militärs, Beamte usw. Es ist in der Debatte erwähnt worden, daß die deutschen Landwirte, d. h. die Agrarier, Angst vor einer Konkurrenz der Kolonien haben. Das ist bezeichnend. Die Kolonialfreundschaft dieser Leute reicht nur soweit, als sie keine Beeinträchtigung ihrer Interessen zu fürchten haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Herr v. Liebert begeistert sich für einen forcierten Bahnbau. Die Finanzen des Reiches sind wahrscheinlich nicht derart, daß solche phantastischen Projekte gefördert werden können.

Kun zur wichtigen

Ansiedlungsfrage.

Der Vorschlag des Herrn v. Liebert, kinderreiche Familien nach Ostafrika zu schicken, ist geradezu mörderisch, auch wenn man hinzusetzt, daß diese Besiedlung sich auf die Hochländer beschränken soll.

Was die Selbstverwaltung betrifft, so sind wir natürlich ganz entschiedene Anhänger der Selbstverwaltung. Wir wenden uns aber ebenso entschieden gegen die Beeinträchtigung und Zurücksetzung der Farbigen. In Togo haben schon die Eingeborenen den Anspruch auf Gleichberechtigung mit den Weißen erhoben. (Sehr! Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein bedeutendes Symptom. Wir müssen der Eingeborenenfrage die sorgfältigste Beachtung schenken. Die Rechtslosigkeit der Regierung, die allerdings durchaus mit den Gepflogenheiten der innerdeutschen Politik harmonisiert, steht in scharfem Gegensatz zu der englischen Methode der Eingeborenenbehandlung und die Regierung werden bei fortschreitender Entwicklung nicht verschlen, Vergleiche zu ziehen, die böse Konsequenzen haben können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Höchst bedauerlich ist es, daß selbst ein freisinniger wie Herr Goller der reaktionären Auffassung kundigt, daß die Regierung nur dazu gut sind, auf den Farmen und Plantagen für die Weißen zu radern. (Hört! hört! bei den Soz.) Mit Vergnügen begrüßen wir es, daß wir in den letzten Jahren ohne größere Kämpfe auskommen sind. Aber auch jetzt haben wir hören müssen, daß zur Sühne für den Tod eines Offiziers nicht nur drei Rädelsführer hingerichtet, sondern daß auch

200 Eingeborene zusammengeschossen

worden sind! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Eine nette Sühne. Dann erst war, wie es üblich heißt, die Ruhe wieder hergestellt. Ganz allgemein ist unter den Eingeborenen das Bestreben vorhanden, sich eine bessere Bildung anzueignen. Diesen Bestrebungen sollte durch Schulbauten möglichst weitgehend Rechnung getragen werden. Dabei ergeben sich vielfach Konflikte mit den Pflanzern, die aus der billigen Kinderarbeit möglichst hohe Profite herauszuschlagen möchten. Ein Vater teilt mit, daß

die gesamte Kindergeneration gefährdet

ist infolge der Ueberarbeit, der die Regierung latentlos zusieht. Die Schnapssteuer ist in den Kolonien zwar zurückgegangen, dafür hat zugunommen die Einfuhr schlechten Astweins, der für teures Geld an die Eingeborenen verkauft wird. Wir werden auf die Punkte immer wieder hinweisen, zumal weil die bürgerlichen Redner immer mehr zu verächtlichen suchen. Um Arbeitskräfte für die Pflanzern zu beschaffen, wendet die Regierung Zwangsmaßnahmen gegen die Regierung an. Herr Goller pries die Humanität des modernen Regimes. Aber immer können noch wegen Verlassen der Arbeit

drei Monate Ketten

verhängt werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Selbständigkeit der Eingeborenen wird systematisch getötet. Das Abwandern von Arbeitskräften wird erschwert durch eine sog. Auswanderungsgebühr, die aber nicht nur erhoben wird für tatsächliche Auswanderungen, sondern auch für jeden Fall einer vorübergehenden Abwanderung. Ja, man ist so weit gegangen, Buskente regelrecht für die Arbeit einzufangen. Mit dieser Gewaltmaßnahme hat man allerdings keine guten Erfahrungen gemacht, denn die Leute sind bald wieder wegelaufen.

Die Regier sind direkt Sklaven,

die gezwungen sind, für die Weißen zu arbeiten. In dieser Verklammerungspolitik gehört auch, daß in den Kolonien noch nach Ketten geprügelt wird. Der Staatssekretär will dieses Prügelrecht sogar jedem Weißen übertragen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein Oberträger, der das Hängelkettengericht für unzulässig erklärt hat, wurde von der Verwaltung glatt debauchiert. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Prügelrecht ist erlaubt, falls es sich in angemessenen Grenzen bewege. Was sind angemessene Grenzen? Der Staatssekretär muß schon eine regelrechte Prügelordnung erlassen. Die

Hängelkette in unseren Kolonien

ist direkt eine Schande. Es bedeutet direkt einen Rückfall in die Barbarei vergangener Jahrhunderte, wenn Regier wegen Diebstahls, noch dazu am Tage vor Weihnachten gehängt worden sind. (Weiß! bei den Sozialdemokraten.) Wir Sozialdemokraten protestieren mit aller Entschiedenheit dagegen, daß

der Waagen als eine Art Wahrzeichen deutscher Kultur

hingestellt wird. (Erneuter Weiß! bei den Sozialdemokraten.) In Samoa prügelt man nicht mehr die Eingeborenen, dafür aber die

Chinesischen Kulis. Das wird unsere Beziehungen zu China besonders freundlich gestalten. In 5799 Fällen ist im letzten Jahre noch geprügelt worden. Diese Prügelkultur lehnen wir Sozialdemokraten ab und wollen ihr gegenüber die Grundzüge der Menschlichkeit und Gerechtigkeit zum Siege verhelfen. (Weiß! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Lindquist: Ich hoffe, daß wir vom 1. April ab nach Fertigstellung der Bahn die militärische Besatzung werden herabsetzen können, wenn auch nicht in dem Maße, wie hier gewünscht worden ist. Der Etat für 1911 hat hier ja allgemeine Anerkennung gefunden. Die Bahn bis zum Tanganika wird später angefordert werden, wenn finanzielle Grundlagen gegeben sind. Die Zwangsarbeit schließen wir nach Möglichkeit aus. Was über die Eingeborenenkommissare und die Missionare gesagt worden ist, hat meinen vollen Beifall. Die Darstellung des Abg. Ledebour über den Zwist zwischen den Kaffern und den Koppelschen Arbeitern ist nicht richtig. Die Kaffern haben angefangen und zuerst mit den Koppelschen geschlagen. Sie werden doch ein solches Ding als Waffe ansehen? (Der Staatssekretär zeigt den Abgeordneten eine solche Keule, die von den Abgeordneten mit Interesse beäugt wird.) Selbstredend sind wir für humane Behandlung der Eingeborenen; aber die Eingeborenen können nicht über einen Kamm geschoren werden. Speziell Menschenfresser können wir doch nicht mit Glacéhandlücken anlassen. (Bravo! bei den bürgerlichen Parteien.)

Die Debatte schließt. Persönlich bemerkt Abg. Heßler (Sp.) gegenüber einer Anzuspung des Abg. Dröbner, er pflege kein Mitgefühlsschreiben zu halten und selbst die heutige Rede des Abg. Dröbner habe ihn nicht von dieser Gewohnheit abbringen können. (Große Heiterkeit.)

Der Rest des Staatssekretärs wird bewilligt. Der Rest des Etats des Kolonialamts wird debattelos bewilligt.

Hierauf verlag sich das Haus auf Freitag 1 Uhr. (Etat der einzelnen Kolonien.)

Schluß 8 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission des Reichstages.

Am Donnerstag wurde die Beratung des Etats für Südwestafrika fortgesetzt. Abgeordneter Roske sprach seine Verwunderung darüber aus, daß für die in Regierungsdiensten stehenden Eingeborenen nur ein täglicher Verpflegungssatz von 60 bis 80 Pf. ausgeworfen wird, während der Satz für die Weißen viel höher ist. Entweder werden die Kosten für die Verpflegung der Weißen viel zu hoch angesetzt, oder die Regier werden zu schlecht ernährt. Das letztere scheint das Wahrscheinlichere zu sein, wie der hohe Prozentsatz der eingeborenen Kranken zeige. Der Staatssekretär bestritt, daß die Eingeborenen schlecht ernährt werden. Bedauerlich sei, daß auch der Proviant für die Eingeborenen aus Deutschland bezogen werden müsse, weil aus der Kolonie dieser Proviant nicht beschafft werden kann. Abgeordneter Goller lobt die Ernährung der Eingeborenen; die in Privatdiensten stehenden Boys erhalten angeblich eine so reichliche Nahrung, daß sie oft noch ihre Familie damit versorgen können. Abgeordneter Roske bestritt lebhaft die Richtigkeit dieser Darstellung. Es sei doch eigentümlich, daß Abgeordneter Goller ein Loblied um das andere auf Südwestafrika anstimmte. Der Staatssekretär erklärte, auf die unheimlich stark verbreiteten Geschlechtskrankheiten, die unter den Soldaten sehr anzuwachsen, seien die hohen Krankheitsziffern zurückzuführen. Bei den Ausgaben für die Militärverwaltung teilt der Referent, Abgeordneter Semler, mit, daß in diesem Jahre Streichungen nicht beantragt werden, jedoch im nächsten Jahre müsse eine wesentliche Verminderung der Schuttruppe und der Ausgaben eingeleitet werden. Es sei hier bemerkt, daß die Unterhaltung des Militärs in Südwest 14,8 Millionen erfordert, das Reich hierzu einen Zuschuß von 11 Millionen leisten muß. Außerdem werden auch noch für 184 Offiziere und 7438 Unteroffiziere und Mannschaften jährlich etwa 4 Millionen an Pensionen bezahlt. Auch hierin wird eine Verringerung verlangt, weil viele ehemalige Schuttruppenoldaten Pensionen erhalten, trotzdem sie sehr gesund und munter sind. Abgeordneter Roske verlangt gleichfalls erhebliche Ersparnisse beim Militär. Von einer Gefahr für die Weißen sei nicht mehr die Rede, denn die Eingeborenen sind dezimiert und ohne Waffen. 10 000 Weißen steht nur noch eine Negerbewölkerung von 60—80 000 Köpfen gegenüber. Von all den ungeheuren Summen, die das Reich für Südwest aufgewendet hat, werde niemals ein Pfennig zurückzuerhalten sein. Unter diesen Umständen müsse den Ansiedlern aufgegeben werden, selbst mit für ihre Sicherheit zu sorgen, vielleicht durch Errichtung einer Miliz. Daß der Landesrat in Südwest sich gegen jede Truppenverminderung aussprechen werde, sei bezweifelhaft, denn ganze Bezirke der Kolonie leben von den Lieferungen für die Truppen. Abgeordneter Semler wünscht ebenfalls, daß aus den Ansiedlern selbst eine Verteidigungstruppe gebildet wird. Abgeordneter Goller weist darauf hin, daß auch von den Ombombas im Norden gar keine Gefahr drohe, die Kompanien im Norden also völlig unnütz sind. In der Kolonie seien zahlreiche Reserveoffiziere als Anfänger, die bei einer Volkswehr Verwendung finden könnten. Jetzt seien sie noch dem Bezirkskommando Berlin IV unterstellt, und jede Meldung an sie müßte ihnen durch reisende Polizisten auf oft Hunderte von Kilometer langen Strecken überbracht werden. Abgeordneter Erzberger betont, die militärischen Kosten werden sich sofort erheblich reduzieren, wenn die Bevölkerung in der Kolonie selbst dafür aufkommen müßte. Der Staatssekretär sagt eine Prüfung der Anregungen zu und erklärt, daß bereits ein Wehrgesetz für Südwest in Vorbereitung sei. Gerügt wurde auch, daß für rund 2000 Soldaten 153 000 M. Lazarettbedürfnisse gefordert werden. Für 90 Beamte in Lüderichsbad werden extra noch 45 000 M. Ortszulagen gefordert. Abgeordneter Goller weist darauf hin, wie luxuriös die Beamten dort leben. Das gute einheimische Bier, das 75 Pf. pro Flasche kostet, trinken nicht einmal die Subalternbeamten, sondern Exportbier zu 1,75 M. die Flasche. Außerdem trieben die Beamten einen außerordentlichen Kleiderluxus. Die geforderten 45 000 M. werden gestrichen.

Aus der Reichsversicherungsordnungs-Kommission.

Sitzung am Donnerstag, den 23. März

Die Kommission führte zunächst die dritte Beratung der Krankenversicherung zu Ende.

Verstärktes Krankengeld.

Die Kompromißparteien gaben den Landfrankenassen das Recht, durch die Zahlung allgemein oder für gewisse Gruppen Versicherungsberechtigter mit Zustimmung des Oberversicherungsamtes das Krankengeld für die Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. März oder für einen Teil dieser Zeit bis auf ein Viertel des Ortslohns herabzusetzen. In einem solchen Falle muß die Kasse entsprechend entweder für dieselbe Zeit die Beiträge ermäßigen oder für die übrige Zeit das Krankengeld in den zulässigen Grenzen erhöhen. Was gleiche gilt entsprechend für das Hausgeld.

Die Sozialdemokraten erhoben vergeblich gegen diese Verschärfung Einspruch und erinnerten daran, daß das Zentrum in den beiden ersten Lesungen die schweren Schädigungen, die diese Bestimmung für viele Arbeiter zur Folge haben muß, als berechtigt anerkannt und deshalb mit den Sozialdemokraten, den Fortschrittlichen und den Völkern die Verschärfung verhindert habe. Ihnen antwortete der Arbeitersekretär des Zentrums, Abg. Becker (Arnberg), daß — die Aufsichtsbehörde eine Schädigung der Arbeiter verhindern werde.

Da die Annahme des Kompromißantrages sicher war, hatten die Sozialdemokraten beantragt, daß die Kürzung des Krankengeldes nicht über den halben Betrag hinausgehen darf, den der Kranke zuletzt verdient hat, oder, falls er nicht erkrankt wäre, in dieser Zeit verdient haben würde. Auch diesen Antrag lehnten die Kompromißparteien ab.

Erschlaffen.

Die Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit (freie Hilfskassen) sollen nur dann als Erschlaffen zugelassen werden, wenn ihnen vor dem 1. April 1900 eine Bescheinigung nach § 75a des Krankenversicherungsgesetzes erteilt worden ist, — und ihnen dauernd mehr als 1000 Mitglieder angehören. Sie gelten als Erschlaffen aber nur für den am 1. April 1900 durch ihre Satzung bestimmten Bezirk und Kreis ihrer Versicherungspflichtigen Mitglieder.

Hierzu hatten die Sozialdemokraten beantragt, daß sich mehrere dieser Kassen verschmelzen können und dann als Erschlaffen für den am 1. April 1900 durch die Satzungen der einzelnen Kassen bestimmten Bezirk und Kreis ihrer versicherungspflichtigen Mitglieder zugelassen sind.

erner beantragten die Sozialdemokraten, daß die Arbeitgeber ihren Beitragsteil für die Arbeiter, die einer Erschlaffen angehören, nicht an die Zwangskasse, sondern an die Arbeiter zu zahlen haben. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages forderten sie, daß die Zwangskasse wenigstens vier Fünftel der eingezahlten Beiträge an die Erschlaffen abliefern soll.

Alle diese Anträge lehnten die Kompromißparteien ab.

Von den anderen Anträgen der Kompromißparteien, die alle unüberändert angenommen worden sind, ist nur noch der folgende beachtenswert: „Besteht der Mitgliederkreis einer Erschlaffen überwiegend aus Handlungsgehilfen und Lehrlingen, Gehilfen und Lehrlingen in Apotheken, Bühnen- und Orchestermitgliedern, Lehrern und Erziehern oder aus Zieglern oder anderen Versicherten, in deren Beruf ein häufiger Wechsel der Beschäftigung von Ort zu Ort üblich ist, so kann auf Antrag dieser Erschlaffen der Bundesrat widerruflich anordnen, daß die Zwangskassen an die Erschlaffen die bei ihnen für deren Mitglieder eingehenden Beitragsteile der Arbeitgeber zu vier Fünfteln abzuführen haben.“ — Hier haben also die Kompromißparteien den Erschlaffen der Kaufleute usw. ein Recht gegeben, das sie den meisten Erschlaffen der Arbeiter vorenthalten.

Die Kommission erledigte auch einen Teil der Unfallversicherung, zu der fast ausschließlich redaktionelle Anträge vorliegen. Fortsetzung Freitag.

Jugendbewegung.

Delegiertenversammlung der Schweizer sozialdemokratischen Jugendorganisation. Die am letzten Sonntag in Luzern stattgefundene Versammlung war von 40 Delegierten beider Geschlechter und ebensovielen Gästen besucht. Aus dem Zentralvorstand in Zürich erstatteten Jahresbericht ist zu entnehmen, daß die Einnahmen 3942 Frank, die Ausgaben 2842 Frank und der Fonds für das Ferienheim 900 Frank betragen. Die „Jugend“ erscheint monatlich einmal in einer Auflage von 2500 Exemplaren. Der Verband hat einen Zuwachs von acht neuen Sektionen und 300 Mitgliedern erhalten. In vier Sektionen wurden Bibliotheken mit insgesamt 1000 Bänden eingerichtet. Lebhaft debattiert wurde über die von der Arbeiterunion Zürich angestrebten Jugendausschüsse, die da und dort schon bestehen und sich auch durchaus bewährt haben, nun aber in Luzern mit 29 gegen 5 Stimmen abgelehnt wurden. Inmehrin sollen sie da, wo sie schon bestehen, belassen werden. Eine Resolution verpflichtet die Sektionen, ihren Mitgliedern eine gründliche Aufklärung über die Gräueltaten des Krieges und die Kulturfeindlichkeit des Militarismus zuteil werden zu lassen. Der nächste Verbandstag findet in Winterthur statt.

„Arbeiter-Jugend.“

Aus dem Inhalt der letzten erschienenen Nr. 6 haben wir hervorgehoben: Die jugendlichen Arbeiter in der Fabrikindustrie. — Eine Herzenssache. Von A. Ellinger. — Die Hermannschlacht. Von Julian Vorwärts. — Der moderne Redereibetrieb. (Mit Illustrationen.) Von Rich. Boldt. — Des Lehrlings Lebenschronik. — Aus der Jugendbewegung. (Düsseldorf, Oberfranken, Breslau, Bremen.) — Vom Kriegsschauplatz. — Die Gegner an der Arbeit. — Gelden der Arbeit. (Mit Bild.)

Beilage: Das Grand Hotel zum Schwarzen Adler. Von Emil Ertl. — Die Blütezeit der Jänke. (Mit Illustrationen.) Von Engelbert Graf. — Robert Owen. Von A. Conzob. — Die Fingerringe. Von W. Soltmann. — Bücher für die Jugend. (Ein neues Buch der Freiheit.) — Der Junken. Von Oswald. — Allerhand Kurzweil. (Illustriert.)

Aus Industrie und Handel.

Stinnes im Berliner Kohlenhandel.

Die Kohlenfirma Kupfer u. Co., Moabit Angedenens, wird bald zu bestehen aufgehört haben. Doch sie verschwindet nur, um in anderer Gestalt zu starker Geltung zu kommen, sie wird der Vereinigten Berliner Kohlenhändler-Aktien-Gesellschaft angegliedert. Wie aus den Moabitern Vorgesandten noch bekannt sein dürfte, waren die Besitzer der Firma Kupfer u. Co. G. m. b. H. Hugo und Matthias Stinnes und die Deutsch-Lugemburgische Bergwerks- und Hütten-Akt.-Ges., deren Aufsichtsratsvorsitzender wieder Hugo Stinnes ist. In Verbindung mit der Aufnahme der Firma Kupfer u. Co. erhöht die Vereinigte Berliner Kohlenhändler-Akt.-Ges. ihr Aktienkapital von 1,10 Millionen auf 3 Millionen Mark. Im Aufsichtsrat werden Hugo Stinnes und die Deutsch-Lugemburgische Bergwerks- und Hütten-Akt.-Ges. vertreten sein, was in Wirklichkeit wohl die uneingeschränkte Herrschaft des Stinnes-Kongerns bedeutet. Erst im Oktober des vergangenen Jahres hat die Vereinigte Berliner Kohlenhändler-Akt.-Ges. ihr Kapital von 100 000 Mark auf 1,10 Millionen Mark erhöht, damals wurden verschiedene Kohlenhandelsfirmen erworben, so die Firma Leopold Kauffmann, G. m. b. H., mit einem Kapital von 500 000 M., Ludwig Budde, G. m. b. H., mit einem Kapital von 300 000 M., D. Timendorfer, mit einem Kapital von 200 000 M., sowie die Firma Kuller und Rahmer.

Durch die Kontrolle über die jetzt wieder erweiterte Kohlenhändler-Akt.-Ges. gelangt Hugo Stinnes zu einer wesentlichen Stärkung seiner in der letzten Zeit fast kühnlich ausgedehnten Kohlenhandelsorganisation. Von der Firma Hugo Stinnes werden nicht nur rheinisch-westfälische Kohlen, sondern auch englische Kohlen vertrieben, obwohl die Stinnes'schen Beiden dem Kohlenfundit angehören, dessen Aufsichtsratsmitglied Stinnes überdies ist. Zwar hat die Doppelstellung des Herrn Stinnes schon zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb des Kohlenfundits geführt, doch das sonst so strenge Syndikat weiß Stinnes gegenüber auch Nachgiebigkeit zu bekunden, denn es befürchtet aus einer Ausprägung der Differenzen eine Sprengung des Kohlenfundits, über dessen Erneuerung die Verhandlungen schon geführt werden, trotzdem der geltende Syndikatvertrag erst 1913 abläuft. Zweifellos will Stinnes durch Uebernahme und Neugründungen von Kohlenfirmen in den verschiedensten Städten eine Organisation schaffen, die bei einer etwaigen Auflösung des Kohlenfundits instande sein soll, den Kohlenabsatz für die zum Stinnes-Kongern gehörenden Beiden zu besorgen. Durch keinen Widerspruch hat sich Stinnes in der Befolgung seiner Absicht aufhalten lassen, er hätte dadurch seine Position, treibt aber zweifellos auch andere Kohlenkongerne zur Errichtung und zum Ausbau eigener Absatzorganisationen.

Durch das Vordringen der Firma Hugo Stinnes wird so die Spannung im Syndikat vergrößert, es dürfte aber noch andere Folgen nach sich ziehen. Bald wird sich zeigen, wie sich der Stinnes-Kongern mit den beiden Kohlenhandelsfirmen Casar Wolfheim und Emanuel Friedlaender abfinden wird, deren Interessenskreis durch die neue Gruppierung in Berliner Kohlenhandel berührt wird. Die beiden Firmen besitzen ein Handelsmonopol für ober-schlesische Kohlen, nennenswerte Differenzen zwischen ihnen bestehen kaum. Nun bezog die Vereinigte Berliner Kohlenhändler-Akt.-Ges. bisher von der Firma Casar Wolfheim

Ihre Kosten, sie wurde zur Volkshilfsgruppe gerechnet. Dagegen steht die Firma Friedländer in ziemlich engen Beziehungen zum Reichsamt für die Vermögensverwaltung der Fürsten Fürstentum und Hohenlohe. Dadurch ist sie auch der Kohlenfirma Wulff u. Co. nähergerückt, die gleichfalls zum Fürstentum gehört. Diese Firma Wulff u. Co. wurde Ende 1908 durch das Finanzministerium der Fürsten Hohenlohe und Fürstentum gegründet, dem Aufsichtsrat gehören neben Vertretern der beiden Fürsten auch Vertreter des Kohlenhandels und der Kohlenfirma Wulff u. Co. in Düsseldorf an. Wie sich die Gegenstände zwischen Stinnes und dem Kohlenhandelsunternehmen gestalten mögen, sicher ist, daß die Kohlenhandelsfirmen, die bisher schon meist nur nach Agenten der Syndikate oder einzelner Bergwerksgesellschaften waren, durch die weitere Entwicklung reiflos ihre Selbständigkeit verlieren werden.

Soziales.

Bundesratsverordnungen für Arbeiterschutz.

In der 140. Sitzung des Reichstags vom Montag, den 13. März, äußerte sich der Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Herr Dr. Delbrück, u. a. dahin, daß Bundesratsverordnungen, welche die Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Gewerben regeln, in den letzten Jahren deshalb nicht so viel erschienen seien, weil die Zahl der für solche Verordnungen in Betracht kommenden Erwerbszweige naturgemäß immer kleiner werde, weil eben für eine große Anzahl Gewerbezweige derartige Verordnungen bereits erlassen seien. Nach den Befindungen des Herrn Delbrück bliebe also für die Verhängung von Arbeiterschutz gar kein Raum mehr übrig, weil in dieser Beziehung schon so ziemlich alles geschehen sei.

Was dieses Gerücht über sich hat, dafür nur ein Beispiel: Für das Gastwirtschaftsgewerbe ist im Jahre 1902 eine Bundesratsverordnung erlassen worden, die die Arbeitsverhältnisse des gesamten Personals regelt. Diese Regelung besteht darin, daß die qualifizierten Arbeiter in diesem Gewerbe nicht länger als 16 Stunden täglich beschäftigt werden sollen (in Bade- und Kurorten während dreier Monate nicht länger als 17 Stunden). In den Kreisen der gastwirtschaftlichen Angestellten nennt man das spöttisch den doppelten Achtstundentag. Sodann soll alle 14 Tage, in Städten von unter 20 000 Einwohnern alle 3 Wochen, eine 24stündige Ruhepause eintreten. Dieses ganze bisherige Arbeiterschutzgesetz ist aber, wie schon bemerkt, nur auf das gelehrte männliche und weibliche Personal, auf die Kellner, Köche, Köchinnen und die am Buffet und beim Fertigmachen der Speisen beschäftigten Personen.

Als im Jahre 1893 die Kommission den Bericht an die Fragebogen feststellte, regte der Genosse Mollenhuth an, die Erhebungen doch auf das Hilfspersonal auszuweiten. Herr von Kottentburg antwortete damals, daß dies nicht unbedingt notwendig sei. Wenn festgestellt werde, daß die Arbeitsverhältnisse für das gelehrte Personal der gesetzlichen Regelung bedürfen, so würde das ohne weiteres auch für das Hilfspersonal anzuwenden sein, da ja in einem solchen Betriebe alle Faktoren wie die Köche eines Ullwehrs zusammenzureiseln müßten. Das war gewissermaßen ein Versprechen, daß auch das Hilfspersonal in die Bundesratsverordnung einbezogen werden solle. Höchst wahrscheinlich war es von Herrn v. Kottentburg so beabsichtigt, als aber die Sache endlich nach zehnjähriger mühevoller Arbeit so weit gediehen war, hatte die Aera v. Berlepsch längst ihre Ende erreicht. Und so ist heute noch das gesamte gastwirtschaftliche Hilfspersonal in Küche, Keller usw. von den minimalen Schutzbestimmungen ausgeschlossen. Das ungelehrte Personal aber bildet die übergroße Mehrheit der circa 400 000 Angestellten und Arbeiter im Gastwirtschaftsgewerbe.

Diese Beschränkung bedeutet eine schreiende Ungerechtigkeit gegenüber dem meist noch mehr geplagten Hilfspersonal. Der junge Mann, der als Kochlehrling mit der Zubereitung von Gemüse, Fleisch usw. beschäftigt wird, oder das Mädchen, das bei der Zubereitung von Speisen beteiligt ist, sind von der Befehlsgebung wenigstens in etwas geschützt. Das jugendliche Küchenmädchen aber, welches den ganzen Tag in feuchtem dunklen Raum mit dem Abwaschen des schmutzigen Geschirrs beschäftigt ist, der Kupferputzer, die Hausdiener, Zimmermädchen usw., alle diese Personen haben unbegrenzte Arbeitszeit. Und in der Tat ist bei ihnen eine 18 bis 20stündige Arbeitszeit durchaus nichts Seltenes. Das gleiche gilt von den Köchinnen, Fagen usw., Personen, die kaum dem Knabenalter entwachsen sind. Es ist im höchsten Grade widerspruchsvoll, jugendlichen Personen einen gesetzlichen Schutz nur dann zu gewähren, wenn sie als „Lehrling“ gelten, sie davon auszuscheiden, wenn sie als ungelerntes Personal noch in weit höherem Maße angestrengt werden. Nach den Erhebungen, die der Verband deutscher Hotelkellner vor einigen Jahren vorgenommen hat, kommt es gar nicht selten vor, daß ein Hotelkellner (die bekanntlich vielfach die Nachtwache übernehmen müssen) 24 und sogar 36 Stunden nicht aus den Kleidern kommen.

Seit dem Erlaß der Bundesratsverordnung sind nun bereits neun Jahre ins Land gegangen. Die Regierung hat noch keinen Schritt weiter getan, obgleich das Hilfspersonal, aber auch das gelehrte, diese Ausdehnung in ungenügenden Eingaben gefordert haben. Und zwar schließen sich hier den Forderungen der frei organisierten Gastwirtschaftlichen selbst die rüchständigen Gehilfenverbände an, wie der Deutsche Kellnerbund, Genfer Verband usw. Hier wäre also ein dankbares Feld für den Verhängungsdruck des Staatssekretärs und seiner Geheimräte. Einige Hunderttausende gastwirtschaftlicher Arbeiter und Angestellte warten seit beinahe zwei Jahrzehnten auf den ihnen 1893 in Aussicht gestellten Schutz ihrer Arbeitskraft.

Und dies Gebiet der Gastwirtschaftlichen ist nur eins der dringenden ihrer Erledigung durch Bundesratsverordnungen harrenden Gebiete. Zum mindesten so wichtig ist beispielsweise der Erlaß von Bundesratsverordnungen für die Großbetriebe der Eisenindustrie. Aber auch dem Gebiete des Arbeiterschutzes kommandiert der Verband deutscher Industrieller Stillstand, und Staatssekretär wie Bundesrat stehen gehorchem still.

Zum Gefindeverrecht.

Der kaiserliche Legationsrat von Kemnitz hatte seiner ehemaligen Köchin in das Gefindebuch folgendes Zeugnis geschrieben:

„Die Köchin Martha Karl hat bis zum heutigen Tage . . . als Köchin gedient. Sie verläßt den Dienst auf ihren eigenen Wunsch mit unserer Zustimmung ohne vorherige Auffündigung aus folgendem nicht aufgeführten Anlaß: Am 29. April fanden sich in meinem Suppenteller und in dem meiner Frau je zwei Tabletten, die sich bei obaldiger Untersuchung in der Apotheke als unschädliche Abführmittel darstellten. Die Suppe war, wie stets, von der Köchin in der Küche aufgegeben und von dem Diener in das Schlafzimmer gebracht worden. Martha Karl leugnet, die Urheberin dieses dreifachen Scherzes zu sein und erklärt, den Verdacht nicht auf sich sitzen lassen zu wollen. Der Diener und die übrigen Diensthöten beteuerten ihre Unschuld. — Martha's Leistungen im Kochen genügen nicht unseren Ansprüchen, obgleich sie, wenn sie sich Mühe gab, auf manchen Gebieten gutes leisten konnte. Sie war fleißig und in der Küche sauber. Ihr Betragen ließ zuweilen zu wünschen übrig.“

Fraulein Karl beantragte bei der Polizei eine Verurteilung dieses Dienstzeugnisses. Der Charlottenburger Polizeipräsident gab schließlich die Sache an den Berliner Polizeipräsidenten ab. Dieser lehnte die Forderung ab und der Oberpräsident als nächste Beschwerdestanz verwarf die weitere Beschwerde ebenfalls. Er ging nicht davon aus, daß nur ein Vorgang dargestellt sei, sondern fand in dem Zeugnis, wie die Köchin, eine Beschuldigung, daß sie die Tabletten in die Suppe getan habe. Er meinte aber im Gegensatz zur Beschwerdeführerin, die Beschuldigung sei nach Annahme der Behörde nicht unbegründet.

Fraulein Karl klagte nunmehr beim Oberverwaltungsgericht. Ihr Vertreter, Rechtsanwalt Sampe, verwies zunächst auf ein inzwischen ergangenes Urteil des Schöffengerichts, wodurch die Köchin

freigesprochen ist. Sie war nämlich beschuldigt worden, den kaiserlichen Legationsrat durch Dingtun von Abführmitteln zur Suppe — nämlich kleidigt zu haben. Das Schöffengericht hatte ein non liquet angenommen, in dem es meinte, das Mädchen oder der Diener müßten es nach Lage der Sache gewesen sein, es lasse sich aber nicht feststellen, wer es war. Im übrigen machte der Anwalt im Namen seiner Klientin geltend, daß sie nach wie vor entscheidend bestritte, daß sie die Tabletten hingegeben habe. Die Beschuldigung, welche in der Erzählung des Vorgangs zu finden sei, müsse aus dem Urteyl herausgehoben werden. Die Erzählung gehöre aber auch dann nicht in das Abgangsgeschehen, wenn sie nur als Darstellung eines Vorgangs angesehen würde. Ferner beantragte die Klägerin, daß als unwahr die Worte aus dem Zeugnis entfernt würden, daß ihr Betragen zuweilen zu wünschen übrig ließe.

Das Oberverwaltungsgericht wies aber dieser Tage die Klage mit folgender Begründung ab:

Es liege hier keine Verächtlichmachung vor, eine Verächtlichmachung dieses Zeugnisses zu verlangen. Zunächst sei aus Grund der Aufzählung des Dienstverhältnisses ein Vorgang wiedergegeben worden, der zugleich als unaufrichtig bezeichnet werde. In der Darstellung werde dann weiter gesagt, das Mädchen wolle die Beschuldigung nicht auf sich sitzen lassen und die übrigen hätten ihre Unschuld beteuert. Somit sei keine positive Beschuldigung gegen das Mädchen ausgesprochen worden. Die Darstellung des Vorgangs an sich sei aber objektiv richtig. Eine Verächtlichmachung könne darum nicht verlangt werden. — Die Worte dann: „Ihr Betragen ließ zuweilen zu wünschen übrig“ enthielten ein subjektives Urteil. Ein solches Urteil könne die Herrschaft nach bestem Ermessen abgeben, ohne daß der Diensthöte, der eine andere Meinung von seinem Betragen habe, eine Verächtlichmachung verlangen könne.

Der Prozeß ist für die Rechtlosigkeit des Gefindes charakteristisch. Die „Herrschaft“ schreibt in das Gefindebuch irgend eine Erzählung und ein abfälliges Zeugnis. Das Dienstmädchen muß sich diese Eintragungen gefallen lassen, die ihrem Fortkommen nachträglich sind. Denn nach Ansicht des Oberverwaltungsgerichts kommt es gar nicht darauf an, ob die Erzählungen des Legationsrats mit dem Dienst der Köchin in Verbindung stehen, auch nicht, ob sie der Wirklichkeit entsprechen; es genüge, daß der Legationsrat nicht wider besseres Wissen Behauptungen aufstellt, also gelogen hat. Diese Auffassung des Oberverwaltungsgerichts ist falsch. Denn ein „Zeugnis“ soll etwas bezeugen, also Kunde von einer Tatsache geben, seiner Natur nach der Wahrheit entsprechen. Demgemäß wird auch der Inhalt von Zeugnissen aus dem gewerblichen Arbeitsverhältnis in der Praxis — abgesehen von einem aufsehenerregenden entgegengesetzten Urteil, das das Kammergericht vor wenigen Jahren erließ — und der Theorie bemerkt. Aber gleichviel, ob des Oberverwaltungsgerichts Ansicht richtig oder irrig ist — empörend ist es, daß ein Diensthöte schuldlos mit einem Urteilsbrief zufrieden sein muß.

Aus der Frauenbewegung.

Der Fortschritt des Frauenstimmrechts.

In fünf Staaten der nordamerikanischen Union besteht nun das völlig gleiche Frauenwahlrecht. Über 400 000 Frauen sind damit den männlichen Bürgern gleichgestellt. Es sind die Staaten Washington (175 000 wahlberechtigte Frauen), Colorado (120 000), Utah (60 000), Idaho (30 000), Wyoming (25 000). In Kansas und Arkansas steht die Einführung bevor. In Kalifornien wurde der gleiche Antrag mit großer Mehrheit (im Unterhaus 65 gegen 12) angenommen. Und in Oregon, wo im November ein auf den West gegründetes Frauenwahlrecht in Volksabstimmung abgelehnt wurde, haben jetzt die gesetzgebenden Körper ein Gesetz zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Frauen beschlossen, das bei der Volksabstimmung hoffentlich besseren Erfolg haben wird. — In Albany (Hauptstadt des Staates New York) hat ein Frauentag der bürgerlichen Frauen stattgefunden, der eine ganze Woche getagt und gleichzeitig eine erfolgreiche Versammlungspropaganda entfaltet hat. Die „New Yorker Volkszeitung“ bedauert, daß die sozialistischen Frauen weder an dieser Tagung teilgenommen, noch in einer besonderen Versammlung ihren besonderen Standpunkt zur Geltung gebracht haben.

Das erste weibliche Parlamentsmitglied in Norwegen.

An Stelle des Abgeordneten General Orskov, Vertreter für den dritten Wahlkreis von Kristiania, der beurlaubt wurde, ist sein Stellvertreter, die Volksschullehrerin Anna Rogstad, einberufen worden, um ihren Platz als erste Frau unter den norwegischen Abgeordneten einzunehmen. — Unsere Regierung dagegen glaubt, daß sie der Frau das Wahlrecht vorenthalten kann. Wie lange noch? Der 19. März wird zeigen wie die Frau über diese Rechtslosmachung denkt.

Bürgerliche Frauenbewegung und Arbeiterinnenschutz.

Dem dänischen Reichstag liegt gegenwärtig ein Regierungsentwurf zur Revision des Fabrikgesetzes vor, der unter anderem das Verbot der industriellen Nachtarbeit der Frauen enthält. Der Frauenwahlrechtsverein für Kopenhagen hielt dieser Tage eine Versammlung ab, in der kräftig gegen das Verbot protestiert wurde. Die Stadtverordnete Frau Thora Knudsen, Gemahlin eines Arztes, rief pathetisch aus: „Ich will nicht, daß die Frauen zu Sklaven gemacht werden,“ und erntete damit bei den Damen der Gesellschaft starken Beifall. Ihr lag auch besonders das Schicksal der armen Witwen am Herzen, die sich jetzt den Tag über so schön ihren Kindern und dem Hausbesen widmen können und während der Nacht das zur Erhaltung der Familie Nötige verdienen. Sie werden zu Sklaven gemacht, nach Meinung der Rednerin, und müssen elend zugrunde gehen, wenn ihnen die Nachtarbeit verboten wird. Die Pflicht des Staates, für diese Witwen und ihre Kinder zu sorgen, wie es die Sozialdemokratie schon lange in einem Gesetzentwurf verlangt, ist den Damen noch nicht zum Bewußtsein gekommen. Erfolg wird ihre Opposition gegen das Nachtarbeitsverbot nicht haben, denn prinzipiell hat Dänemark sich den internationalen Vereinbarungen vom Jahre 1906 schon von Anfang an angeschlossen; man hätte sich nur vorbehalten mit der Durchführung bis zu der für das Jahr 1911 in Aussicht genommenen Revision des Fabrikgesetzes zu warten. Uebrigens haben die Damen vor 11 Jahren bei der vorigen Revision des Fabrikgesetzes von 1878, als die Schulpflicht für Wöchnerinnen eingeführt wurde, gegen diese Maßregel ebenfalls heftig protestiert. Und diese Damen fühlen sich als Wohlthäter der Menschheit!

Verfammlungen.

Deutscher Holzarbeiterverband. Die Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin sollte am Freitag den großen Saal des Generalkonferenzhauses bis auf den letzten Platz. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Bericht der Ortsverwaltung, war der Jahresbericht der Delegierten schon im voraus in einer 144 Seiten starken Broschüre zur Verfügung gestellt worden. Der Geschäftsgang in der Holzindustrie deutete zu Beginn des Berichtsjahres 1910 auf eine günstige Entwicklung, aber der Aufschwung war nur für einzelne Branchen, namentlich für die Musikinstrumentenbranche und die Goldschmiedbranche von längerer Dauer, während die Konjunktur in den zum Tischlergewerbe gehörenden Branchen viel Enttäuschung hervorrief, so daß es am Ende des Jahres ungefähr ebenso schlecht mit der Arbeitslosigkeit bestellt war, wie vor zwei Jahren. Die Zahl der Arbeitslosen war am Schlusse des Jahres 1910 1509; 1909 zählte man um dieselbe Zeit 3471 Arbeitslose, 1908 4076; Ende Dezember 1910 waren es 5787, 1909 5896, 1908 3671. Es ist ja allerdings im verflochtenen Jahre das Obligatorium des Arbeitsnachweises eingeführt, so daß der Vergleich aus diesem Grunde als ein nicht zuverlässiger Maßstab für die Konjunktur erscheinen könnte. Aber das Obligatorium hatte wohl

einen starken Einfluß auf die Zahl der Einschreibungen Arbeitsloser und auf die der gemeldeten und besetzten Stellen, aber weniger auf die Zahl der übrigbleibenden Arbeitslosen, wie im Bericht hervorzuheben wird. Uebrigens geben die Mitgliederzahlen der Arbeitervereine in der Holzindustrie ungefähr dasselbe Bild von dem Niedergang der Konjunktur. Im Dezember überstieg die Zahl der Entlohnungen die der Einstellungen um fast 2000, und am 1. Januar 1911 wurden nur noch 40 552 arbeitende Mitglieder der Arbeitervereine gezählt, rund 600 weniger als am selben Datum 1910.

Die Lohnbewegungen waren im verflochtenen Jahre umfangreicher als je zuvor. Die große Tarifbewegung, die zum Abschluß des neuen Vertrages mit dem Arbeitgeberverband führte, umfaßte allein 610 Betriebe mit 13 400 Beschäftigten. Die gleichen Bedingungen, wie sie der Arbeitgeberverband zugestanden hatte, wurden auch in allen diesem Verbands nicht angehörenden Betrieben gefordert und auch fast überall durchgesetzt, nämlich in 595 Betrieben mit 8100 Arbeitern. Außerdem standen die Rahmenverträge, die Goldschmiedarbeiter, Bilderrahmenmacher, Wärfenmacher, Möbelerbeiter, Kistenarbeiter, Jalouzierarbeiter und die Sargtischler in der Lohnbewegung, und auch diese Bewegungen endeten alle mit gutem Erfolge. Die Zahl der Lohnbewegungen, bei denen es sich um Forderungen der Arbeiter handelte und die ohne Arbeitseinstellung verliefen, war 213, und sie erstreckten sich auf 1469 Betriebe mit 26 540 Arbeitern. Durch diese Lohnbewegungen wurden Lohn- und Tarifserhöhungen für 23 000 Arbeiter in 1447 Betrieben erreicht, und zwar durchschnittlich in der Höhe von 1,80 M. die Woche. Abwehrbewegungen ohne Arbeitseinstellungen fanden in 51 Betrieben mit 1434 Arbeitern statt und führten durch Verhandlungen zur Jurisdiktion der geplanten Verschlechterungen. Zum Streik kam es in 178 Fällen mit 223 Betrieben und die Zahl der Streikenden war 4486. Nur in 22 Betrieben und für 474 Arbeiter verliefen die Streiks erfolglos. Alles in allem wurden durch die Bewegungen im verflochtenen Jahre Lohn- und Tarifserhöhungen für 26 376 Arbeiter in 1533 Betrieben durchgesetzt, und Arbeitszeitverlängerung erreichten 1711 Arbeiter in 118 Betrieben. Aus der Statistik über die Tätigkeit des paritätischen Arbeitsnachweises ist zu ersehen, daß die Zahl der Arbeitsloseneinschreibungen 46 078 betrug gegenüber 32 509 im vorhergehenden Jahre. In noch viel größerem Maße sind die Zahlen der gemeldeten und der besetzten Stellen gestiegen. Im Jahre 1909 waren es nur 16 596 gemeldete und 12 088 besetzte Stellen, 1910 jedoch 34 188 gemeldete und 27 116 Stellen, die durch den Nachweis besetzt wurden. Hätte sich die Konjunktur nicht sehr verächtlicht im letzten Quartal, so wären die Zahlen noch weit günstiger. Im Jahresdurchschnitt kamen auf 100 gemeldete Stellen 137 Arbeitsuchende. Im Arbeitsnachweis des Verbandes meldeten sich 3420 Arbeitsuchende; Stellen wurden 2352 gemeldet und besetzt wurden durch diesen Nachweis 1523 Stellen. Die Agitation für den Verband und seine Ziele wurde sehr eifrig betrieben, was schon daraus hervorgeht, daß nicht weniger als 7888 Werkstattifikationen abgehalten wurden, an denen 91 686 Besucher teilnahmen. Die Generalversammlungen waren im Berichtsjahre aus 818 Delegierten zusammengesetzt, unter ihnen 11 weibliche. Als neue Branche haben sich die Schürmmacher dem Holzarbeiterverbände angeschlossen. Die Agitation unter den jugendlichen Arbeitern und Lehrlingen der Holzindustrie hat leider noch nicht den Erfolg gehabt, den man erwartete. Arbeitslos wurde 191 Mitgliedern in 106 gewerblichen Streikstellen und 27 Straffassen gewährt. Der Bücherbestand der Bibliothek hat sich im Laufe des Jahres um 150 Bände vermehrt und zählt jetzt 4000 Bände. Die Zahl der Ausleihungen betrug 13 577.

Die Jahresabrechnung schließt für die Hauptkasse mit der Bilanzsumme von 790 367,04 M. ab. Für Arbeitslosenunterstützung wurden 207 681,69 M. ausgegeben, für Streikunterstützung 57 091,55 M., für Krankenunterstützung 98 422,88 M., Gemahregelunterstützung 17 034,50 M. und an die Hauptkasse wurden 320 000,21 M. abgeliefert. In der Abrechnung der Lokalkasse ist die Bilanzsumme 796 172,78 M. Unter ihren Ausgaben sind 125 062,82 M. an Arbeitslose, 88 150,41 M. an Kranke, 33 028,87 M. an Streikende, 6711,60 M. an Gemahregelte. Der Kassenbestand ist im Laufe des Jahres von 157 119,89 M. auf 234 808,78 M. gestiegen.

Die Tätigkeit der Schlichtungskommission war im verflochtenen Jahre außerordentlich umfangreich. Es waren 753 Fälle zu erledigen gegenüber nur 344 im Jahre 1909. In 230 Fällen kam es zur Einigung, in 417 entschied die Kommission zugunsten der Arbeiter und in 101 Fällen zugunsten der Arbeitgeber.

Zu dem gedruckten Bericht haben der Bevollmächtigte Glöckle und der Kassierer Riecke eine Reihe mündlicher Ergänzungen und Erläuterungen, woran sich eine kurze Diskussion schloß. Es wurde beschlossen, eine Kommission zu wählen, die über eine Reorganisation der Verwaltung beraten soll.

Aus aller Welt.

Ein deutsches Ehepaar in England ermordet.

Eine mysteriöse Mordaffäre, deren Opfer ein deutsches Ehepaar ist, hält die englische Kriminalpolizei in Atem. In der Nähe von Ashford liegt die Weidung Studley Grange, auf der seit drei Jahren ein Deutscher namens Ludwig Berndt mit seiner Frau wohnte. Das Ehepaar führte ein sehr zurückgezogenes Leben und pflegte mit der Nachbarschaft keinerlei Verkehr. Mittwoch morgen fand der Postbote an der Hintertür einen Zettel, auf dem die Worte standen: Sofort zur Polizei schicken! Die herbeigerufenen Polizeibeamten drangen durch ein Fenster in das verschlossene Haus ein. Im Schlafzimmer fanden sie Frau Berndt mit durchgeschossenem Kopfe tot im Bett liegend. Im Keller des Hauses lag der leblose Berndt mit durchschnittener Kehle und einer Schußwunde im Kopfe. Berndt entstammte einer altenglischen Berliner Kaufmannsfamilie. Der Tatverdächtige scheint ein Mann, der bereits vor einem Jahre zu Besuch bei der Familie gewesen war und der am Dienstagabend von Nachbarn gesehen wurde, wie er auf dem Grundstück umherging. Der wahrscheinliche Täter, ein Deutscher, ist mit dem ersten Frühzuge nach London gefahren, wo ihm die Polizei auf der Spur ist.

Die neueste Flugleistung.

Zu immer gewaltigeren Anstrengungen spornen die Konkurrenz die einzelnen Aviatiker an. Die neueste Leistung ist ein Flug mit elf Passagieren, den der französische Flieger Breguet gestern morgen auf dem Flugfelde bei Douai unternahm. Das von dem Apparat zu tragende Gesamtgewicht betrug 1183 Kilogramm. Es gelang dem Flieger, sich über eine Strecke von drei Kilometern in der Luft zu halten.

Kleine Notizen.

Aus Furcht vor Verhaftung stürzte sich in Gleiwitz eine Räuberin in dem Augenblick aus dem Fenster ihrer im dritten Stockwerk gelegenen Wohnung, als ein Polizeibeamter ihre Eisterrung vornehmen wollte. Die Unglückliche erlitt bei dem Sturze schwere Verletzungen und starb bald darauf.

Die ganze Familie ermordet. Infolge von Familienzwistigkeiten erschloß in vergangener Nacht in dem Dorfe Barand in Ungarn der wohlhabende Landwirt Valentin Szalacs seine Frau und seine drei Kinder. Sodann verübte er Selbstmord.

Ein Bürgermeister als Falschspieler. Der Bürgermeister einer der größten Ortsgemeinden Algiers ist in einem Klub als Falschspieler entlarvt worden. In den letzten zwei Monaten hatte er über 80 000 Frank im Pokerspiel gewonnen. Seine Mitspieler hatten bereits seit einiger Zeit Verdacht geschöpft und scharf aufgepaßt und konnten ihn nun des Falschspiels überführen.

Elegantes Frühjahrs-Kostüm
in la engl. Ware
auf Seide gearbeitet
25⁷⁵

Jugendlich
Kostüm in gestr.
Kammgarn mit
Seiden-u. Soutache
Garnierung
24⁷⁵

Nouveauté
vortreffliche Ware
engl. Geschmack
120 cm lang
14⁵⁰

Geschmackvoller
Paletot
in Phantasiestoff
mit Seidengarnitur
110 cm lang
7⁷⁵

Unsere Preise
ermöglichen es Ihnen,
sich zum Frühjahr
Geschmackvoll
und doch billig
anzukleiden!

C. & A. Brenning
Königstrasse 33
Am Alexanderplatz
Sonntags geschlossen

Knaben-Moden

Beginn morgen!

Billige
Ausnahme-Angebote
von Knaben- und Schüler-Kleidung

Günstige Kaufgelegenheit
zur Einschulung

Man beachte das
morgige Inserat!

Baer-Sohn

Kleider-Werke
Deutschlands größte Fabrik dieser Art.

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der neueste Haupt-Katalog No. 42 kostenfrei.

Drei Tropfen

Kaol

flüssige Metall-Politur
machen das
schmutzigste Metall
spiegelblank

in Flaschen von 10 bis 50 Pf.
Überall zu haben.
Fabrik: Lubszynski & Co.,
Berlin-Lichtenberg.

Bilder-
Einrahmung

sowie jede Glaserarbeit
gut u. preiswert, liefern:

Frankfurter Chaussee 134
R. Schelsky
Fruchtstraße 26 E. Leischke
Greifswalder Straße 217
Ehrmann & Sohn
Landsberger Allee 145
E. Schmidt
Lebuser Str. 5 St. Plus-Kunsth.
Lippewer Str. 1 G. Scheiblich
Markusstraße 19 Paul Schade
Memeler Str. 80 O. Pfefferkorn
Petersburger Straße 7 M. Pilatz
Samariterstr. 11 Rich. Schmidt
Schillingstraße 29 O. Ritter

Möbel-Angebot.

Solides Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbel gegen mäßige Anzahlung bei kleiner Anzahlung u. geringen monatlichen Teilzahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 16, Postamt 103.
Kein Abzahlungsgeschäft. 8255*

Stoffe

Damentuche, Damen-Kostümstoffe
prima Qualitäten, Str. 2,50, 3,50 etc.
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20-21, vis-à-vis
d. Petrifische.

Selowsky - Cigaretten

Bolero

Caruso

Zenith

als erstklassig anerkannt!

Aromatisch Kräftig Ergiebig

Bären-Kaffee

Aromatisch Kräftig Ergiebig

überall käuflich.

Abgeordnetenhaus.

56. Sitzung vom Donnerstag, den 23. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerische: Dr. Senge, v. Dallwitz, v. Trotz zu Solz.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung des Etats. Ein Antrag aller bürgerlichen Parteien fordert die Regierung auf, den Landtag künftig so zeitig zu berufen, daß die größeren Gesetzesvorlagen vor Weihnachten in erster Lesung beraten werden können und dafür zu sorgen, daß diese Vorlagen sämtlich dem Landtage bei seinem Zusammentritt zugehen.

In der Generaldebatte erhält zunächst das Wort Abg. v. Heydebrandt (L.): Wir halten es für notwendig, Stellung zu nehmen zu der Vertretung der preussischen Interessen im Bundesrat bei Regelung der

Elßah-Lothringischen Verfassungsangelegenheit.

Die Verwendung der preussischen Stimmen im Bundesrat ist zweifellos ein Regierungsgeschäft wie alle anderen und unterliegt daher der Kontrolle der preussischen Volksvertretung. (Sehr richtig! rechts.) Dem wird auch die Regierung nicht widersprechen. Die Regierung steht allerdings auf dem Standpunkt, daß ihr nicht vor der Abgabe ihrer Stimmen im Bundesrat vom Landtag Direktiven erteilt werden dürfen, weil das ein Eingriff in die ihr vorbehaltene Regierungsgewalt sei. Ein solcher Eingriff liegt uns selbstverständlich fern. Wenn die Regierung weiter meint, eine solche Stellungnahme des Landtags sollte auch nicht während der Verhandlung der betreffenden Materie im Reichstag erfolgen, weil eine solche Erörterung die Führung der Reichsgeschäfte sehr erschweren müsse, so haben wir mit Rücksicht darauf Abstand davon genommen, diese Angelegenheit in Form einer Interpellation zur Sprache zu bringen. Wir halten es aber für unsere Pflicht, unsere Meinung darüber zum Ausdruck zu bringen, wie nach unserer Auffassung die Vertretung der preussischen Interessen im Bundesrat statzufinden hat. Wir müssen uns vorbehalten, die Regierung zur gegebenen Zeit zur

Rechtfertigung über ihre Stellung

in dieser Frage aufzufordern. (Bravo! rechts.) Es handelt sich bei dieser Frage der Stellung Elßah-Lothringens im Bundesrat um die Stärke und Sicherheit des Reiches, und wenn Fehler dabei gemacht werden, so werden solche Fehler eventuell mit preussischem Blute bezahlt. (Sehr richtig! rechts.) Das gibt uns das Recht, zu betonen, daß wir die Gestalt, die die Vorlage angenommen hat, für keine glückliche halten. Und in der Kommission hat die Regierung nun noch ihre Zustimmung dazu gegeben, daß die Stellung Preussens im Bundesrat noch erheblich verschlechtert wird, indem die drei Stimmen für Elßah-Lothringen zwar gegen, aber nicht für Preußen abgegeben werden dürfen. (Hört! hört! rechts.) Das ist eine außerordentliche Schwächung des preussischen Einflusses im Deutschen Reich. Die Regierung hat gesagt, Preußen müsse in diesem Falle Selbstverleugnung üben. Nun, mir scheint es sehr zweifelhaft, ob Selbstverleugnung im politischen Leben empfehlenswert ist. (Heiterkeit rechts.) Nebenfalls ist die historische Machtstellung Preussens nicht auf Selbstverleugnung aufgebaut, sondern auf Autorität, Disziplin, ein starkes Heer und eine starke Monarchie. (Lebhafter Beifall rechts.) Ich kann mir nicht denken, welche Gegenleistungen es geben könnte für eine so erhebliche Schwächung des preussischen Einflusses im Bundesrat. (Sehr richtig! rechts.) Man mag sich die deutsche Zukunft vorstellen wie man will, jedenfalls ist sie nicht glücklicher als für das Deutsche Reich, wenn der preussische Einfluß geschwächt ist. Die konservativ-preussische Partei würde ihres Namens nicht wert sein, wenn sie nicht den Mut hätte, das hier offen vor dem Lande auszusprechen. Das ist unsere patriotische und deutsch-nationale Pflicht und wird seinen Widerhall finden in tausend patriotischer Herzen bis weit hinein in andere Parteien. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Wir haben selbstverständlich das Recht, eine Kontrolle an den Abstimmungen der preussischen Regierung zu üben. Ich kann aber im Gegensatz zu dem Vorredner eine so große Gefahr für den Einfluß Preussens in der vorgezeichneten Regelung der Elßah-Lothringischen Frage nicht erblicken. (Hört! hört! rechts.) Darin stimme ich mit dem Vorredner überein: auch ich würde es für ein Unglück halten, wenn aus dieser Aktion im Reich eine Schwächung Preussens erfolgen würde. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Herr v. Jellih (L.) befragt zunächst den Antrag auf frühere Einberufung des Landtags. Es werden viel zu viel Reden zum Fenster hinaus hier gehalten. Auch Parteifreigeistigkeiten gehören nicht in dieses Haus. (Große Heiterkeit links.) Wir können uns vielleicht darüber einigen, daß bei der Spezialberatung des Etats in der Regel eine Redezeit von einer halben Stunde völlig ausreicht, und bei der allgemeinen Debatte eine Stunde. — In der Elßah-Lothringischen Frage hat auch bei uns die Haltung der Regierung die schwachen Bedenken hervorgerufen. Wir laufen Gefahr, daß die Elßah-Lothringischen Stimmen im Bundesrat im süddeutsch-demokratischen Sinne abgegeben werden. Das würde eine wesentliche Stärkung des demokratischen Einflusses im Reich zumungunsten Preussens bedeuten und wäre gleichbedeutend mit einer Schwächung des monarchischen Charakters des Reiches. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Selbstverleugnung war für Preußen am Platze, als es galt, das Reich zu gründen, für die Folge aber muß die Vormacht Preussens in Deutschland aufrecht erhalten werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Fischbeck (Sp.): Wir behandeln die Elßah-Lothringischen Fragen in erster Linie vom deutschen Standpunkt aus. Die Deutschen in Elßah-Lothringen haben Anspruch darauf, daß ihre Interessen berücksichtigt werden. Es ist ein nobilis officium (vornehme Pflicht) Preussens, bei diesem Gesetzwahl den Standpunkt Preussens hervorzuheben, sondern das Interesse des gesamten Deutschen Reiches wahrzunehmen. (Bravo! links.) Es ist lange nicht eine

so reaktionäre Tendenz

durch dieses Haus gegangen, wie jetzt. Das beweist vor allem die Behandlung der Wahlrechtsfrage. Auch die Vorstöße des Ultramontanismus, die wir erlebt haben, sind darauf zurückzuführen. Der Modernitätseid bedeutet den Zwang zur Unwahrheit. (Große Narbe im Zentrum.) Daß das Parteigebäude in diesem Hause bald ein Ende nimmt, wünschen auch wir. Möge die Regierung doch den Reichstag und Landtag auflösen; das Volk wird dann schon die richtige Antwort geben. (Sehr richtig! links. Zurufe rechts: Gehen!)

Abg. Dr. Forst (Z.): Dies Vertrauen haben auch wir zum Volke. Wenn der Vorredner gesagt hat, daß der Modernitätseid jemand zwingt, die Unwahrheit zu sagen, so müssen wir uns das ganz entschieden verbitten. Das sind Dinge, über die Sie (nach links) kein Urteil haben. (Lebhafter Beifall im Zentrum.) In eine materielle Erörterung der Elßah-Lothringischen Frage im Augenblick einzutreten, halten wir nicht für zweckmäßig. Wir haben zu unseren Freunden im Reichstag das volle Vertrauen, daß sie bestrebt sind, diese außerordentlich schwierige und wichtige Frage zu einem gedeihlichen Ende zu führen unter voller Berücksichtigung der Interessen des Reiches und Preussens. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Es ist eigenartig, daß gerade Herr v. Jellih gegen das viele Reden hier auftritt, während er selbst fast am meisten gesprochen hat. Wir halten es für unsere Pflicht, zu jeder Regierungsvorlage und jedem Antrag Stellung zu nehmen. Wenn Sie beschwören gegen die Regierung haben, nehmen Sie auch kein Blatt vor den Mund, wie die heutige Debatte

bewiesen hat. Im übrigen können wir dem Antrag auf rechtzeitige Einberufung des Landtages nur zustimmen. Daß wir unsere Reden hier nicht allein für Sie halten, ist selbstverständlich. Eine Neubearbeitung der reaktionären Zustände in Preußen ist nur möglich, wenn die Masse der Wähler genügend über diese Zustände aufgeklärt wird, und diesem Zweck dienen unsere Reden ebenfalls. Den Vorwurf der politischen Demagogie anderen zu machen, hat jedenfalls die Rechte dieses Hauses am wenigsten Veredlung. Man hätte erwarten sollen, daß heute aus diesem Hause ein Appell an die Regierung ergehen würde, in der Frage der

allgemeinen Abrüstung

im Interesse des ganzen deutschen Volkes so rasch wie möglich vorzugehen. Statt dessen müssen wir es erleben, daß hier ein wohlvorbereitetes Spektakelstück

der preussischen Freunde gegen die Regierung inszeniert wird. Der Statthalter von Elßah-Lothringen ist ja nach den Vorschlägen der Regierung nur eine Puppe in den Händen der preussischen Regierung. Das Streben der Rechten geht daher in der Tat nicht darauf hinaus, eine Verminderung des preussischen Einflusses abzuwehren, sondern eine Vermehrung dieses Einflusses im Bundesrat zu erreichen. Man proklamiert von jener Seite das

Recht auf die Verpreußung

von ganz Deutschland. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Jellih hat deutlich ausgesprochen, worum es sich handelt: die relativ freiheitlichen Verfassungen der süddeutschen Bundesstaaten haben es Ihnen angetan. Wie ist das Vorgehen der Rechten zu vereinbaren mit der preussischen Bundesform und mit dem preussischen Selbstvertrauen? Fürst Hohenlohe hat in seinen Memoiren die Rechte richtig gekennzeichnet, als er schrieb: Wenn es ihr Interesse erheischt, preisen die preussischen Junker auf das Reich. Herr v. Heydebrandt hat in einem apodiktischen Ton der Regierung gegenüber gesprochen als ob er einen Hund vor sich hätte, der zum Knurren gerufen wird. Heute hat der Hund nur die Prügeln bekommen. (Große Narbe rechts. Präsident v. Kröcher ruft den Redner zur Ordnung.) Zustimmung kann ich Herrn v. Heydebrandt zu seiner Verhöhnung der Selbstverleugnung als staatsloses Prinzip. Geschaffen ist die preussische Macht mit Blut und Eisen, mit Reichsdruck und Gewalt (Ob! rechts) und das sind auch die einzigen Faktoren, die Preußen noch aufrecht zu erhalten vermögen. Ich erinnere an die Behandlung der Staatsarbeiter, an die Kall-Schmiesegelder, an Noabit. Ich brauche das Sündenregister des Ministers des Innern hier nicht in einzelnen aufzuzählen, den man nicht Polizeiminister nennen darf, offenbar weil das Wort Polizei selbst für Herrn v. Kröcher einen zu unangenehmen Beigeschmack hat. Der

Wort an dem Arbeiter Herrmann

ist noch immer nicht geföhnt. Solange das nicht geschieht, werden wir Sie immer an das

Kainszeichen der Schmach,

das die preussische Polizeiverwaltung trägt, erinnern. (Präsident v. Kröcher ruft den Redner erneut zur Ordnung unter Hinweis auf die geschäftsordnungsmäßigen Folgen. — Bravo! rechts.) Der Kultusminister hat uns zu dem bekannten Vorgehen der Schulaufsichtsborgane gegenüber Turn- und Gesangsunterricht an die Arbeiterjugend bis 21 Jahre auf einen Erlaß verwiesen, dessen Inhalt er aber nicht näher bezeichnet hat. Die Hauptsache ist, daß er dafür sorgt, daß die bisher ungeleglich verhängten Strafen und Verfügungen zurückgenommen werden. Uebersall haben wir zu konstataren, daß die

preussische Verwaltung sich über Gesetz und Recht hinwegsetzt,

daß die Wähler in Preußen regiert. Interessant ist die politische Konstellation in Preußen. Ich erinnere an die berühmte Sitzung, wo Herr Schiffer das Lichtsch zwischen den Nationalliberalen und der Rechten zerbrach und dann Herr v. Heydebrandt den Nationalliberalen sein *sio volo, sio jubeo* jurief. Damals sprang als Vermittler zwischen diesen beiden Parteien das Zentrum ein. Herr Gronowski hielt seine Rede gegen die Sozialdemokratie.

Der Kampf gegen die Sozialdemokratie wird von allen bürgerlichen Parteien als geeignete Basis zur Einigung der preussischen Reaktion angesehen.

Die Nationalliberalen wissen noch immer nicht recht, wohin sie gehören, das hat die letzte Wahlwahl wieder bewiesen. Rechte und Zentrum haben ein Bündnis geschlossen, unter dem gegenwärtig dem Volk beinahe der Atem auszugehen droht. (Intrude rechts.) Vorrücken-Engpässe und Modernitätseiddebatte waren lediglich Scheingefechte der Rechten, und das

Zentrum gibt seine sozialpolitischen und allgemeinpolitischen Pflichten preis,

um kirchenpolitische Zugeständnisse willen. Die Rechte hat sich für seine agrarischen Interessen das Zentrum durch kirchenpolitische Zugeständnisse eingelauft, und nun fordern sie Arm in Arm das Jahrhundert in die Schranken. Aber das neue Jahrhundert wird mit ihnen fertig werden. Auch durch seine

neue Weisparole

hat sich das Zentrum mit Haus und Haaren der Rechten verschrieben. Diese Situation ist charakteristisch für Preußen und auch für die ganze Reichspolitik. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das preussische Volk aber hat mit dieser Politik nichts zu tun. Das preussische Volk, das in seiner Mehrheit von und vertreten wird (Lachen rechts) — die Zahlen beweisen es — wünscht den

Kampf gegen die Wähler, gegen die Ungeheuerlichkeit,

es will keine Reaktion, sondern Fortschritt, keine Gewalt-herrschaft, sondern Demokratie im weitesten Sinne in der Zusammensetzung des Parlaments und in der Verwaltung des Staates.

Die Wahlrechtsfrage ist und bleibt die Zentralfrage

für die ganze Gestaltung der preussischen und der Reichspolitik. Für diese Forderung tritt mit Entschiedenheit allein noch die Sozialdemokratie ein, für die Mehrheitsparteien ist sie ein Menetekel, vor dem sie die Augen verschließen.

Der Reichsbote fordert für die Reichstagswahlen schon den Appell an die nationale Ehre. Hier gehen möglicherweise höchst staatsgefährliche Dinge vor sich und die Parteien dieses Hauses haben die Hand im Spiele. Wir sehen die Verbindung der einflussreichsten Kreise mit diesen staatsgefährlichen Dingen.

Zum Interesse der Sicherheit des Reiches appellieren wir an das deutsche Volk, damit es endlich sich aufbäume und der Gewaltregierung der Junker das Knie auf die Brust und den Dammen auf das Auge setze!

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. — Gelächter rechts.)

Abg. Freiherr v. Erffa (L.): Gott sei dank ist diese Rede zu Ende gegangen. (Heiterkeit rechts.) Abg. Fischbeck hat heute wieder den alten freisinnigen Geist angewendet: wenn wir mit der Regierung gehen, sind wir die Herrschenden, wenn wir in der Opposition sind, ist es auch schlecht. Wir haben uns nie gekümmert, unsere Meinung auszusprechen. Der Freisinn hat sich auf Tod und Leben mit der Sozialdemokratie verbunden, die in der

frechsten Weise die Republik fordert.

(Stürmische Rufe der Sozialdemokraten: Frech? Frech? Und das Präsidium! — Präsident v. Kröcher: Ich habe das nicht auf ein Mitglied des Hauses bezogen.) Ich auch nicht. Redner beschäftigt sich dann mit der Geschäftsführung des Hauses und mit dem gleichzeitigen Tagen der Kommissionen. Die Sozialdemokraten glauben hier nicht unter einer Stunde reden zu dürfen.

Wir brauchen uns doch nicht die Leitartikel des „Vorwärts“ vorreden zu lassen. (Abg. Hoffmann: Bloß die der „Deutschen Tageszeitung“. Als der Präsident läutet, um die Zwischenrufe einzuführen, sagt der Redner: Ich bitte, die Herren zur Ruhe zu bringen! Heiterkeit rechts.)

Abg. Dr. Schiffer (natl.): Ueber Anstand und gute Sitte will ich zuletzt mit einem konservativen Herrn diskutieren, der einem lgl. Staatsminister gegenüber hier mit der Faust auf den Tisch geschlagen hat. (Sehr gut! links.) Wir haben gewiß unser volles Verständnis für das Gezeigt, was Preußen in seiner kolgen Agerart für Deutschland war, ist und sein muß. Sie (nach rechts) scheinen sagen zu wollen, daß die Hände, in denen die Wahrung der preussischen Interessen jetzt liegt, nicht die richtigen sind. (Gelächter und Widerspruch rechts.) Preußen hat gerade durch dieses Nachgeben seine Ziele in Deutschland erreicht. (Der Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg erscheint im Saal.) In der Tat wird Preußens Machtstellung durch die drei Stimmen für Elßah-Lothringen nicht gefährdet. — Der Finanzminister hat neulich erklärt, daß der Artikel aus der „Neuen Korrespondenz“ über die Reichsfinanzreform der Regierung nicht bekannt sei. Ein verbreitetes Blatt teilt aber mit, daß tatsächlich der Minister des Innern der Urheber des Artikels sei. Wir erwarten eine authentische Aufklärung. (Bravo! links.)

Ministerpräsident Dr. v. Bethmann-Hollweg: Von einer Mißachtung preussischer Lebensinteressen bei der Haltung der Regierung in der Elßah-Lothringischen Frage kann keine Rede sein. Die preussische Regierung hat in einmütiger Uebereinstimmung mit den gesamten verbündeten Regierungen eine größere Verantwortlichkeit der Reichslande als ein Erfordernis sowohl im Interesse der Reichslande als des Reiches selbst an-gesehen. Der Wunsch Elßah-Lothringens nach einer Beteiligung im Bundesrat ist danach vollaus verständlich. Wir müssen Elßah-Lothringen politisch, kulturell und wirtschaftlich so eng wie möglich mit dem deutschen Vaterland verschmelzen, diese Pflicht liegt dem Reich seinem jüngsten Gliede gegenüber ob. Ich war deshalb von vorn herein dafür, Elßah-Lothringens Bundesratsstimmen zu gewähren. (Hört! hört!) Die Schwierigkeiten, die dem entgegenstanden, sind bekannt. Sie sind überwunden, nachdem im Reichstag alle Parteien, die eine Verabschiedung des Gesetzes wünschten, für die Bundesratsstimmen eingetreten sind. Ein zahlenmäßiges Opfer bringt Preußen allerdings damit, aber kaum ein reales Opfer und jedenfalls kann man nicht von einer Gefährdung staatslicher Interessen Preussens sprechen. Wir können in Preußen keine künstlich beherrschte Politik machen. (Sehr richtig! links.) Große Fragen des Reiches werden im Bundesrat nicht nach Rechenregeln gelöst, sondern sie sind immer einstimmig gelöst worden. (Hört! hört! links.) Daran werden die drei Vertreter Elßah-Lothringens nichts ändern. Preussens Einfluß im Bundesrat beruht auf seinen geschichtlichen Leistungen und seiner geistlichen Wissen. Preussische und Reichsinteressen föhren zusammen nur dann, wenn Preußen bestrebt ist, die Macht, die es hat und vermöge deren das Deutsche Reich gebildet worden ist, unverfehrt aufrechtzuerhalten. (Bezeugung und Beifall rechts.)

Abg. Dr. v. Bohna (L.): Das Verhältnis unter den Bundesstaaten ist zurzeit gewiß vorzüglich. Aber man darf und konservativen nicht betrogen, wenn wir Vorschläge machen für die Zukunft treffen. Ich bedauere die Stellung der Nationalliberalen zu dieser Frage. (Sehr richtig! rechts.)

Die Selbstüberhebung der sozialdemokratischen Kritik an unsere allgemeinen Verhältnisse nimmt allmählich einen ganz pathologischen Charakter an. Ich hoffe, daß der vorliegende Antrag dazu führen wird, daß hier nur noch vernünftige Reden gehalten werden. (Große Heiterkeit.)

Ein Antrag v. Arnim (L) auf Schluß der Generaldebatte wird angenommen; ebenso der Antrag auf frühere Einberufung des Landtags.

Eine Reihe von Etats werden debattelos angenommen.

Beim Etat der Domänenverwaltung spricht

Abg. Heine (natl.) für Erhaltung des Bades Rehsburg bei Hannover.

Abg. Veinert (Soz.):

Dem Wunsche des Vorredners kann ich mich nur anschließen, trotzdem dem dortigen Gemeindevorstandern vom Landrat unterlagt worden ist, eine bezügliche Petition auch mir zu überenden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Voppentheim hat bei der zweiten Lesung meine Ausführungen über die Verpachtung der Domänen als jeder Begründung entbehrend hingestellt. Seitdem sind mir aber eine ganze Reihe von Schreiben zugegangen, die nur bestätigen, was ich gesagt habe. In der Tat werden die Domänen zu billig verpachtet. Viele Pächter zahlen aus der Spiritusproduktion ihre ganze Pacht. Durch solche Verträge werden die Interessen des Staates nicht gewahrt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Abg. Engelsmann (natl.), Busch (Z.), v. Wolff-Reiternich (Z.) und Freiherr v. Los (Z.) bringen Einzelwünsche vor.

Abg. Strödel (Soz.)

bekämpft die staatsliche Forstwirtschaft in der Nähe der Großstädte. Der Forstfiskus darf sich hier nicht als Grundstücks-spekulant betätigen. Die Bevölkerung muß die Möglichkeit haben, sich in den Forsten zu ergehen. — Der Minister hat erklärt, daß er ein Bedürfnis für eine Forstarbeiterorganisation nicht anerkenne, obgleich sie in allen süddeutschen Staaten un-gehindert sich betätigen kann; wir protestieren aufs allerhöchste gegen diese Rücksichtlosigkeit, die den vielen Privatunternehmern längst verlassen worden ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wie kann man sich erlauben, den Forstarbeitern ihre Rechte zu nehmen? Wenn die Arbeitsverhältnisse der Forstarbeiter wirklich so gute sind, so könnte man ja die Umwidmung der Organi-sation ruhig ansehen. Wir Sozialdemokraten sind leider die einzigen, die für die selbstverständliche Koalitionsfreiheit ein-treten. Das hat sich bei der zweiten Beratung gezeigt, als der Zentrum abgeordnete Busch nur Organisationsfreiheit für die arbeitsliche Organisation forderte. (Abg. Busch: Sehr wahr! — Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie treten also nicht für allgemeine Organisationsfreiheit ein! (Abg. Busch (Z.): Brauchen wir so gar nicht! — Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das unterschreibe ich — und Sie wollen eine Partei sein, die für die Allgemeinheit eintritt! Redner erörtert dann waldbirtschaftliche Fragen und Wild-verkauf usw. auf Grund von Zischriften aus Forstbeamtenkreisen. Hier erleihe die Staatskasse Einbußen. Diese Einnahmen der Oberförster brauchen auch nicht versteuert zu werden. Es handelt sich um Hunderttausende Mark, die zur Verbesserung der Löhne der Arbeiter verwendet werden könnten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Busch (Z.): Wir haben stets Freiheit gewollt und wollen sie heute noch. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Aber die Frei-heit hat eine Grenze, wo der Staat verfeumt und untergraben wird. Die freien Gewerkschaften sind nur ein geldspendender Bestandteil der Sozialdemokratie, die die Republik einföhren will. Die Staatsregierung wird doch nicht ihre Feinde unterstützen. Stellen Sie beim „Vorwärts“ einen christlichen Arbeiter an? Legen Sie ihn auf den Tisch des Hauses. — Ihnen ist es nur um eine Ausbeutung der Sozialdemokratie zu tun. Die billigen vollauf die Haltung der Staatsregierung. Wären Ihre Organisationen Arbeiterorganisationen, die die Lage der Arbeiter bessern wollen, wie die christlichen (Lachen bei den Sozialdemokraten), so hätten wir gegen sie so wenig, wie gegen die Hirsch-Dundersden. (Abg. Liebknecht wird wegen des Zurufs „Schwindeln Sie nicht so dummes Zeug zusammen!“ zur Ordnung gerufen.) Die Gewerkschaften geben das Geld zum sozialdemokratischen Wahlkampf her,

Die schließliche Abstimmung über die Steuer selbst geübt werde.

Stadtv. Wommien konstatiert sein völliges Einverständnis mit der Anschauung des Oberbürgermeisters.

Stadtv. Rosenow: Der Vorschlag, daß wir eine noch nicht genehmigte Steuer in den Etat stellen, trifft auch den Magistrat, der sie nicht zurückzieht.

Oberbürgermeister Kirchner: Wir stellen ja hier keinen neuen Etat auf; ich kann also die Steuer auch nicht zurückziehen, muß aber dem Magistrat volle Freiheit der Entscheidung vorbehalten.

Stadtv. Barth (A. L.) tritt nochmals für die Einstellung ein. Auch 1903 habe der Ausfall der Umsatzsteuer den Etat nicht tangiert.

Die Einstellung in den Etat wird hierauf mit knapper Mehrheit beschlossen.

Die Etats für die Ortspolizei und das Feuerlöschwesen ergeben keine Debatte.

Bei den Dotationen, Renten und Abgaben sind die Abgaben der A. G. B. um 200 000, der Großen Berliner Straßenbahn um 120 000 M. erhöht worden.

Stadtv. Landberg (A. L.) verleiht den Klagen der Hausbesitzer, die, obwohl noch nie vor himmelstreichend belastet, auch jetzt wieder neu belastet würden, in einer beweglichen Rede Ausdruck.

Stadtv. Gasse: In unserer Fraktion ist der Vorschlag des Magistrats wegen der 165 Proz., also gegen bisher 15 Proz. mehr, einstimmig angenommen worden.

Stadtv. Rosenow: Wir haben den Weg der 100 und 165 Proz. gerade gewählt, um den Steuerzahlern keinen neuen Vortwand zur Flucht in die wohlhabenden Vororte zu liefern.

Stadtv. Dr. Gelpke (Fr. Fr.) schließt sich den Protesten gegen den Stadtv. Landberg an.

Die Umsatzsteuer verbleibt als letzte und Ausgleichsteuer im Etat. Der Etat balanciert mit 309 832 040 M.

Der Vorsitzende teilt mit, daß ihm von mehreren Seiten der Wunsch ausgesprochen ist, die Sitzung nach Erledigung des Etats mit Rücksicht auf die angestrengte Tätigkeit der letzten Tage zu vertagen.

Vor der Abstimmung über den Etat im ganzen gibt Stadtv. Bruns (Soz.) namens seiner Fraktion folgende Erklärung ab: Wir stimmen auch in diesem Jahr gegen den Etat, weil wir überzeugt sind, daß für die Art und Weise, wie er diesmal zustande gekommen ist, die Verantwortung der Mehrheit der Versammlung überlassen werden muß.

Stadtv. Gasse: Ich stelle nur fest, daß diese Erklärung ganz erheblich von den früher seitens der Sozialdemokraten abgegebenen Erklärungen abweicht, bin aber überzeugt, daß sie, auch wenn der Etat ganz anders balanciert worden wäre, ihn wieder abgelehnt hätten.

Stadtv. Rosenow: Ich entnehme aus der Erklärung des Kollegen Bruns, daß seine Fraktion den diesmaligen Etat nur ablehnt, weil er auf so eigenartige Weise zustande gekommen ist.

Stadtv. Bruns (Soz.): Ich weiß nicht, in welcher Weise unsere Erklärung von den früheren abzuweichen soll.

Stadtv. Gasse: Ich entnehme aus der Erklärung des Kollegen Bruns, daß seine Fraktion den diesmaligen Etat nur ablehnt, weil er auf so eigenartige Weise zustande gekommen ist.

Stadtv. Rosenow: Ich entnehme aus der Erklärung des Kollegen Bruns, daß seine Fraktion den diesmaligen Etat nur ablehnt, weil er auf so eigenartige Weise zustande gekommen ist.

Stadtv. Bruns (Soz.): Ich weiß nicht, in welcher Weise unsere Erklärung von den früheren abzuweichen soll.

Stadtv. Gasse: Ich entnehme aus der Erklärung des Kollegen Bruns, daß seine Fraktion den diesmaligen Etat nur ablehnt, weil er auf so eigenartige Weise zustande gekommen ist.

Stadtv. Rosenow: Ich entnehme aus der Erklärung des Kollegen Bruns, daß seine Fraktion den diesmaligen Etat nur ablehnt, weil er auf so eigenartige Weise zustande gekommen ist.

Gerichts-Zeitung.

Kann die Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker verklagt werden?

Infolge des Ausschusses des Prinzipalmitgliedes Jillessen aus der Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker hatte sich das Reichsgericht am Mittwoch mit der Frage zu beschäftigen, ob die Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker als nichtrechtsfähiger Verein verklagt werden kann.

Jillessen war durch Beschluß des Tarifamts wegen Nahrregelung von Verbandsmitgliedern aus der Tarifgemeinschaft ausgeschlossen worden. Er hat deshalb Klage gegen die Tarifgemeinschaft auf Feststellung erhoben, daß er nach Mitglied sei und daß der Beschluß des Tarifamts ungültig sei.

Beide Vorinstanzen (das Landgericht und Kammergericht zu Berlin) haben diese Vorträge zugunsten des Klägers dahin entschieden, daß die Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker als nichtrechtsfähiger Verein des § 50 der Zivilprozessordnung barrefähigkeit besitzt und verklagt werden kann.

Das Kammergericht zu Berlin hat zu dieser Entscheidung begründend erklärt, daß die bezogene Tarifgemeinschaft bereits als festes Rechtsgebilde im Jahre 1866 gegründet und dann immer fortgesetzt worden sei.

Für den vorliegenden Rechtsstreit komme deshalb nicht die Tarifgemeinschaft als zur Revision des Tarifs zusammengetretene Gemeinschaft vom Jahre 1906 in Betracht, sondern als der im Jahre 1866 gegründete und fortbestehende Verein.

Aus allen Beziehungen und Funktionen der Tarifgemeinschaft sei, wie das Kammergericht weiter ausführt, zu entnehmen, daß sie einen nichtrechtsfähigen Verein bilde und deshalb auch als solcher verklagt werden könne.

Dieses Urteil des Kammergerichts ist jetzt vom Reichsgericht bestätigt worden.

Aus der feinen Welt.

Mit einer krassen Erpressungsfare, in deren Mittelpunkt der Generalkonsul Guttentag stand, war gestern die 4. Strafkammer des Landgerichts I unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Gayer beschäftigt.

Die auf versuchte Rötigung bezug. Unterschlagung lautende Anklage richtete sich gegen die im Jahre 1861 geborene Anna Kayser

und den früheren Charlottenburger Polizeiwachmeister, späteren Detektiv Paul Ströhlau, die in den Jahren 1908 bis 1910 den Generalkonsul drangsalieren haben, um ihn zur Übergabe von Geld zu nötigen.

Die Kayser war früher Verkäuferin und lebte später ohne besonderen Beruf auf ziemlich großem Fuße unter dem Titel einer angeblichen Konzertsängerin. Sie wohnte seinerzeit in der Bernburger Straße, und bei ihr wohnte eine gewisse Wilbacher, die sich als Sängerin oder Schauspielerin ausgab.

Die Wilbacher stand in einem sehr freundschaftlichen Verhältnis zu dem Prinzen Bernhard von Sachsen-Weimar. Als dieser gestorben war, soll sie ihr intimes Verhältnis zu einem Erpresserfeldzug gegen den Bruder des Prinzen benutzt haben. Sie verheiratete sich später mit dem Besitzer einer kleinen Ziegelei namens Groß. Diese Heirat soll nur das Mittel zu dem Zweck gewesen sein, eine ihr drohende Ausweisung zu vereiteln.

Die Eheverbindung hielt sie nicht ab, sich nebenbei ein Verhältnis anzuschaffen. Mit einem Bankier verkehrte sie 2 1/2 Jahre lang. Es wird behauptet, daß der Generalkonsul G. diese Frau Groß eines Tages in ihrer Wohnung besucht habe und dort von dem Eheemann Groß „überrascht“ worden sei.

In erpresserischer Weise ist dann der Generalkonsul gezwungen worden, 15 000 M. gewissermaßen als „Lösegeld“ an das Ehepaar Groß zu zahlen. Von dieser Erpresserfare hatte die Kayser erfahren und schmiedete nun einen Plan, um von dem 17jährigen Generalkonsul auch ihrerseits etwas herauszuholen.

Sie hatte den Angeklagten Ströhlau kennen gelernt. Dieser war früher Polizeiwachmeister in dem Revier, in welchem die Großschen Eheleute wohnten. Er ist im Disziplinarwege aus dem Dienst entfernt worden, nachdem er eine Peitlung suspendiert und auf halbes Gehalt gesetzt worden war.

Er geriet dadurch in Geldverlegenheit, so daß er seine Steuern nicht zu bezahlen vermochte. Im Jahre 1909 starb sein Vater und er erbte zirkla 17 000 M. Das Geld war aber bald zu Ende, Ströhlau equipierte sich sehr fein, schaffte sich einen tadellosen Gelpfels an, machte mit seiner Frau eine Vergnügungsreise an die Riviera usw. usw.

Eines Abends sah Ströhlau die Frau Groß in großer Gala im Gebrüder Herrnsfeld-Theater, und als er bei einer Begegnung mit der Angeklagten Kayser dieser von der großartigen Aufmachung der Frau Groß erzählte, erfuhr er von dieser die erfolgreiche Erpresserfare, die die Frau Groß gegen den Generalkonsul unternommen hatte.

Einige Zeit darauf will die Kayser von einem Dritten erfahren haben, daß der Generalkonsul über ihre Person und ihren Lebenswandel höchst beleidigende Bemerkungen gemacht habe. Sie brannnte nun förmlich darauf, eine Verleumdungsklage gegen den Generalkonsul G. anzustrengen und holte sich von Ströhlau Belehrung, wie man eine solche Klage einzuleiten habe.

Ströhlau will ihr davon abgeraten haben, sie aber ließ nicht locker und wandte sich an den Schiedsmann, der einen Sühnetermin auf den 23. September 1908 ansetzte. Nun griff aber Ströhlau vermittelnd ein: er begab sich eines Tages zu dem Generalkonsul G., erschien dort mit einem Aktenschild unter dem Arm, wies eine Karte vor, auf welcher er als Polizeiwachmeister bezeichnet war und erbot sich, die Vermittlung zur Beilegung der unangenehmen Verleumdungssache zu übernehmen.

Der Generalkonsul erklärte, daß an der angeblichen Verleumdung kein wahres Wort sei, da ihm aber höchst peinlich war, vor dem ihm bekannten Schiedsmann zu erscheinen, ersuchte er den Ströhlau, doch dafür zu wirken, daß die Sache aus der Welt geschafft werde.

Er sagte ihm gleich, daß es sein Schaden nicht sein solle und gab ihm für seine Bemühungen 200 M., denen er später noch einige Zuwendungen folgen ließ. In weiterer Folge entwickelten sich dann persönliche Aussprachen zwischen der Kayser und dem Generalkonsul mit dem Endergebnis, daß die Kayser 5000 M. erhielt und ein Schriftstück unterzeichnete, wonach sie keinerlei Ansprüche an G. habe und sich verpflichte, jede weitere Verleumdung zu unterlassen.

Sie hat das Versprechen nicht gehalten. An Ströhlau hatte sie leihweise kleinere Summen gegeben, dieser aber blieb mit Herrn G. noch weiter in Verbindung und erstattete auch eine Strafanzeige gegen das Großsche Ehepaar, nachdem der Generalkonsul entschieden verlangt hatte, daß seine Person in keiner Weise in die Öffentlichkeit gezogen werden sollte.

Nach ehe diese Strafanzeige erstattet war, war die Kayser zum Besuch bei Verwandten nach Graudenz gegangen, und von dort aus schrieb sie einen Brief an den Generalkonsul. Sie ersuchte ihn darin, ihre doch noch 2000 M. zu geben, da sie dies Geld noch zur Uebernahme einer Pension gebrauche und behauptete mit einem unüberkennbaren Hintergedanken fälschlich, daß sie demnächst in der Erpresserfare Groß als Zeugin vernommen werde.

Dann soll sie Herrn G. gedroht haben, alles seiner Frau zu entküllen, und sie machte auch die ersten Schritte, um Zugang zu der Frau Generalkonsul G. zu erhalten. Sie behauptet jetzt, daß dies nur in einer Wohlwollenssache geschehen sollte. Werkmüdigerweise setzte Ströhlau Herrn G. sofort telegraphisch davon in Kenntnis, daß die Kayser zu dessen Frau gehen wolle, und auf den Wunsch des Generalkonsuls hatte Ströhlau mit diesem eine Unterredung.

Dabei soll der Generalkonsul die Neugierung getan haben: „Das sehe ganz nach Erpressung aus.“ Wiederum merkwürdigerweise erfuhr die Kayser durch Ströhlau von dieser Aeuzerung und machte diese nun wiederum zum Ausgangspunkt einer neuen Verleumdungssache gegen den Generalkonsul. Es endete diese neue Affäre damit, daß die Kayser gegen Empfang von 1500 M. und 40 M. Anwaltsgebühr die Klage zurücknahm. Fast um dieselbe Zeit hatte Ströhlau die Strafanzeige gegen die Großschen Eheleute in deren Erpressungsfare gegen den oben erwähnten Bankier erstattet.

Nach Ansicht der Anklage sollen die Angeklagten dabei den Zweck gehabt haben, durch den Hinweis darauf, daß in dieser Straffache die Angeklagte Kayser als Zeugin vernommen werde, G. in der Hand zu behalten und ihm nahe zu legen, daß sie bei dieser Gelegenheit auch die Erpresserfare der Großschen Eheleute gegen den Generalkonsul zur Sprache bringen könnten. Letzterer wurde um die gleiche Zeit von Ströhlau brieflich um Rettung aus Geldverlegenheiten angegangen, und auch die Kayser schrieb wiederholt an Herrn G. unter wiederholtem Hinweis auf ihre angeblich bevorstehende Vernehmung und seinen Wunsch, seinen Namen nicht zu nennen.

Das der Inhalt der Anklage. Die Angeklagten bestreiten durchaus, sich im Sinne der Anklage schuldig gemacht zu haben, insbesondere versichert der Angeklagte Ströhlau, daß er lediglich im Interesse des Zeugen G. gewirkt habe und sich einer Straftat nicht bewußt sei. Nach längerer Beweisaufnahme hielt das Gericht beide Angeklagte im Sinne der Anklage für überführt und verurteilte die Kayser zu 2 Jahren 3 Tagen Gefängnis, Ströhlau zu 1 Jahr Gefängnis unter Anrechnung von je 4 Monaten Untersuchungshaft.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Berlin, Buch und anderen Heilkräften. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilkräften bleiben, wollen und wegen der Ueberweisung von Freiregularien sofort ihre Adresse einreichen, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

Witterungsübersicht vom 23. März 1911.

Station	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Stommbe	767 MD	3 bedekt	2	Hararanda	764 SSB	2 Schnee	-8				
Damburg	766 DRD	3 Nebel	1	Petersburg	763 S	1 bedekt	-8				
Berlin	765 D	1 talb hb.	3	Schwiz	761 DSD	2 wolllig	8				
Frankfurt	762 D	1 heiter	6	Dresden	771 DRD	3 bedekt	4				
Hannover	764 D	4 Nebel	2	Paris	761 SD	2 wolllig	5				
Wien	765 SED	3 bedekt	2								

Wetterprognose für Freitag, den 24. März 1911.

Etwas kühler, vorwiegend wolllig bei frischen nordwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratisch. Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis.
Petersburger Viertel.
Bezirk 262, Teil II.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Arbeiter
August Tscharmiel
Weidenweg 50
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 25. März, nachmittags
4 Uhr, von der Leichenhalle des
Zentral-Friedhofes in
Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
217/2 Der Vorstand.

**Verband der Lithographen,
Steindruckere u. verw. Berufe.**
(Deutscher Senefelder-Bund.)
Filiale II. — Chemigraphen.
Am Mittwoch, den 22. März,
verstarb unser Mitglied, der Re-
tourneur
Franz Ritschel
im Alter von 23 Jahren an
Lungenentzündung.
Wir werden ihm ein ehrendes
Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am Sonn-
abend, den 25. März, nachmittags
3 Uhr, von der Leichenhalle des
Schönholzer Friedhofes aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
289/12 Die Verwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für
Niederlehme.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Arbeiter
Albert Lehmann
am 20. d. M. im Alter von
37 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 24. März, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Niederlehmer Friedhofes
aus statt.
Um rege Beteiligung er-
sucht
202/10 J. G.: Karl Freitag.

**Verband der Kupferschmiede
Deutschlands.**
Filiale Berlin.
Allen Kollegen zur Nachricht,
daß am 21. März unser lang-
jähriges Mitglied, der Kollege
Gustav Groß
im Alter von 54 Jahren an
Lungenentzündung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 25. März, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, vom Ziegler
Friedhof in Ziegel, Hermannsdorfer
Straße, aus statt. 100/1
Um zahlreiche Beteiligung bitten
Der Filialvorstand.

**Verband der Fabrikarbeiter
Deutschlands.**
Zahlstelle Groß-Berlin.
Bezirk Niederlehme.
Am Montag, den 20. März, ist
unser Kollege
Albert Lehmann
verstorben.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 24. d. M., nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Halle
des Niederlehmer Friedhofes aus
statt.
63/11 Die Ortsverwaltung.

Am 22. d. Mts. verschied nach
kurzer, aber schmerzlichen Leiden
unser guter Vater und Großvater,
der frühere Gastwirt
Karl Neitmann
im nicht ganz vollendeten
66. Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Sonn-
abend, nachmittags 4 1/2 Uhr, von
der Halle des alten Pauls-Fried-
hofes, Seestraße, aus statt. 835b

**Deutscher
Buchbinder-Verband.**
(Zahlstelle Berlin.)
Den Mitgliedern die traurige
Nachricht, daß am 20. März unser
Mitglied, der Kollege
Johann Riemer
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute,
Freitag, den 24. März, auf dem
Friedhof zum heiligen Kreuz,
Wariendorf, statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
23/15 Die Ortsverwaltung.

Durch die traurige Nachricht,
daß unser lieber Sohn, Bruder
und Schwager
Paul Grasse
im Alter von 21 Jahren am
22. März früh morgens nach
kurzem schweren Krankenlager
plötzlich verstorben ist. 840b
Dies zeigen tief betrübt an
**Die trauernden Eltern, Brüder
und Schwestern nebst Braut.**
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 26. März, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Kummelsburger Ge-
meinde-Friedhofes, Lüdstraße,
aus statt.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeigen.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Schlosser
Reinhold Tschepe
am 19. März freiwillig aus dem
Leben geschieden ist.
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 24. März, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Helland-Friedhofes in
Blüdensee aus statt.
Ferner starb unser Mitglied, der
Optiker
Paul Forchert
am 22. März an Lungenleiden.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 25. März, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des II. Städtischen Fried-
hofes in Schöneberg aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
114/5 Die Ortsverwaltung.

Allen Turngenossen und Turn-
genossinnen die traurige Nachricht,
daß unser lieber Turngenosse und
Damenturnwart
Paul Grasse
in der Nacht vom Mittwoch zu
Donnerstag an den Folgen einer
Blinddarmerkrankung verstorben ist.
Tiefbetrübt steht die „Freie
Turnerschaft Friedrichshagen“ an
der Bahre eines ihrer Besten, der
stets sein ganzes Können für die
Arbeiterturnschaft eingesetzt hat.
Die Beerdigung findet Sonntag,
den 26. d. M., nachm. 3 Uhr, von
der Halle des Kummelsburger
Gemeindefriedhofes, Lüdstraße, aus
statt.
Um rege Beteiligung sämtlicher
Brudervereine bitten
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Allen Parteigenossen, Freunden
und Bekannten zur Nachricht,
daß unser einzig geliebter Sohn Dien-
stag abend 9 1/2 Uhr entschlafen ist.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Max Knitter u. Frau
geb. Anna Görs.
Rigdorf, Defersstraße 47.
Die Beerdigung findet Sonn-
abend, den 25. März, auf dem
Gemeinde-Friedhof (Mariendorfer
Weg) nachmittags 1 1/2 Uhr statt.

Allen Turngenossen und Turn-
genossinnen die traurige Nachricht,
daß unser lieber Turngenosse und
Damenturnwart
Paul Grasse
in der Nacht vom Mittwoch zu
Donnerstag an den Folgen einer
Blinddarmerkrankung verstorben ist.
Tiefbetrübt steht die „Freie
Turnerschaft Friedrichshagen“ an
der Bahre eines ihrer Besten, der
stets sein ganzes Können für die
Arbeiterturnschaft eingesetzt hat.
Die Beerdigung findet Sonntag,
den 26. d. M., nachm. 3 Uhr, von
der Halle des Kummelsburger
Gemeindefriedhofes, Lüdstraße, aus
statt.
Um rege Beteiligung sämtlicher
Brudervereine bitten
Der Vorstand.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herz-
licher Teilnahme bei der Beerdigung
meines lieben unbegleiteten
Vaters
Hermann Lehmann
lagen mir allen Verwandten und
Bekanntem sowie den vielen
Kollegen, Arbeitern und Arbeiter-
innen der A. G. G. gleichzeitlich
für die herrlichen Blumenkränze
unseren innigsten Dank. 45/4

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme sowie die zahlreichen
Kranzpenden bei der Beerdigung
meines lieben Vaters
Max Reinicke
sage ich allen Verwandten, Freunden
und Bekannten sowie dem Chef, der
Geschäftsleitung, den Kollegen, Kol-
legeninnen und den Lehrlingen des
„Berliner Lokal-Anzeiger“ sowie den
Sängern aus dem Gesangverein
„Solidarität“ und dem Verbands der
Buch- und Steindruckere-Druckere
und Arbeiterinnen Deutschlands,
Ortsverwaltung Berlin, meinen in-
nigsten Dank. 835b
Wwe. Anna Reinicke
nebst Angehörigen.

**Frau Helene Lehmann
nebst Kindern.**

Jugend-Ansdruck für Groß-Berlin.

Sonntag, den 26. März, abends 6 Uhr:

Jugendversammlung

in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 58-59.

Vortrag des Schriftstellers **Eduard Bernstein**

über: **Die Gesellschaft des Altertums.**

Nach dem Vortrage: **Gesellige Unterhaltung.**

Eintritt frei — Garderobe 10 Pf.

Alle Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sind freundlichst eingeladen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Achtung! Werkstattvertrauensleute!

Die Kollegen, welche noch keinen Jahresbericht erhalten haben, können ihn durch die Vertrauensleute vom Bureau abholen lassen.

Achtung!

Lehrlinge u. jugendliche Arbeiter der Holzindustrie!

Sonntagnachmittag von 3-8 Uhr abends ist der Arbeitslosen-Saal im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, als Lesesaal für die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter geöffnet. Sämtliche Bücher und Zeitschriften der Jugendbibliothek liegen zur freien Benutzung aus.

Die Werkstattvertrauensleute werden gebeten, die Lehrlinge auf den Besuch des Lesesaales aufmerksam zu machen.

Stellmacher.

Sonntag, den 26. März 1911, vormittags 9 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung

im „Rosenthaler Hof“, Rosenthalerstr. 11/12.

Fortsetzung der Tages-Ordnung vom 19. März.

Sämtliche Kollegen müssen pünktlich zur Stelle sein.

Küchenmöbel-Branche.

Montag, den 27. März 1911, abends punkt 8 Uhr:

Branchen-Versammlung

für Groß-Berlin

im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c.

Die Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Die Delegierten sind hierzu besonders geladen.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Klavierarbeiter.

Montag, den 27. März, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Saal 1.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Stücklen** über: „Die Reichsversicherungsordnung“. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Branchen- und Verbandsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

80/16

Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Branchenleitung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charlottenstraße 3. Hof III. Amt 3, 1967.

Sonntag, den 26. März 1911, vormittags 10 Uhr:

Allgemeine Versammlung

sämtlicher Rohrleger und Helfer Berlins

und Umgegend

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 4.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen **Wade** über: „Soziale Kämpfe“. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verbandsangelegenheiten. 5. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert!

114/4

Um zahlreiches Besuch der Versammlung wird ersucht.

Sonntag, den 26. März 1911, vormittags 9 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung

der Werkzeugmacher (Schnittbauer, Lehrenbauer, Schneid-

zeugmacher, Einrichter, Werkzeugschleifer) sowie sämtlicher

in Buchdruckereimaschinenfabriken beschäftigten Kollegen

in den Arminhallen, Kommandantenstraße 58.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag: „Hat die Arbeiterklasse im heutigen Staate Gleichberechtigung?“ Referent: Genosse **Eugen Bräuer**. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet Die Ortsverwaltung.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Möbel Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt an Engrospreisen in der Möbelfabrik

H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35 kein Laden Tel.: A. III, 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

10000 Herren

schwärmen für Condor-Patent

Herren-Schnürstiefel ohne zu schnüren.

Vereinigt vornehmes Aussehen mit verblüffender
:: :: Bequemlichkeit des An- und Ausziehens. :: ::

Hauptpreislagen:

11 50 14 50 16 50 19 50

CONRAD TACK & CIE.

Besichtigen Sie unsere Spezial-Ausstellung!



D.R. Patent
No 174209.

120 eigene Filialen, davon in Berlin und Umgegend:

- | | | |
|------------------------------|-----------------------------|---------------------------|
| C., Spittelmarkt 15 (Teilh.) | N., Müllersstraße 3 | SO., Wrangelstr. 49 |
| C., Rosenthaler Straße 14 | N., Reinickendorfer Str. 23 | SW., Friedrichstr. 240-41 |
| W., Potsdamer Straße 50 | N., Brunnenstraße 37 | Charlottenburg: nur Wil- |
| W., Schillstraße 16 | N., Danziger Straße 1 | mersdorfer Str. 122-123 |
| NW., Turmstraße 41 | O., Andreasstraße 50 | Rixdorf: Bergstraße 30-31 |
| NW., Wilmersacker Straße 22 | O., Frankfurter Allee 125 | Potsdam: Brandenburger |
| NW., Beusselstraße 29 | SO., Oranienstraße 32 | Straße 51. |
| N., Friedrichstraße 127 | SO., Oranienstraße 2a | |

Verkauf nur in unseren Filialen, da nur wir das alleinige Fabrikations- und Vertriebsrecht im Deutschen Reiche besitzen.

ZOMAROM

Bouillon-Würfel

der beste und billigste

Nährmittelfabrik „Zomaron“ München, Promenadenstraße 6.
Generalvertreter: **Alfred Hirsch, Berlin W. 30,**
Bamberger Straße 45. Fernsprecher: Amt VI No. 5737.

Buchhandlung Vorwärts

Lindenstraße 69 (Laden).

Soeben erschienen:

Erweckt

Ein Roman aus dem Proletarierleben von **A. Ger.**

Preis in Leinen gebunden 1.25 M.

Dieser Roman erschien vor kurzem erstmalig in der „Neuen Welt“. Das allgemeine Interesse, das demselben entgegengebracht wurde, veranlaßte uns, eine Buchausgabe zu veranstalten.

DICHTE DACHER!

auf Lauben, Restaurants etc. erzielt man durch Dachpfl und Dachpflpappen.

weiß — grau — rot — grün leuchtend, garantiert wetterbeständig — streichfertig — sofort trocken — billiger als Oelfarbe.

Prospekte, Muster usw. gratis. Telephon IV. 1936.
Dachpfl-Ges., Berlin S. 61, Plan-Ufer 38.

„Silesia-Bad“

Schlesische Str. 31
11242*
Alle Arten medizinische Bäder.
Lieferant aller Kassen.

Tischler-Verein zu Berlin (E. H. 89.)

Sonabend, den 25. März:
Blütenfest an der Riviera
verbunden mit **Vogelwiese**
im schön decorierten großen Saal von **Klem, Halenbeide 13/15.**
Eröffnung 9 Uhr. Eintritt 50 Pf.
Freunde und Gönner des Vereins laden ein **Der Vorstand.**

Schwabenklub Gemütlichkeit

Jeden Samstag bei Landmann Schäfer, Rottbuler Damm 103 (an der Brücke). Landleute willkommen.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein

Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

Vereins-Touren

zum Sonntag, den 26. März.
Sämtliche Abteilungen früh 7 1/2 Uhr: Gdtschwald. 12 1/2 Uhr: Bernau (Schützenhaus).
Arbeiter-Radfahrer-Verein Lichtenberg und Umgegend.
12 1/2 Uhr: Eichwalde (Witte). Starte an den bekannten Stellen. Sammelst. 1 1/2 Uhr: Trebbin-Allee, Kreuzung Köpenicker Chaussee. 10/11 5 1/2 Uhr an allen Touren willkommen.

Wichtiges Volksgetränk Gesunder Apfelwein

wird vollkommen ersetzt durch **HEINEN-MOSTEXTRACT**
Reinst, natürl. Extract aus Früchten. Saftiges, erfrischendes, helles Mostgetränk.
Liter 5-6 Pf. — leichte Herstellung.
Portion 150 Liter Mk. 3.00 — 50 Liter Mk. 1.50
ANTON HEINEN, PFORZHEIM.
Es haben in Drog- und Kolonialwaren-Gesch.
Vertr. **Wlth. Olschowsky, Berlin N. 20, Kol. Str. 63.** 431/10

Robert Baumgarten Damen-Konfektion

Engros Export
Hausvogelplatz 11
1. Etage (kein Laden)
schrägüber Untergundbahnhof (an der Jerusalemer Straße)
verkauft auch einzeln
Palotots
Kostüme
Kostüm-Röcke
Blusen
Kimonos
Golf-Jacketts
Mädchen-Palotots.

Bei Vorzeigung dieses Inserates an der Kasse worden 5 % Rabatt vergütet.
Auch Sonntags geöffnet.

Vorbereitung der Syphilis durch Ehrlich-Hata 606.

Aufklärungsbuch über Vorsichtsmaßregeln u. Erkennung d. Lustsüuche von Dr. Zikel. Für M. 1.— franco d. d. Medizin. Verlag E. Schweizer & Co., Berlin NW. 67a.

Dr. Simmel Spezial-Arzt

für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Möbel

Report auf Teilzahlung bequeme bei kleinster Anzahlung in bekannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit)
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58

Partei-Angelegenheiten.

Groß-Lichterfelde. Am Sonntag, den 26. März, früh 8 Uhr: Flugblattverbreitung im Westen zur bevorstehenden Gemeindevorsteher-Wahl. Treffpunkt im Restaurant Wahrensdorf, Baesestraße.

Es haben sich daran die Genossen des ganzen Ortes zu beteiligen, da die Agitation bis ins kleinste durchgeführt werden muß.

Außerdem findet an demselben Tage mittags 2 Uhr im genannten Lokale eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung statt, die sich gleichfalls mit der Wahl zu beschäftigen hat. Da einschneidende Beschlüsse gefaßt werden müssen, ergibt sich die Pflicht zur Teilnahme an der Versammlung von selbst.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Der Vorstand.

Steglitz. Heute, Freitag, abends 7 Uhr: Flugblattverbreitung von allen Bezirkslokale aus. Der Vorstand.

Variandorf. Heute Freitag, abends 7 Uhr, Flugblattverbreitung von den bekannten Bezirkslokale.

Ober-Schöneweide. Zur der vom Kreiswahlverein veranstalteten Urania-Vorstellung „Wierwaldslüder See und St. Gotthard“, welche am Sonntag, den 26. März, nachmittags 2 Uhr stattfindet, sind noch Eintrittskarten a 55 Pf. im Zigaretengeschäft des Genossen Ruth zu haben. Die Bezirksleitung.

Adlershof. Heute, Freitag, den 24. März, abends 7 1/2 Uhr: Kubertverbreitung zur Gemeindevahl. Am Sonntag, den 26. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Lokal von Wöllstein, Bismarckstr. 24: Große öffentliche Gemeindevählerversammlung. Tagesordnung: Was haben die Arbeiter von unserem Gemeindeparlament zu erwarten? Referent: Gemeindevorsteher Genosse W. Horlich. Der Besuch des Märkischen Museums findet der Versammlung wegen erst am Sonntag, den 2. April statt. Treffpunkt 11 Uhr im Jugendheim, Bismarckstr. 11. Der Vorstand.

Wahltdorf (Ostbahn). Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Sonnabend, den 25. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Obst, Berliner Chaussee, statt. Tagesordnung: 1. Die verslossene Gemeindevorsteherwahl. 2. Waisfeier. 3. Romtagsausgabe des „Vorwärts“. Die Bezirksleitung.

Alt-Ostende. Am Sonnabend, den 25. März, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Jahn, Rudower Straße 54: Mitglieder-Versammlung des hiesigen Wahlvereins.

Bernau. Am Sonnabend, den 25. März, Versammlung des Bezirks im Lokale des Genossen Fr. Salzmann, Badsdorfer Straße. Tagesordnung: 1. Die Wahltechnik zu den bevorstehenden Reichstagswahlen. 2. Waisfeier. 3. Vereinsangelegenheiten.

Berliner Nachrichten.

Die Stadthandhaltsetat-Komödie

wurde gestern in der Stadtverordnetenversammlung von den Freisinnigen mit unerschütterlichem Ernst zu Ende geführt. Nach all dem Tollen, was die Beratung des diesjährigen Etats gebracht hat, kam noch das Tollste: der Einfall, zur Herstellung der Etatbalance schon einen Ertrag aus der Lustbarkeitssteuer einzuflehen, obwohl über deren Annahme oder Ablehnung noch gar nicht entschieden worden ist. Ob dieses Verfahren zulässig ist oder nicht, darüber wurde gestern heftig hin- und hergestritten.

Stadtverordneter Rommjen eröffnete die Debatte mit der Erklärung, daß er etatrechtliche Bedenken habe und aus diesem Grunde der Einsetzung dieses Einnahmepostens nicht zustimmen könne. Auch Stadtv. Ulstein hielt das Verfahren für unzulässig und für unvereinbar mit den Grundsätzen einer soliden Finanzgebarung. Dagegen verhielt sich Stadtv. Rosenow, daß er sich frei fühle von allen Strupeln. Er habe zu dem Etat das Vertrauen, daß selbst bei etwaigem Ausfall der Lustbarkeitssteuer — wenn nämlich diese von der Stadtverordnetenversammlung hinterher nicht angenommen würde — doch die Balance erhalten bleiben werde. Aus anderen Einnahmepositionen seien so reichliche Erträge zu erwarten, daß es auf die Lustbarkeitssteuer schließlich gar nicht ankommen werde. Diese Begründung fand den Beifall auch des Stadtv. Cassel, der mit ihr all seine eigenen Gewissensbedenken gegen das auch ihm „etwas ungewöhnlich“ erscheinende Verfahren, aus einer von den Gemeindebehörden noch gar nicht beschlossenen Steuer schon einen Ertrag in den Etat einzuflehen, beschwichtigen zu dürfen meinte. Ueber seine und seiner Freunde Stellungnahme zur Lustbarkeitssteuer selber sagte Herr Cassel nichts. Er erklärte nur, durch die Abstimmung beim Etat brauche in der Sache niemand sich binden zu lassen. Offener waren Herr Rommjen und Herr Rosenow. Herr Rommjen hatte hervorgehoben, daß er ein Freund der Lustbarkeitssteuer sei und sich dennoch nicht entschließen könne, eine Einnahme aus der noch gar nicht genehmigten Steuer schon in den Etat einzuflehen. Herr Rosenow machte es umgekehrt: er will keine Lustbarkeitssteuer und wird gegen sie stimmen, aber ihren Ertrag setzt er ein. Ein verzweifelttes Mittel nannte Genosse Sassenbach solche Praktiken, ein Verfahren, das unwürdig sei der Stadt Berlin und das Ende aller gesunden Finanzpolitik bedeute. Andererseits sei von der Ertragseinsetzung zu befürchten, daß sie eine bindende Wirkung für den entscheidenden Beschluß haben und der Annahme der Lustbarkeitssteuer die Wege ebnen werde. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte, die Lustbarkeitssteuer aus dem Etat zu streichen.

Für den Magistrat erklärte der Kammerer Steiniger, daß in Uebereinstimmung mit dem sozialdemokratischen Redner auch er überzeugt sei: wer jetzt die Einsetzung des Steuerertrages billige, werde später die Steuer selber genehmigen. Die Mehrheit bestritt das in lärmenden Zwischenrufen. Zur Frage der Etatbalance konstatierte der Kammerer das Selbstverständliche, daß es ein Unding ist, durch nachträgliche Ablehnung der Lustbarkeitssteuer den festgesetzten Einnahmeposten herauszuflehen und hiermit ein Loch in den Etat zu reißen, das die Balance zunichte macht. Die Schwierigkeit der Situation, in die der Magistrat durch die Stadtverordnetenversammlung gebracht worden ist, wurde von Oberbürgermeister Kirchner beleuchtet. Er deutete an, daß der Magistrat diesem Verfahren, den Etat auf so unsicherer Grundlage zustande zu bringen, nicht zustimmen werde. Das sei unvereinbar mit der Pflicht der Sorgfalt, die jeder, der dem städtischen Gemeinwesen dient, empfinden müsse. Gegen diesen ungewöhnlich heftigen Rippenstoß, den der Oberbürgermeister da dem Stadt-

freisinn applizierte, machte Herr Cassel einen schwachen Versuch der Abwehr.

Die Debatte zog sich noch eine reichliche Weile hin, doch traten neue Momente nicht mehr hervor. Die Abstimmung ergab eine Mehrheit für Einsetzung einer Einnahme aus der Lustbarkeitssteuer. Hiermit war auch der Streit um die Höhe der Einkommensteuer erledigt, die dann ohne Debatte mit 100 Prozent festgesetzt wurde. Die Bemessung der Grundsteuer in Höhe von 165 Prozent nötigte dem Stadtverordneten Landsberg die Klage ab, daß man durch diesen „geradezu himmelschreienden“ Beschluß „die Hausbesitzer an den Bettelstab bringen“ werde.

Vor der Schlußabstimmung über den Gesamtetat gab Genosse Bruns die Erklärung ab, daß die sozialdemokratische Fraktion nach allem, was man bei dieser Etatberatung erlebt habe, ihn ablehnen müsse. Die Führer der freisinnigen Mehrheit nahmen das zum Anlaß, unsere Genossen anzukräfteln. Offenbar fühlten sie das Bedürfnis, dieser Stadthandhaltsetat-Komödie einen möglichst forsch klingenden Abschluß zu geben.

Die Ursachen der Wohnungszunüge.

Die Reichshauptstadt mit ihren großen und kleinen Vororten befindet sich in einem völligen baulichen Umwandlungsprozeß, der voraussichtlich so bald nicht zum Stillstand kommen wird. Was jahrzehntlang in der Nähe der Reichsbielgrenze brach lag, ist der Bebauung erschlossen und mit vielen Hunderten moderner Mietgebäude besetzt worden. Dazu kommt die schnelle Veränderung der inneren Stadtteile, die sich von halb verfallenen altberliner Baracken bis in noch leidlich gut erhaltene Vorstadtgebäude erstreckt. In den inneren Geschäftsvierteln fallen sogar fortgesetzt Wohngebäude, die als solche noch jahrelang redlich ihren Zweck erfüllt hätten. Sind also Laufende von meist sehr sechshafte Mietern im alten Berlin durch den Abbruch ihrer Wohnstätten zum Umzug gezwungen, so werden noch mehr Tausende durch die forcierte Bautätigkeit angeregt, ihre Wohnungsverhältnisse freiwillig zu verbessern.

Dabei ist das Bestreben selbst kleiner Mieter, die winzigen, ungesunden Wohnungen der Innenstadt mit Luft und Licht in den neuen Wohnvierteln an der Reichsbielgrenze oder gar in den Vororten selbst zu vertauschen, unerkennbar. Keineswegs bloß der Mittelstand und die höheren, zahlungsfähigeren Bevölkerungsschichten stehen unter dem Drange der Abwanderung nach den Vororten. Selbst Arbeiter nehmen lieber und häufiger die verlängerte tägliche Wegstrecke zur Arbeitsstätte mit in den Kauf, um draußen hinter den Läden des geräuschvollen, dunstigen Berlin gesunder zu wohnen. Viele Tausende von Proletariern kehren auch deshalb der Reichshauptstadt den Rücken, weil der Sitz der großen industriellen Werke immer mehr nach den Vororten verlegt wird und sie somit aus Gründen der Bequemlichkeit, der Zeitersparnis den Spuren der Erwerbsquelle folgen. Die auf Hygiene, Erwerb, Bequemlichkeit gerichteten Bestrebungen sind aber beim Wohnungswechsel nicht ausschlaggebend. Viele Wohnungszunüge werden veranlaßt durch Zwistigkeiten mit dem Wirt sowie der Mieter unter sich. Die Berliner Hauswirte sitzen ja heute nicht mehr, wie noch vor ein paar Jahren, so auf dem hohen Pferd, daß sie unumschränkt ihren Willen diktieren können. Sie haben an den vierzigtausend leerstehenden Wohnungen Lehrgeld bezahlt. Trotzdem gibt es in Berlin noch genug Hauswirte, die beim Mieten sich von ihrer lebenswürdigsten Seite zeigen und nach dem Einzuge den gestrengen Hausherren herauskehren. Vielleicht ist es ja in solchen Fällen oft überreißt, über eine Unfreundlichkeit des Wirtes gleich mit der Kündigung zu quittieren. Die Kosten und Mühseligkeiten des Umzuges stehen meist nicht im richtigen Verhältnis zum Streit. Häufig geben Streitigkeiten der Mietsparteien untereinander Anlaß zum Wohnungswechsel. Der „Allgere“ gibt nach und räumt das Feld. Oder ist der andere der Schlawere, der den Gegner verdrängt? Hauskassich ist ja bekanntlich unausrottbar. Und gewöhnlich wird gerade aus der dicksten Freundschaft die bitterste Feindschaft. Der Wirt aber will es mit beiden Parteien nicht verderben. Ein besseres Verhältnis unter den Mietern würde sofort Platz greifen, wenn nicht so viele Nachbarn sich um ungelegte Eier bekümmern und in die Kochtöpfe anderer Leute hineinsehen wollten.

Viele Wohnungszunüge werden auch dadurch veranlaßt, daß Wohnungsuchende zu leichtfertig mieten. Man hat ein gutes Recht, sich die zu mietende Wohnung genau und ungeniert anzusehen, ob es den bisherigen Mietern angenehm ist oder nicht. Einsichtige Leute werden ja auch gegen eine gründliche Besichtigung nichts einzuwenden haben. So zieht gar mancher um, der zu spät einsieht, daß er sich nicht verbessert hat.

Der Sechstage-Rennrummel soll nun heute abend tatsächlich zum dritten Male in Berlin losgehen. Diesmal findet die Schinderei nicht in den Ausstellungenshallen am Zoo, sondern im Sportpalast, Potsdamer Straße 72, statt, wo eigens für diesen Zweck eine besonders konstruierte Holzbahn gebaut worden ist. Das Ganze ist bekanntlich von Sport so weit entfernt wie die Laus von der Kirchturnspitze. Heiß'n Geschäft! Wie smart die Manager sind, geht schon daraus hervor, daß selbst für die Beschäftigung des Aufbaues der Bahn ein Eintrittsgeld von 50 Pf. erhoben wird. Die Preise während des Rennens sind, wie immer, gepfeffert. Das Feld der engagierten Fahrer ist der sportlichen Qualität nach allerdings recht beachtenswert, aber trotzdem will man in wirklich ersten Sportkreisen von der Sache nicht viel wissen. In der Potsdamer Straße mit ihrem regen Nachtverkehr wird höchstwahrscheinlich die Rennbahn während der Nachtzeit zum Schauplatz wüster Orgien werden. Gerade auf diesen Nachtverkehr mit seiner Selbststimung haben es wohl die Hauptmacher, denen die Pöbelsache etwas zu entlegen war, abgesehen. Die Rechnung wird stimmen.

Als Kandidat der freisinnigen Volkspartei im 1. Berliner Reichstagswahlkreis ist der bisherige Abgeordnete Stadtrat Kämpf wieder aufgestellt worden.

Eine Protestversammlung gegen die Lustbarkeitssteuer fand am Mittwoch im Lessingtheater statt. Für die Theaterdirektoren sprach Herr Brohm, für die Bühnengenossenschaft Emanuel Reider, für die Konzertveranstalter Professor Siegfried Ochs, als Vertreter der Handelskammer Syndikus Dr. Demuth und andere. Alle wandten sich in bestigter Weise gegen die Sondersteuer und verlangten ihre Abschaffung.

Doppelte Garderobengebühr. Zu der Notiz hierüber in unserer Mittwochnummer schreibt an die Geschädigten die Direktion des Neuen Theaters, die Garderobengebühr sei nicht zu Unrecht ab-

langt worden, weil es sich um „sogenannte Freibillets“ gehandelt habe. Ein „Versehen“ des Kassierers soll darin liegen, daß er die Garderobengebühren nicht vor der Willkürabgabe abgeschnitten habe. Tatsächlich waren die beiden Logenfreibillets bezahlt worden, allerdings unter dem Kaschenpreise. Aus dem Ausbruch ging mit feinem Nachhaken der Zeichen hervor, daß es Freibillets waren, davon hat auch die Käuferin nicht die geringste Ahnung gehabt. Ebensovwenig haben der Kassierer und die Garderobierfrau von „Freibillets“ irgend etwas erwähnt. Der Fall beweist also, wenn die Angabe der Theaterdirektion nicht nachträglich konstruiert ist, welcher Unfug mit den „sogenannten Freibillets“ und im Zwischenbilletthandel überhaupt getrieben wird. Die fraglichen 60 Pf. sind zurückerstattet worden.

Ein tödlicher Straßenbahnunfall ereignete sich am gestrigen Morgen gegen 8 Uhr an der Ecke der Potsdamer und Ballasstraße. Der 24jährige Radfahrer Richard Röder aus der Passauer Straße 15 fuhr hinter einem in die Ballasstraße einbiegenden Straßenbahnwagen her und wollte vor dem Hause Nr. 1 des letztgenannten Straßenzuges den Bahnwagen überholen. Er bog deshalb auf das linke Gleis hinüber und stieß dabei gegen den aus entgegengekehrter Richtung kommenden Straßenbahnwagen 1676 der Ringlinie 8. Der Radfahrer wurde umgeworfen und blieb blutüberströmt und bewegungslos unter dem Vorderrad vor dem Schutzhaken liegen. Der Verunglückte, der einen Schädelbruch, Bruch des rechten Oberarmes und schwere innere Verletzungen erlitten hatte, starb unter den Händen des herbeigerufenen Arztes. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe übergeführt.

Ein zweiter Straßenbahnunfall, bei dem ein General durch eigene Schuld schwer verunglückte, trug sich Mittwoch vormittag gegen 12 Uhr zu. An der Ecke der Bismarckstraße und Kurfürstendamm versuchte der Generalmajor z. D. Wehmeyer, der frühere Kommandeur der 1. Fußartillerie-Brigade, einen in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen der Linie W zu besteigen, glitt jedoch ab und kam so unglücklich zu Fall, daß er einen Bruch des Brustbeines, eine Wunde am Hinterkopf und Quetschungen im Rücken erlitt. Der Verunglückte erhielt auf der Unfallstation am Zoologischen Garten Notverbände und wurde von dort nach dem Kreiskrankenhaus Groß-Lichterfelde übergeführt.

Eine fast einständige Betriebsstörung im Straßenbahnverkehr ereignete sich am gestrigen Morgen auf der Südlichen Berliner Vorortbahn. Am Tempelhofer Weg, in der Nähe der Mittenwalder Bahn, sprang ein Motorwagen der Linie I mit beiden Achsen aus den Schienen und mußte durch Mannschaften des Rettungswagens wieder eingeleitet werden. Während der von 6.53 bis 7.50 dauernden Störung wurde der Verkehr durch Umsteigen ausreicht erhalten.

Zu dem Morde in der Vohsenstraße richtet die Kriminalpolizei folgenden Appell an das gesamte Berliner Publikum: Wie bereits durch die Tageszeitungen bekannt geworden, muß sich der Mörder der im Hause Vohsenstraße 14 wohnhaft gemessenen Prostituierten Frau Martha Schramm bei der Tat erheblich mit Blut befleckt haben, wofür die zahlreichen, an dem Tatort vorgefundenen Blutspuren sprechen. Der vom Täter getötete Hund soll die Gewohnheit gehabt haben, sobald seine Herrin angegriffen wurde, den Angreifer anzuspringen, und zwar von hinten in Höhe der Ellenbogen. Es ist daher auch möglich, daß der Hund dem Täter an diesen Stellen die Kleidung zerrissen und ihm vielleicht sogar Wunden beigebracht hat. Auch mit Verletzungen im Gesicht und namentlich an der rechten Hand des Mörders muß gerechnet werden, da sich die Schramm sicher aus Lebenskräften gehohlet haben dürfte. Es erscheint nun auffallend, daß bisher dahingehende Beobachtungen der Kriminalpolizei nicht mitgeteilt worden sind, was im Interesse der weiteren Ermittlungen zur Aufklärung des Verbrechens aber unumgänglich notwendig ist. Aus dem Publikum kommen besonders in Betracht: Personen, die in der Nacht zum letzten Sonntag die Vohsenstraße oder die in der Umgegend derselben befindlichen Straßen passiert haben, Fahrgäste von Straßenbahn, Omnibuswagen usw., Besucher von Schanklokale, Inhaber von chemischen Reinigungsanstalten, Reparaturwerkstätten oder Kleiderläden, in denen sich der Täter möglicherweise neu eingeleidet hat, Angestellte der Bach- und Schliefgefellschaft, Wartefrauen in öffentlichen Bedürfnisanstalten, das Personal in öffentlichen Badeanstalten, Drochstenführer, Straßenbahn-, Omnibus-, Stadtbahn- und Hochbahnschaffner usw. Auch Wohnungsinhaber, Vermieter oder Personen, die ihren Schlafraum mit anderen teilen, werden darauf achten, ob sich nicht blutbefleckte Wäsche, blutbefleckte und zerrissene Kleider in ihren Räumen befinden und jede scheinbar noch so unbedeutende Wahnehmung zur amtlichen Kenntnis bringen.

Die feinerzeit bei der Durchsichtung vorgefundenen Gegenstände sind wissenschaftlichen Gutachtern unterbreitet worden, deren Gutachten zurzeit vorliegt. Es wurden in der linken Hand der am Fußboden liegenden ermordeten Frauenscherson ein Püschel Haare vorgefunden und in einer Wäschekübel, in der sich der Täter nach Begehung der Tat die stark beflehten Hände abgewaschen hatte, ein Stück eines Fingerringes. Der Fingerringel, ein nicht gepflegter, dreiviertel Zentimeter langer schaufelförmiger Nagel, ist beim Kampfe eingeringelt und später beim Abwischen der Hände in dem Wasser ganz abgerissen worden, so daß noch etwas blutunterlaufene Haut an dem Nagel sichtbar ist. Dieses Stückchen Nagel ist bei der Obduktion in die vorhandenen Strahwunden an der Leiche hineingepaßt und festgesetzt worden, daß die Strahwunden mit diesem Nagel herbeigeführt worden sind. Der Täter hat sich die Hände in dem Wasser nicht ganz abgewaschen, da an den im Treppenhause befindlichen äußeren Mauern vermischte Abdrücke von Händen vorgefunden sind. Das Püschel Haare ist dem Gerichtschemiker Dr. Jeserich zur Untersuchung übergeben worden, und konnte dieser feststellen, daß die Haare von der Ermordeten selbst herrühren, die sich die Haare im Todeslampe wahrscheinlich selbst ausgerissen hat.

Zu dem Baunfall auf dem Neubau der Firma Wertheim in der Königstraße werden wir gebeten, mitzuteilen, daß Verbandszeug auf dem dortigen Baubureau vorhanden sei, daß der Verbandsfloss an der Unfallstelle war und auch ausreichendes Verbandszeug enthalten habe.

Hierzu wollen wir bemerken, daß mehrere Arbeiter verbunden worden sind, andere wieder nicht. Gezeigt hat das Verbandszeug zweifellos nicht.

Eine umfassende Forderung ist jetzt gegen den Kautionschwinder Karl Kubial eingeleitet worden, der, wie wir mitteilen, in der Kaiserstraße eine Hypotheken- und Grundstücksvermittlung aufgemacht hatte und als deren Direktor den angenommenen „Rechercheuren“ im ganzen 20 000 M. Kaution abnahm, um sie für sich zu verwenden. Der Schwindler legte die Bürgschaften in hochprozentigen Wertpapieren auf einer Großbank an, aber nicht auf das Konto der Angestellten, sondern auf sein eigenes, und verfügte dann zu seinem eigenen Vorteil darüber. Der Schwindler blieb eine Zeitlang verborgen, weil der „Herr Direktor“ den Angestellten wenigstens die Gehälter bezahlte. Als die Betragene dahinterkamen, hatte er schon das Weite gesucht. Vermutlich wird er versuchen, in das Ausland zu entkommen. In seiner Begleitung befindet sich wahrscheinlich seine Geliebte, eine 29 Jahre alte Erzieherin Else Steinbring. Kubial ist 1,75 Meter groß und unterseht, hat dunkelblondes Haar und Schnurr- und Knebelbart, sieht bloß und hager aus, geht schnell und mit kurzen Schritten und pflegt ein Augenglas zu tragen, weil er sehr kurzsichtig ist.

Explosion in der chemischen Fabrik von J. D. Riedel. Gestern vormittag wurde die Berliner Feuerweh nach den chemischen Fabriken von J. D. Riedel, Aktiengesellschaft, in der Gerichtstraße 12/13, gerufen, wo eine Benzoeexplosion erfolgt war. Der Explosionsherd lag im dritten Stock in einem Fabrikationsraum für sublimierte Benzoesäure, die als Arznei-

